

# UNABHÄNGIGE Bauernstimme

Juli/August 2003 Nummer 258  
K 12858 / 3,00 €

Eine Zeitung von Bäuerinnen  
und Bauern

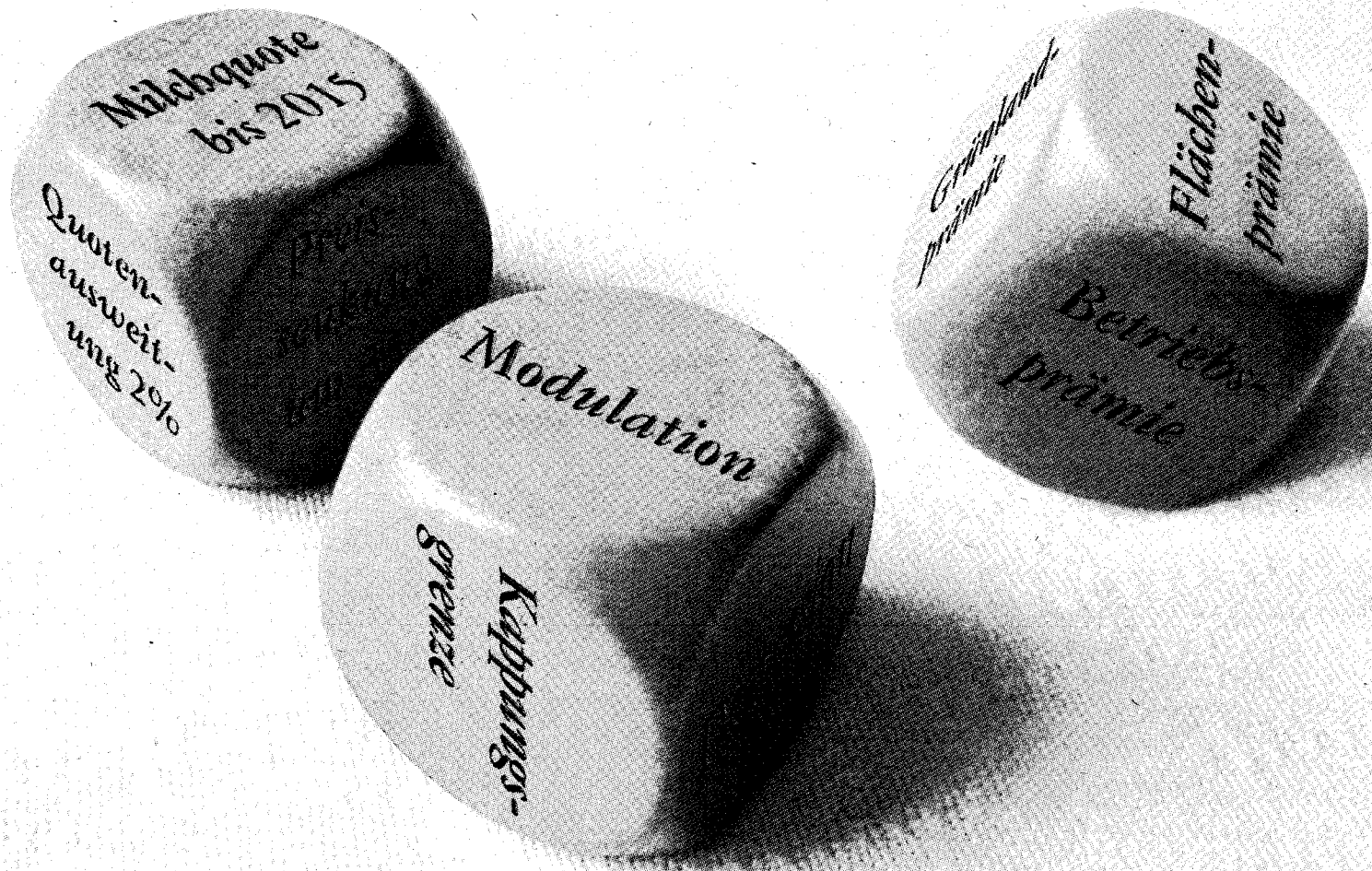


Foto: Misik

EU-Agrarreform: Die Entscheidung ist gefallen

## Schwerpunkt

### Schachern ums Koppeln

Am Ende hatte jeder Minister einen Erfolg für zu Hause. Die EU-Agrarreform ist beschlossen mit viel Spielräumen für die Länder. Dort kann erneut verhandelt werden, wieviel entkoppelt wird. In Deutschland besteht die Chance, statt Betriebs- Flächenprämien einzuführen. Gemeinsam wurde beim Milchmarkt Schlimmeres verhindert. Seite 12

### Grünlandprämie muss kommen!

Nach der Reform ist vor der Reform. Nun gilt es auf Länder- und Bundesebene für eine Grünlandprämie zu streiten, die ein Stück Gerechtigkeit schafft. Wurden doch schon soziale Ansätze der Agrarreform gestrichen. Seite 2, 11 und 13

## Bewegung

### Bauernproteste in den USA

Der kanadische Landwirt Percy Schmeiser kämpft weiterhin gegen den Saatgutkonzern Monsanto und warnt seine europäischen Kollegen: vor der Gentechnik. Nordamerikanische Ackerbauern wollen den Anbau von Gentechnik-Weizen von Monsanto verhindern. Seite 14

### Gentechnikfreiheit erhalten

In der EU tobt noch die Auseinandersetzung, ab wann mit welchen Maßnahmen Gentechnik auf den Acker und in den Trog kommen darf. In Nordamerika hat sich gezeigt, dass ein Nebeneinander von herkömmlicher mit Gentechnik-Landwirtschaft nahezu unmöglich ist. Seite 14 und 15

## Markt

### Auslistung wegen Preisforderungen

Seine starke Marktmacht nutzte der Discounter Aldi aus und presste von den Molkereien Preisnachlässe ab. Zu Schleuderpreisen gibt es eben doch keine Qualitätsware im Regal. Seite 3

### Gewagte Schritte

Udenkbar: Ausgerechnet vier der ärmsten Länder der Welt verklagen die USA vor der WTO wegen Baumwollsubventionen. Vor Jahren noch ebenso undenkbar: Bio-Milch bei McDonalds. Seite 10 und 16

### Weitere Themen:

Agrarhaushalt Seite 2, Regionen aktiv Seite 4, Nachbau Seite 5, Baugesetzbuch Seite 7, Saatgut-Monopole Seite 8 und vieles mehr

Die Vorstellungen und Interessen der einzelnen Mitgliedstaaten der EU und Lobbyisten waren vielfältig und oft gegensätzlich, trotz alledem liegt nun der

Agrarratsbeschluss auf dem Tisch.

Wie die Debatten es erwarten ließen, ist kein radikales Reformpapier entstanden, sondern die AgrarministerInnen haben sich auf einen Kompromiss geeinigt, der bei genauer Betrachtung An-

sätze für mehr Gerechtigkeit als bisher eröffnet. Erhalten doch nach wie vor 20 Prozent der Betriebe 80 Prozent der Zahlungen.

Der Einstieg in die Entkoppelung schafft für unsere Betriebe mehr Entscheidungsspielräume. Die Frage, was am meisten Prämie bringt, fällt weg, wenn es für unterschiedliche Erzeugnisse nicht mehr unterschiedliche Prämien gibt. Ob eine Teilentkoppelung uns Bauern nutzt, ist daher fraglich. Zu erinnern ist an das Verspre-

chen von EU-Agrarkommissar Franz Fischler und von Bundeslandwirtschaftsministerin Renate Künast, die Landwirtschaft zu entbürokratisieren.

Ein Erfolg ist die obligatorische Modulation mit einem Freibetrag. In ihrer Ausgestaltung gibt es wohl noch einiges zu verbessern, besonders da sie nun keine soziale Staffelung beinhaltet.

Zahlungen an die Betriebe an Bedingungen zu knüpfen, ist ebenfalls seit langem eine Forderung der AbL.

Eine vernünftige Handhabung der Cross Compliance ist ein

weiterer Schritt in die richtige Richtung.

Bei Getreide hat die Vernunft gesiegt, und es wurde auf weitere Preissenkungen verzichtet. Für uns Milchbäuerinnen und -bauern wird die Preissenkung hingegen höher ausfallen als in der Agenda 2000 festgelegt. Der Ausgleich beträgt nur 56 Prozent.

Preissenkungen sind grundsätzlich der falsche Weg, der eine reale Wertschätzung unserer Produkte verbaut und viele Betriebe zusätzlich in ihrer Existenz bedroht. Positiv ist der Verzicht auf weitere Quotenaufstockungen und das Verschieben der bereits beschlossenen Ausdehnung der Milchquote um 1,5 Prozent auf das Jahr 2006. Das erhöht den Druck am Markt zumindest nicht.

Nun sind die Molkereien gefordert, dieses Signal in höhere Milchpreise umzusetzen.

Doch sind mit diesen ersten Schritten längst nicht alle Weichen für eine bäuerliche Landwirtschaft bei uns gestellt. Es hängt viel davon ab, wie die enormen nationalen Spielräume genutzt werden. Hier geht der Kampf bei uns jetzt erst richtig los. Die Agrarlobby wird einer Umverteilung von Geldern nicht ohne weiteres zustimmen und auch die Bundesländer werden Einfluss nehmen.

Umso wichtiger ist es nun, weiterhin Druck zu machen, um soziale Aspekte einzuflechten und die seit Jahren benachteiligten Höfe, besonders in Grünlandregionen, mit in eine angemessene Ausgleichszahlung aufzunehmen. Hier haben in den letzten Wochen besonders die CDU/CSU-Agrarminister eine einheitliche Flächenprämie gefordert. Erinnern wir sie unermüdlich an ihre

Position.

*Maria Heubuch, Bundesvorsitzende der AbL und Milchbäuerin aus dem Allgäu*



## „Sparmaßnahmen müssen sozial ausgewogen sein“

Eichel und Künast wollen fast zehn Prozent der Bundesausgaben für die Landwirtschaft kürzen. Beim Agrardiesel ist eine Obergrenze geplant

Rund 500 Millionen Euro pro Jahr will die Bundesregierung künftig für die Landwirtschaft weniger ausgeben als bisher. Darauf scheinen sich Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) und Landwirtschaftsministerin Renate Künast (Grüne) geeinigt zu haben. Das war zumindest der Stand vor dem Beschluss des Bundeskabinetts, die letzte Stufe der Steuerreform um ein Jahr vorzuziehen, was für den Bund eine zusätzliche Belastung von 7 – 8 Mrd. Euro bedeutet.

Die größten Einschnitte sind geplant beim Bundeszuschuss zur Landwirtschaftlichen Krankenkasse (minus 217 Mio. Euro von heute ca. 1,2 Mio. Euro) und bei der Mineralölsteuer-Rückerstattung für Agrardiesel (157 Mio. Euro von heute ca. 430 Mio. Euro). Hinzu kommen mehrere kleinere Einspar-Posten wie z.B. bei Förderprogrammen für nachwachsende Rohstoffe oder beim Bundesprogramm Tiergerechte Halungsverfahren. Bisher waren nicht ausgegebene Mittel des letztgenannten Programms für das Aktionsprogramm bäuerliche Landwirtschaft vorgesehen, um das es in Berlin aber sehr ruhig geworden ist. Die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) soll nach jetzigem Stand verschont bleiben.

### Obergrenze bei Agrardiesel

Beim Agrardiesel haben sich Eichel und Künast darauf verständigt, eine Obergrenze bei der Rückerstattung vorzusehen. Für bis zu 10.000 Liter pro Betrieb und Jahr sollen weiterhin 21,48 Cent/l erstattet werden. Darüber hinaus soll jegliche Rückerstattung fallen. Erwartungsgemäß hat dieses Vorhaben bereits heftigen Widerstand vor allem von Politikern aus den neuen Ländern hervorgerufen, wie z.B. vom Parlamentarischen Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium Gerald Thalheim (SPD), von den Bundestagsabgeordneten Waltraud Wolf (SPD) und Cornelia Behm (Grüne) oder Thüringens Agrarminister Volker Sklenar (CDU). Andere dagegen verteidigen das Vorhaben.

„Unsere Sparmaßnahmen müssen sozial ausgewogen sein“, fordert etwa der Abgeordnete Friedrich Ostendorff (Grüne) in einem Papier zum Agrarhaushalt. „Die bisherigen Sparmaßnahmen im Agrarsozialbereich der letzten Jahre sind ganz überwiegend zu Lasten kleinerer und mittlerer bzw. einkommenschwa-

cher Betriebe gegangen“, erläutert Ostendorff. Deshalb sei nun bei der Agrardiesel-Einsparung eine höhere Belastung größerer Betriebe gerechtfertigt. Die Kürzung durch die Obergrenze trifft zu etwa 70 – 80 Prozent Betriebe in Ostdeutschland. Würde statt der Obergrenze linear gekürzt, so müsste die Erstattung für jeden Liter um 7,8 Cent gesenkt werden, was einer Steuererhöhung für alle Betriebe gleichkäme.

### 47 Prozent mehr LKK-Beitrag

Der Deutsche Bauernverband vermeidet in der Öffentlichkeit bisher eine Stellungnahme zur Obergrenze. Er weist schlicht jedes Ansinnen, beim Agrardiesel überhaupt zu sparen, mit aller Schärfe zurück. Seine Kritik an den Sparplänen bei der Landwirtschaftlichen Krankenkasse (LKK) fällt da weit moderater aus, obwohl es hier um mehr Geld geht. Allerdings sind von dieser Kürzung die Regionen sehr unterschiedlich betroffen. Während laut Bundesverband der Sozialversicherungsträger etwa die Betriebe in Rheinland-Pfalz, Hessen und im Saarland mit Beitragssteigerungen von im Schnitt 47 Prozent rechnen müssten, würden die Beiträge in den neuen Bundesländern um weniger als ein Prozent steigen. Begründet liegt diese Diskrepanz darin, dass der Bundeszuschuss die Ausgaben der LKK für die landwirtschaftlichen Altenteiler übernimmt, die die (geringen) Krankenkassen-Beiträge der Altenteiler übersteigen. Das Verhältnis Altenteiler zu Beitragszahlern ist in den Regionen mit hohem Strukturwandel groß, während es in den neuen Bundesländern kaum Altenteiler gibt.

Um das extreme Auseinanderlaufen der Beitragsentwicklung zwischen den zehn regionalen LKKen zu verhindern, müssten die Bundeszuschüsse in Zukunft über ein Finanzausgleichs-System auf die Kassen verteilt werden. Da aber nicht zu erwarten ist, dass sich die Kassen untereinander auf ein solches System einigen, müsste es zu einer gesetzlichen Regelung kommen. Zuständig wäre dafür das Bundesgesundheitsministerium.

Am 2. Juli (nach Redaktionsschluss) wollte das Kabinett den Haushaltsentwurf für 2004 beschließen. Für Mitte September ist die erste Lesung im Bundestag angesetzt, für Ende November die Schlussabstimmung.

uj

## Dramatische Situation bei den Preisverhandlungen

Dringend notwendige Preisaufschläge haben die Molkereien beim Lebensmittelhandel nicht durchsetzen können. Die Bauern sind die Leidtragenden

Es war das erste Mal, dass bei den Preisverhandlungen drei große Molkereien auf einer gemeinsamen Linie beharrt haben“, berichtet ein Branchenkenner zu den Preisverhandlungen mit dem Discounter Aldi. Die Genossenschaftsmolkereien Nordmilch, Humana und Hochwald wollten für ihre Trinkmilch sechs Prozent mehr herausholen. Aber der Discounter verhandelte hart, drohte sogar damit, die ganze deutsche Milchindustrie auszulisten. Am Ende wurden für Frisch- und H-Milch dieselben Preise ausgehandelt wie im Vorjahr. Angesichts der miserablen Auszahlungspreise der Molkereien wäre eine Preiserhöhung für die Bauern dringend notwendig gewesen. Doch mit Wissen über schwierige Marktsituation und den absehbaren weiteren Preisverfall für Milch durch die Reformpläne der EU-Milchmarktordnung haben die Discounter ihre starke Position voll ausgespielt.

### Not der Marktlage ausgenutzt

Hans-Jürgen Sehn, Milchbauer und stellvertretender Vorsitzender der Hochwald Molkerei, berichtet: „So eine dramatische Situation bei den Preisverhandlungen hat es seit 20 Jahren nicht gegeben und so einen Kampf um den Preis.“ Aus der zunächst recht einheitlichen Position der Molkereien für einen besseren Preis versuchte Aldi einzelne Molkereien herauszuberechnen, was dann auch gelang. Dabei waren die Molkereien dieses Jahr entschlossen wie seit langem nicht mehr, Preisaufschläge herauszuholen. Den Milch-

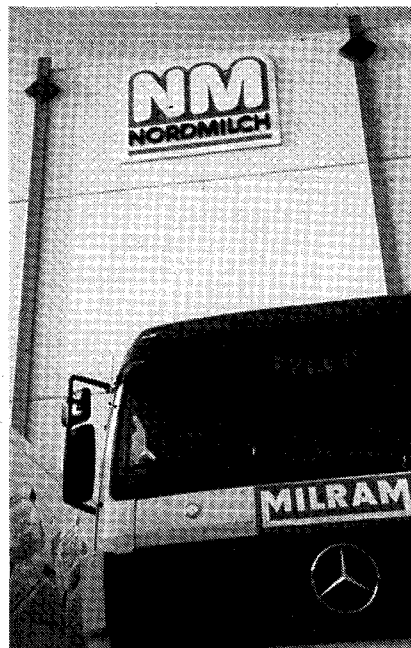
viehbetrieben geht es schlecht, zu den aktuell ausgezahlten Milchpreisen lohnt sich für viele bei Anrechnung aller Kosten das Melken nicht mehr. Die Milchindustrie ihrerseits sieht ihre Rohstoffbasis wegbrechen, wenn in der EU weitreichende Senkungen der Interventionspreise für Magermilchpulver und Butter kombiniert mit Quotenausweitungen beschlossen werden sollten. Belohnt mit einer Listung in Aldi-Filialen wurden am Ende die Molkereien, die als erste zu Preiszugeständnissen bereit waren wie die Molkerei Campina. Die drei Genossenschaftsmolkereien wurden teils aufgelistet, manche munkeln sogar von 20 Prozent der bisher gelieferten Milchmenge.

Hatten doch, einige Wochen bevor die Abschlüsse für Trinkmilch unterschrieben wurden, die Vertreter von Aldi bei Käse und Dessert schon Preise herausholen können, die zehn Prozent unter Vorjahresniveau lagen. Nach Berichten der *Lebensmittel-Zeitung* gab es vor allem bei Emmentaler gegenüber Aldi spektakuläre Preisnachlässe. Nach der BSE-Krise haben einige Molkereien ihre Käseverarbeitung ausgeweitet, nun sind auch in Italien größere Partien nur mit Preisabschlägen absetzbar.

### Richtschnur für Folgeverhandlungen

Auch mit Lidl sind die Verhandlungen abgeschlossen, die stets nach denen mit Aldi erfolgen. Damit kann Lidl die Molkereien unter Druck setzen, die Mengen, die sie bei Aldi nicht listen konn-

ten, zu noch niedrigeren Preisen bei Lidl unterzubringen. Aldi gibt den Ton vor, an dem sich anderen Ketten des Lebensmitteleinzelhandels orientieren.



Keinen Cent mehr konnten die Molkereien bei den Verhandlungen mit den Discountern Aldi und Lidl herauschlagen. Foto: Niemann

Nach der *Lebensmittel-Zeitung* können sich auch andere Markenartikler dem allgemeinen Abwärtssog nicht entziehen. Sie wehrten sich meist vergeblich gegen die Forderungen der Ketten. Neben der Preisleitfunktion bestimmen die Discounter auch die Mengen. Lidl und Aldi setzen bei Milch und Milchprodukten rund 50 Prozent um. So steigt die Bedeutung der Verhandlungen

mit ihnen immer mehr.

### Wie weiter?

„Wenn Aldi die geforderten ein bis zwei Cent je Liter Milch mehr an die Molkereien gezahlt hätte, dann hätte der Verbraucher immer noch das Gefühl gehabt, er kaufe günstig ein“, so ein Bauer. In der Woche mache das bei fünf Liter Milch gerade mal zehn Cent. Die hätten den Verbrauchern nicht wehgetan, aber den Bauern wäre geholfen worden. „Die Bauern sind ja auch die Leidtragenden. Die Mitarbeiter in den Unternehmen haben die gleichen Einkommen, aber das Milchgeld geht zurück“, gibt er zu bedenken.

Aus Molkerei-Kreisen gibt es Überlegungen, die Verhandlungen auf einen anderen Zeitpunkt zu verschieben. Denn gerade wenn die meiste Milch erzeugt werde und die Marktsituation am angespanntesten sei, säßen Molkereien und Ketten an einem Tisch.

„Wir müssen auch bäuerlicherseits eine neue Strategie entwickeln, wie man der Macht der Discounter begegnet“, fordert Hans-Jürgen Sehn, der mit seinem Sohn einen Hof mit 65 Kühen bewirtschaftet.

Mehrere Zeitungen berichteten von Aktionen in England, bei denen Milchbauern die Lager von Lidl blockierten, so dass Lidl ohne große Verhandlungen bereit war, 1,5 Cent je Liter mehr zu zahlen. Denn die Ketten wollten in Ruhe arbeiten. Das ist eine andere Gangart als die Milchverschenkungen vor den Läden wie hier in Deutschland.

ms

Aldi beherrscht die deutsche Weinwirtschaft“ – so die *Lebensmittel-Zeitung* (LZ) mit Hinweis auf die jährlich verkauften sechs Millionen Weinflaschen des Discounters, immerhin 20 Prozent des Weinverkaufs in Deutschland. Vielleicht sogar verständlich bei Preisen von Prosecco in Höhe von 1,99 Euro. Und laut Etikett nicht irgendein Prosecco, sondern einer mit der italienischen DOC-Qualitäts-Auszeichnung. So schrieb denn auch Aldi aufs Etikett des „Prosecco di Valdobbiadene“. Nur Weine aus diesem Gebiet und dieser Rebsorte dürfen die geschützte Herkunftsbezeichnung tragen. Leider gab es in diesem Weinbaugbiet gar nicht so viel Wein, wie Aldi verlangte. Da füllte der Lieferant halt etwas in die Flaschen, was „alles andere war als DOC“. Kein Wunder: Denn drei Vorgaben

## Aldi: Qualität zu Dumpingpreisen?

Total billig und trotzdem qualitativ gut – so lautet der Kult oder der Mythos um Aldi-Waren. Und viele möchten das gern auch weiterhin glauben. Obwohl das ja eigentlich gar nicht zusammengehen kann. Wie das Beispiel von Aldi-Weinen zeigt.

muss laut *Spiegel* ein Aldi-Lieferant erfüllen: „Die Ware muss billig sein, von guter Qualität und in großen Mengen verfügbar. Da sind manchmal eben nur zwei Kriterien zu schaffen.“

Peinlich, dass Aldi schon vor einem Jahr von der Vertretung der italienischen Weinbauern informiert wurde, dass mit dem Aldi-DOC-Wein nicht alles in Ordnung sei. Aldi verkaufte laut *Spiegel* den Billig-Wein weiter und verwies auf seine (nicht aussagefähigen) Laboranalysen. Auch von anderen

DOC-Weinen soll Aldi gewusst haben, dass die exportierten Mengen doppelt so hoch waren als die im Gebiet erzeugten. Auch der italienische Lieferant von Aldis Schnäppchen-„Spitzen“-Chianti steht demnach unter dem Verdacht des Etikettenschwindels. Aus diesen Erfahrungen scheint Aldi aber nichts gelernt zu haben: Die mit italienischen Lieferanten vereinbarten Abschlüsse für Soave und Pinot Grigio liegen laut *Lebensmittel-Zeitung* unter Vorjahresniveau, obwohl die Missern-

ten in Italien eigentlich Preiserhöhungen erforderten. Aber wegen einer Absatzflaute hätten sich genügend Verzweifelte gefunden, die für einen Kontrakt mit Aldi jeden Preis akzeptierten. Und auch der spanische Rioja bei Aldi steht unter diesem Vorzeichen: Der spanische Klassiker wurde laut LZ vor zwei Jahren aufgelistet, erst nach einem dramatischen Einbruch des Weinmarkts wurde er wieder eingelistet. Genug Gründe für Weinkenner und Befürworter fairer Preise, beim Einkauf von Wein (und auch anderen Aldi-Artikeln) nachzudenken. Auch vor dem Hintergrund des aktuellen Rechtsstreits des Aldi-Konzerns mit Weinkritikern, die Aldi-Weinen einen Geschmack „wie von der Müllkippe“ bescheinigt hatten. Was wahrscheinlich übertrieben ist, aber dennoch ernst zu nehmen.

pm

### Koalition für Käfighaltung?

Die niedersächsische FDP-Landtagsfraktion unterstützt die Absicht des CDU-Agrarministers Ehlen, die Legehennen-Verordnung des Bundes durch eine Initiative im Bundesrat zu kippen. Dadurch solle verhindert werden, dass das Verbot der Käfighaltung bereits ab 2007 gilt. Der Delmenhorster FDP-Kreisvorsitzende Glöckner dagegen warf Ehlen in der *Nordwest-Zeitung* vor, er mache sich „offen zum Sprecher der Geflügelbarone, deren Gewinne mit unsäglichem Leid der Tiere erkaufte worden sind“. Die Grünen-Landtagsfraktion forderte Ehlen auf, „nicht die Schlachten von gestern zu schlagen, sondern den notwendigen Umstellungsprozess einzuleiten“. en

### Holland als Vorbild: Käfig-Eier raus!

Käfig-Eier ausgelistet hat nun auch das niederländische Handelsunternehmen Schuitema/Laurus, ebenso wie die maßgeblichen Handelskonzerne Albert Heijn, Aldi, Dirk von den Broek, Lidl, Bas van der Heijden und Dirgros. Ungefähr 60 Prozent der verkauften Eier kommen nicht aus Käfighaltung, sondern vor allem aus der Bodenhaltung. In Deutschland liegt dieser Anteil bisher erst bei 16 Prozent, davon die Hälfte aus Freilandhaltung. Hierzulande hat erst die Rewe alle Käfig-Eier aus ihren HL-Märkten verbannt. Die Tengelmann-Gruppe hat diesen Schritt wieder rückgängig gemacht. en

### José Bové in Haft

Ende Juni verhaftete die Polizei den Bauern und Sprecher der Coordination Paysanne José Bové. Ihm wird vorgeworfen, Flächen mit gentechnisch veränderten Pflanzen zerstört zu haben, wofür er zehn Monate ins Gefängnis soll. Die Polizei stürmte seinen Schafbetrieb auf dem Larzac in Südfrankreich überraschend. pm

### Schmutzige Blumen

Wegen Mitgliedschaft in einer unabhängigen Gewerkschaft hat die kolumbianische Blumen-Großplantage Benilda drei Blumenpflückerinnen entlassen. Seit 2001 gibt es auf der Farm zwischen den 1.400 Beschäftigten (in der Mehrzahl Frauen) und der Betriebsleitung einen heftigen Konflikt wegen der Forderung nach humaneren Arbeitsbedingungen. 24 Mitglieder der Basisgewerkschaft wurden laut *Publik-Forum* gefeuert. Ein Drittel der Rosen und Nelken der Plantage Benilda werden nach Deutschland exportiert. Die Hilfsorganisationen Brot für die Welt, Fian und Terre des Hommes fordern nun die deutschen Blumenimporteure auf, sich bei ihren Zulieferern in Kolumbien für die Einhaltung der Menschenrechte einzusetzen. In Kolumbien wurden im letzten Jahr mehr als 170 Gewerkschafter ermordet. pm

### Syngenta nutzte Kinderarbeit

Der Schweizer Agrokonzern Syngenta hat zugegeben, dass er seit zwei Jahren von erzwungener Kinderarbeit bei seinen indischen Vertragsbauern wusste. Gemäß einer Studie der UN-Entwicklungsorganisation UNDP arbeiten vor allem Mädchen im Alter von 7 bis 14 Jahren auf den Baumwollfeldern, teilweise mit Arbeitstagen von 12 Stunden, ohne Schulbesuch. Die Mädchen müssten arbeiten, weil ihre Familien sonst das Saatgut nicht bezahlen könnten. Dieses Saatgut stammt von lokalen Saatgut-Produzenten, die bei multinationalen Konzernen wie Syngenta unter Vertrag stehen. Syngenta will jetzt durch Verträge die Kinderarbeit ausschließen. Die Schweizer Hilfsorganisation „Brot für alle“ fordert aber, dass die Konzerne ihre Verantwortung nicht mit neuen Auflagen auf die Bauernfamilien abschieben dürften. Auflagen müssten mit der Zahlung von höheren Löhnen verbunden werden. en

### Entschädigung: Grundstock für einen Traktor

Über das Schicksal der Zwangsarbeiterin Tatjana Doduch (heute 81 Jahre alt) berichtet das Magazin *Chrismon*: Im Jahre 1943 wurde die damals 22jährige von Polizisten aus ihrem ukrainischen Dorf Beliki verschleppt, zur Zwangsarbeit auf einem Bauernhof in Schleswig-Holstein. Als sie von einem anderen Zwangsarbeiter schwanger wurde, floh sie, auch wegen der schlechten Behandlung auf diesem Hof. Tatjana kam nach der Ergreifung in ein Hamburger Zwangsarbeiter-Lager. Nach dem Krieg kehrte sie in ihr Dorf zurück. Jetzt wurden Tatjana und ihre Kinder von der Stadt Hamburg zu einem Besuch eingeladen. Als sie bei einem Treffen mit Deutschen von ihrem Schicksal erzählte, habe einer der Zuhörer geweint: „Es hat mir gut getan, dass ein Mensch hier so Anteil genommen hat.“ Von ihrer Zwangsarbeiter-Entschädigung (1.425 Euro) will Frau Doduch nun auf einen Traktor sparen: „Bei der Auflösung unserer Kolchose haben wir zwar Land bekommen, aber nichts, um es zu beackern.“ en

## Mit der Postkutsche zur Herberge im Schäferhof

Zwei nordostdeutsche „Regionen aktiv“-Initiativen setzen auf sanften Tourismus

Peter Kloß führt eine Schäferei im Nebenerwerb in Biesenbrow in der Modellregion Barnim-Uckermark. Skudden, Schafe einer vom Aussterben bedrohten Rasse, werden hier in Herdenzucht gehalten. Mit der Herrichtung eines Stallgebäudes mit Zimmern, Gemeinschaftsraum und Sanitäreinrichtungen sowie dem Umbau des Speicherbodens für Heuübernachtungen

Lamm vom Grill anzubieten.

Auch in der Modellregion Mecklenburger Seenplatte tut sich etwas im Fremdenverkehr. Friedrich-Ernst Wilfarth bietet bis zu 30 Kilometer weite Fahrten in einer vier-spännigen Kutsche durch die Umgebung. Seit sechs Wochen gibt es diese vom Regionen aktiv-Programm geförderten Touren. Die Kutsche gehört der Agrar GmbH



Die Herde von Peter Kloß in Biesenbrow.

Foto: Archiv

auf dem Hof will der seit ein paar Jahren arbeitslose Ingenieur sein bisheriges zweites Standbein ausbauen. „Die Bewilligung des Geldes vom Regionen aktiv-Programm ist so gut wie durch, das zuständige Gremium hat zugestimmt. Jetzt fehlt nur noch der schriftliche Bescheid“, sagt Kloß.

„Ich züchte schon seit einiger Zeit Landschafe“, berichtet der 57-jährige. Begonnen habe das mit ein paar Tieren als Liebhaberei. „Aber dann habe ich mich richtig in die Sache reingefuchst.“ Mittlerweile grasen 50 Skudden auf der Weide von Peter

Kloß. „Für den Haupteinwerb würde das natürlich nicht reichen, da verhungert man ja.“ Also überlegte der Schäfer, was er mit seinen Gebäuden und den Schafen machen könnte. Er beschloss, dreigleisig zu fahren. Zum ersten sind die Tiere Fleischlieferanten für den Eigenbedarf „und die lieben Verwandten“. Zweitens fehlt in der Region ein Angebot für kleinere Gruppen zum Leben auf dem Hof für die Saison zwischen März und Oktober. „Meine Frau arbeitet in einer Kindertagesstätte und konnte da schon eine Gäste vermitteln.“ Nun werden im ehemaligen Stallgebäude und der oberen Etage, die früher als Getreidespeicher diente, jeweils zwölf Betten bereit. Und drittens eignet sich die nach Süden zeigende Remise dafür, Gruppen von Tagesurlaubern frisches

in Kreckow, einem 500-Hektar-Betrieb mit Mutterkühen. Die Pferde sind Eigentum von Wilfarth, der selbst einen Hof von 200 Hektar mit 13 Pferden bewirtschaftet, davon sechs Schleswiger Kaltblutpferde, eine vom Aussterben bedrohte Art.

„Vor zwei Jahren ist mir eingefallen, dass man hier was für den Tourismus tun könnte“, erklärt Hans-Ernst Wilfarth. In der dünn besiedeltesten Gegend Deutschlands – auf einen Quadratmeter kommen in

Mecklenburg durchschnittlich 20 Einwohner – gibt es eine einmalige Landschaft zu entdecken. „Etwas

anderes als Fremdenverkehr lässt sich hier eigentlich gar nicht machen“, so Wilfarth. Er nutzt die seit 1900 bestehende alte Poststraße für die Touren der komfortabel ausgestatteten Kutsche. Für den Winter sind Fahrten durch die verschneiten Wälder der Region geplant.

„Erstes Standbein muss die Landwirtschaft bleiben“, sagt Friedrich-Ernst-Wilfarth. „Das ist hier schon seit Jahrhunderten so.“ Als zweites Standbein bietet sich der Fremdenverkehr an, allerdings nicht als Massentourismus wie beispielsweise an der nahe gelegenen Ostseeküste. „Das ist nicht unser Ding, so etwas wie in Rügen, das sollen andere machen.“ Schließlich sei es gerade der Reiz der Seenplatte, zehn Kilometer weit fahren zu können, ohne einem Menschen zu begegnen. la

REGIONEN AKTIV



## Unbeirrbare

Überall werden Aufbereiter herangezogen, um Daten über Bauern zu bekommen. Aber Teile des Landhandels reagieren zurückhaltend

Unbeeindruckt von ihrer Niederlage vor dem Europäischen Gerichtshof versucht die Saatgut Treuhand GmbH (STV), Landwirte zur Auskunft zu drängen. Die bis zum Urteil des EuGH ausgesetzten Verfahren gegen die pauschale Auskunftspflicht für EU-weit geschützte Sorten laufen vor dem Oberlandesgericht Frankfurt wieder an. In der neuen Prozessrunde versucht die STV, auf allen Wegen Daten über die Bauern zu bekommen. Aufbereiter und Saatgutvermehrter werden reihenweise kontrolliert, und von Bauern wird mit mehr und weniger genauen Angaben zu ihrem Nachbaverhalten Auskunft verlangt. Wenn die STV Landwirte des Nachbaus einzeln genannter Sorten verdächtigt, rät der IGN-Anwalt Matthias Miersch den Bauern, auf die Schreiben der STV zu reagieren. Die STV könne von den Landwirten befragt werden, von wem und wann sie Informationen über den Erwerb einzelnen Sorten bekommen hat. Ebenso kann eine Vollmacht des Sortenschutzinhabers nachgefragt werden. Zusätzlich sollten die Bauern Kontakt mit der IGN aufnehmen.

### 80 Prozent sind zuviel

Nachbaugebühren von 80 Prozent der Z-Lizenz hält das Oberlandesgericht Braunschweig für unangemessen und bestätigt in seinem Urteil die Gleichbehandlung von Kooperationsabkommen und gesetzlichem Verfahren in der Gebührenfrage. In beiden Fällen beläufte sich die Gebühr auf 50 Prozent der

Z-Lizenz. Da es sich damit in Widerspruch zum Urteil des Oberlandesgerichts München begibt, haben die niedersächsischen Richter eine Revision vor dem Bundesgerichtshof zugelassen.

### Landhandel rät zur Zurückhaltung

Klare Position gegen das Ausforschen der Pflanzenzüchter bezieht der Dachverband des privaten Landhandels. Mit dem Hinweis, die STV wisse selbst, dass den Pflanzenzüchtern weder für national noch EU-weit geschützte Sorten „ein derart weitgehender Ausforschungsanspruch zusteht“, legt der Dachverband der STV nahe, erst mal ihre Hausaufgaben zu machen. In einem Musterbrief für seine Mitglieder verweist der Dachverband auf das EuGH-Urteil gegen die pauschalen Auskunftspflicht von Landwirten: „Wir haben keinen Zweifel daran, dass der EuGH diese Prinzipien des Sortenschutzrechtes auch gegenüber den ... Aufbereitern geltend gemachten umfassenden Ausforschungsansprüchen hochhalten wird.“ Der Auskunftsanspruch gegenüber den Aufbereitern sei in vielerlei Hinsicht unwirksam vorgebracht worden. Erst wenn die STV eine konkrete Auskunft eines Pflanzenzüchters einer einzelnen Sorte und den Namen eines Landwirts nenne, der dem Pflanzenzüchter gegenüber Angaben gemacht habe, dann werde man unverzügliche Auskunft geben. Da kann man sich nur noch hochachtungsvoll anschließen. *ms*

## Neuer Zehnte

Grundsätzliche Überlegungen der IG Nachbau (IGN) zur Frage der Nachbaugebühren und des Geistigen Eigentums

An den IGN-Positionen zum Eigentum an Pflanzen kann man ersehen, warum wir nicht bereit sind, das von den Pflanzenzüchtern beanspruchte so genannte „Geistige Eigentum“ zu akzeptieren.

Wenn die Sortenschutzgesetze so bleiben sollten, werden wohl bald die Tierzüchtfirmen nachziehen und sich ihre Neuzüchtungen schützen lassen und von den „Nachzüchtern“ Nachzüchtgebühren verlangen. Irgendwann werden dann internationale Multis alles „Leben ... vom Acker bis zum Tellerrand“ wie es ein Monsanto-Chef nennt, unter ihrer Kontrolle haben. Die Multis sind auch führend im Gentechnik-Geschäft. Sie lassen sich gentechnisch veränderte Pflanzen patentieren und haben dann das Monopol für die weitere Verwendung. Es werden dann nur noch Vertragslandwirte gebraucht, die bereit sind, bei minimalen Verdiensten hohe Risiken zu tragen.

Dass das Komponieren von Liedern „geistiges Eigentum“ der Komponisten ist, ist ohne Zweifel richtig, die Lieder der Komponisten sind schließlich in deren Köpfen entstanden. Die Argumentation der Sortenschutzinhaber, das von ihnen beanspruchte „geistige Eigentum“ an den geschützten Sorten beinhalte, dass auch die Ernte der Bauern faktisch das Eigentum der Züchter ist, kann nicht rechtens sein.

Denn seit es Ackerbau gibt, haben Bauern Pflanzen angebaut, sie weiterentwickelt und verbessert, also Pflanzen

gezüchtet. Die Pflanzenzüchtfirmen der Neuzeit haben in der ganzen Welt Landsorten und auch Wildpflanzen gesammelt, ohne etwas dafür zu bezahlen. Sie haben daraus neue, verbesserte Sorten gezüchtet und kassieren eine sicherlich berechnete Lizenzgebühr beim Verkauf des Saatguts. Jedoch mit dem Kauf des Z-Saatgutes muss das Eigentumsrecht der Sortenschutzinhaber zu Ende sein. Dass die Pflanzen auch noch auf den Höfen und Äckern den Sortenschutzinhabern gehören sollen, können Bauern nicht akzeptieren.



Es wäre nämlich eine Aushöhlung des Eigentumsbegriffs überhaupt. Wenn ihre Produktionsmittel – die Pflanzen – nicht mehr den Bauern und Landwirten gehören, dann sind wir wieder im Mittelalter und die Nachbaugebühren sind der „neue Zehnte“.

Der Zehnte im Mittelalter wurde vor allem damit begründet, alles Eigentum gehöre Gott. Der habe die Kirche und den Adel damit beauftragt, es als Lehen an die Bauern zu geben und von den Bauern dafür einen „Zehnten“ zu kassieren.

Wenn die gesetzliche Regelung mit dem „geistigen Eigentum“ an den Pflanzen also so bleibt, dann sind die Sortenschutzinhaber die neuen Lehensgeber und die Bauern und Landwirte die neuen abhängigen Lehensnehmer und Zahler des „neuen Zehnten“.

*Adi Lambke, Gründer der IG Nachbau*

## Ist Leben in Zukunft auch in Deutschland patentierbar?

Eindrücke zu aktuellen Entwicklungen, was die Patentierbarkeit von Pflanzen, Tieren und Teilen des menschlichen Körpers angeht.

Im zweiten Anlauf wird momentan die EU-Biopatent-Richtlinie in Deutschland überarbeitet. Das Bundesjustizministerium legt noch vor der Sommerpause einen Gesetzentwurf vor, in dem Patente auf Gene, Pflanzen und Tiere ausdrücklich erlaubt sind. Diese Situation hat zu einem neuen Zusammenschluss von Organisationen geführt, die sich vehement gegen die Umsetzung der Richtlinie in deutsches Recht einsetzen. Bundesärztekammer, Misereor und Greenpeace fordern ein Verbot für Patente auf Leben und luden unter anderen auch die AbL am 5. Juni zu einem Gespräch nach Berlin ein. Dort forderten die Organisationen vom Bundestag, dem Gesetzentwurf nicht zuzustimmen. Statt dessen solle sich die Regierung endlich für die

Neuordnung des Patentrechtes auf europäischer Ebene einsetzen.

Nach Angaben von Greenpeace erteilt das Europäische Patentamt in München weiterhin routinemäßig Patente auf Lebewesen, Saatgut und Gene. Demnach wurden von Januar bis Mai 2003 bereits 21 Patente auf Pflanzen erteilt. Zudem wurden fünf Patente auf Tiere und etwa ein Dutzend Patente auf menschliche Gene vergeben. Aktuelles Beispiel ist das Ende Mai an Monsanto erteilte Patent über einen Weizen zur „Herstellung von knusprigen, mehlinhaltigen, essbaren Produkten wie Biskuits oder ähnlichem“. Das Patent wurde erteilt, obwohl die Eigenschaften des Weizens den züchtenden indischen Bauern schon seit Jahrzehnten bekannt sind und auch schon 1988 wissenschaftlich beschrieben wurden.

In einem Musterbrief an Parteien und Bundestagsabgeordnete fordert die AbL, dass die EU-Biopatent-Richtlinie nicht in deutsches Recht umgesetzt wird (Bezug bei der AbL-Geschäftsstelle s. S. 23). Die Begründungen sind:

– Der im Gegensatz zum Sortenschutz durchgreifende Patentschutz fördert die Monopolisierung der Saatguterzeugung durch immer weniger Firmen, die damit auch die Entwicklungsrichtung der Landwirtschaft wesentlich bestimmen. Patente auf genetische Ressourcen und Sortenschutz können die Rechte der Bauern auf Wiederaussaat, Austausch und Verkauf von Saatgut einschränken. Das bedroht die Existenz von Kleinbauern, verteuert Nahrungsmittel und führt Bauern in eine zunehmende Abhängigkeit von Saatgut-

unternehmen.

– Gensequenzen sind keine Erfindungen  
– die Verrohstofflichung des menschlichen Körpers und die beliebige Manipulation an Tieren durch die Erteilung von Patenten auf menschliches und tierisches Genom ist ethisch höchst fragwürdig.  
– Die AbL fordert die Mitglieder des Bundestages dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass die Erteilung von Patenten auf Gensequenzen, Tiere, Pflanzen rechtlich ausgeschlossen wird.

Da neun EU-Länder die EU-Biopatent-Richtlinie noch nicht umgesetzt haben, sollte Deutschland in Kooperation mit noch weiteren Ländern die EU-Kommission dazu bewegen, die Richtlinie unverzüglich zu überarbeiten.

*Angela von Beesten*

## Der Nitrofenskandal und Raiffeisen

Als vor einem Jahr der Nitrofen-Skandal den Einstieg der Agrarindustrie in den Ökosektor aufzeigte, kam auch die Raiffeisen-Organisation in den Blickpunkt. Als Ministerin Künast damals „kriminelle Machenschaften in der Futtermittelindustrie“ bei Raiffeisen anprangerte, verbat sich Raiffeisen-Chef Nüssel diese Anschuldigung. Jetzt hat die ZEIT eine „streng geheime“ Vereinbarung veröffentlicht, welche die dominierende Rolle der Raiffeisen-HG in der NSP AG Neubrandenburg, in deren Halle das Gift gefunden worden war, beweist: ein Stimmrecht von 50 Prozent und das Vorschlagsrecht für die Hälfte der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder. Die betroffenen Raiffeisen-Kreise hatten diese Tatsache nicht mitgeteilt, obwohl sie damals „eine vollständige Aufklärung“ zugesagt hatten. en

## Bauerngelder für Geflügelpest?

Die Niedersächsische Tierseuchenkasse ist für den Fall der Geflügelpest total unterfinanziert. Für die mögliche Tötung vieler Millionen Tiere bestehen derzeit nur Rücklagen in Höhe von 2,5 Mio. Euro, deshalb müssten laut Agrarminister Ehlen dann die Rücklagen der Rinder- und Schweinehalter angegriffen werden. Die Geflügelhalter im „Geflügelland Nr. Eins“ (mit 35 Prozent aller deutschen Legehennen, über 50 Prozent der Masthähnchen und Mastputen, insgesamt 70 Millionen Tiere) sind erst seit gut zwei Jahren zur Zahlung von Mindestbeiträgen in die Kasse verpflichtet – angeblich, weil es keine Gefahr von Geflügelseuchen gegeben habe. en

## Anlaufstelle für Saisonarbeiter

Eine zentrale Anlaufstelle für Pendler und Pendlerinnen aus Osteuropa (ZAPO) in Berlin kümmert sich seit drei Jahren um die Anliegen von Menschen, die in Deutschland befristet und oft auch ohne Genehmigung arbeiten. Für deren Nöte, z.B. bei Lohnbetrug, Rechtlosigkeit oder elenden Wohnverhältnissen, war bisher keine Stelle zuständig. Die Stelle will auch einen Beitrag zu einem verbesserten Verhältnis zwischen Ausländern und Deutschen leisten, indem sie gegen Dumpinglöhne kämpft.

Kontakt: ZAPO, Polnischer Zentralrat e.V., Oranienstr. 34, 10999 Berlin, ☎ 030-6150909. pm

## Lückenindikation nur mit Sponsoren?

Viele große Pestizid-Konzerne halten es mittlerweile für unrentabel, für ihre Pflanzenschutzmittel in kleineren Obst- und Gemüse-Kulturen die Zulassung zu beantragen. Daraus entstehen ernsthaft bedrohliche Indikationslücken für die Obst- und Gemüsebauern. Um dennoch zu einer Zulassung zu kommen, wurde von der Biologischen Bundesanstalt und Landesdienststellen der Arbeitskreis Lückenindikation gegründet, um die für die Zulassung erforderlichen Wirkungs- und Rückstandsuntersuchungen durchzuführen. Diese Arbeit stockt in zahlreichen Kulturen, weil das Geld für die Rückstandsversuche fehlt. In Fachzeitschriften werden deshalb jetzt tatsächlich Sponsoren für diese Analysen gesucht. Makaber angesichts der Umsatz- und Marktmacht der Pestizidkonzerne. en

## Ökolandbau wird Förderung gestrichen

Anfang Juni verkündete das rheinland-pfälzische Landwirtschaftsministerium, die Förderung für die Fortführung des Ökolandbaus zunächst einzustellen. Begründet wird das Streichen der jeweils für fünf Jahre gültigen Folgeanträge mit Haushaltsproblemen. Für die betroffenen 4.500 ha Ackerfläche beträgt der Landesanteil gerade 200.000 Euro.

Die Stiftung Ökologie & Landbau kritisiert die Kürzungen: „Rheinland-Pfalz ist das einzige Bundesland, das dieses Leistungsentgelt den Bio-Bauern vorenthält.“ pm

## Kurzes Gedächtnis des Bauernverbandes

Im Juni letzten Jahres feierte der Bauernverband (DBV) den Tag des offenen Hofes noch auf einer der ältesten LPGen, einer Agrarfabrik mit über 6.000 ha, und ebenso das 50-jährige Bestehen des Betriebes. Dieses Jahr kritisiert der DBV anlässlich des 50. Jahrestages des Aufstandes am 17. Juni in der DDR die „kommunistischen Machthaber“. Plötzlich sind nicht mehr jene Landwirte zu feiern, die als erste kollektiviert wurden, sondern jene, die ihre Höfe und ihr Privateigentum verteidigten. Das sich Unbeteiligte nicht mehr an alle Ereignisse vor 50 Jahre erinnern ist wahrscheinlich, aber das Gedächtnis der meisten west- und ostdeutschen Bauern reicht länger als elf Monate. ms

KURZES AM RANDE

# Ökostrom: Riesiges Potenzial für die Landwirtschaft

Bioenergie verschafft Bauern ein weiteres finanzielles Standbein

Während die Aussichten für die Milch- und Geflügelzucht immer düsterer werden, hat sich der Betrieb von Biogas- und Solarstromanlagen für Bauern zu einer attraktiven Ergänzung der Bewirtschaftung entwickelt. Dieser Trend könnte sich verstärken, wenn die geplante Änderung des Energieeinspeisungsgesetzes (EEG) künftig kleineren Anlagen noch bessere Preise bietet. Erst am 11. Juni hatte der Bundesgerichtshof in seinem Urteil klar gestellt, dass das Einspeisegesetz weder gegen die deutsche Verfassung noch gegen EU-Recht verstößt.

Das Rendsburger Energieversorgungsunternehmen Schleswig AG hatte sich geweigert, Windkraftanlagen an ihr Versorgungsnetz anzuschließen, weil es nicht die gesetzlich vorgeschriebene Mindestvergütung zahlen wollte. Die Betreiber der Windräder hatten dagegen geklagt – schlussendlich mit Erfolg. „Wir sehen darin nur eine Bestätigung einer bereits gefällten Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes“, sagte André Böhling, energiepolitischer Referent von Bündnis 90/Die Grünen. Ein Entwurf für das erneuerte Einspeisegesetz soll noch vor der Sommerpause vorliegen, hieß es aus dem Bundesumweltministerium. In Kraft treten könne die Bestimmung frühestens ab Januar 2004.

„Bislang rechnet sich der Betrieb einer kleinen Anlage nicht“, sagt Horst Seide. Der niedersächsische AbLer investierte vor drei Jahren in eine Biogasanlage mit 220 Kilowatt Leistung. „Anlagen mit weniger als 50 Kilowatt können nur mit Verlust Strom ins allgemeine Netz einspeisen.“ Wenn sich das ändern würde, könnte sich mit der Nutzung erneuerbarer Ener-

gie ein völlig neuer Bereich für die Landwirtschaft eröffnen. „Etwa alle zwei Jahre kommen die Vergütungsregeln auf den Prüfstand“, erklärt Horst Seide. „Momentan sind die Tarife für Windstrom zu hoch“, findet er.

Dieser Auffassung ist auch der bayerische AbLer und Biobauer Sepp Bichler. „Das EEG ist zu windlastig.“ Bichler versucht die Gemeinde Sielenbach gerade für die Errichtung einer Fotovoltaik-Anlage auf freiem Feld zu gewinnen. Für eine halbe Million Euro ließe sich eine 100-Kilowatt-Anlage bauen. Da Bayern mit so viel Sonne gesegnet sei wie der Norden Deutschlands mit Wind sei Solarenergie die Zukunft Süddeutschlands. Bichler spricht gar von einem „Sonnenfieber“ im Freistaat.

Horst Seide ist überzeugt davon, dass erneuerbare Energien in nächster Zeit einen Boom erleben werden. „Der Preis für fossile Energie steigt, der Preis für regenerative Energien wird ab 2005 sinken.“ Wenn das Kostenniveau von beiden sich angeglichen hat, dann werde der Strom aus Wind, Sonne und Biogas zu einem Riesengeschäft. „Volkswagen und Mercedes bereiten sich bereits darauf vor, Großanlagen zu errichten. Deswegen müssen wir sehr schnell möglichst viele Landwirte dazu bringen, eigene Energieanlagen zu betreiben.“ Sonst, so seine Befürchtung, bleibe die Wertschöpfung bei den Konzernen statt den Bauern. Letztere wären dann nur noch Lieferanten billiger Rohstoffe. Das große Geschäft würden die Multis machen. „Mit jeder Anlage auf einem Hof sammeln wir Erfahrungen und erreichen einen Vorsprung im Knowhow“, ist Seide überzeugt. „Da müssen wir weitermachen.“ la



Wind, Sonne und Biomasse: der Energiemix der Zukunft.

Foto: Niemann

## Tschechische Bio-Bauern erwarten einen Boom nach EU-Beitritt

Auf der Bioakademie in Lednice beschlossen Verbände aus neun Ländern eine Resolution gegen Gentechnik

Seit dem 14. Juni ist klar, dass die Tschechische Bevölkerung mehrheitlich für den EU-Beitritt ihres Landes ist. Von den 55 Prozent der Stimmberechtigten, die sich beteiligten, machten 77 Prozent ihr Kreuz bei Ja. „Aber die konventionellen Bauern haben Angst vor dem EU-Beitritt“, berichtet Jiri Urban, Vizepräsident des Verbandes Pro Bio im tschechischen Skumperg, einer Partnerorganisation des deutschen Biolandverbandes. „Sie befürchten, gegenüber den alten EU-Mitgliedstaaten nicht konkurrenzfähig zu sein, weil sie geringere Direktzahlungen bekommen als diese.“ Überhaupt nicht glücklich seien die konventionellen Bauern auch über die ökologische Ausrichtung künftiger Beihilfen. Die Bio-Bauern dagegen erhoffen sich durch die Programme zur ländlichen Entwicklung einen Auftrieb. So werden Ackerflächen mit ökologischem Anbau nach dem Beitritt im Mai 2004 dreimal so hoch gefördert wie bislang, beim Anbau seltener Pflanzen sogar viermal so hoch. „Das bedeutet, statt 3.000 tschechische Kronen (etwa 95 Euro) Prämie gibt es künftig 12.000 Kronen (etwa 380 Euro) pro Hektar“, rechnet Jiri Urban vor.

Pro Bio lässt sich seit 1992 von Biobauern Rohstoffe liefern, die dann schonend verarbeitet werden – so dürfen keine chemischen Konservierungsstoffe, Kunstfarbstoffe oder synthetische Geschmacksstoffe verwendet werden. „Bioprodukte haben zwar ein rascheres Verfallsdatum, aber eine hohe Qualität“, meint Jiri Urban. Pro Bio beliefert inzwischen 180 Naturkostläden in Tschechien.

Thomas Dosch, Vorstandsvorsitzender

von Bioland, glaubt, dass der ökologische Landbau in der Tschechischen Republik noch in den Anfängen steckt. „Pro Bio importiert Bio-Säfte aus Deutschland, um ein möglichst breites Warensortiment zu haben“, sagt er. Aber möglichst bald sollen genug einheimische konventionelle Obstbauern für den Umstieg auf Bio gewonnen werden. „Wichtig ist, dass deutsche und tschechische Bio-Bauern nicht als Konkurrenten auftreten, sondern solida-

risch zusammen arbeiten.“ Da sei er mit Pro Bio zufriedener als beispielsweise mit den Bio-Verbänden in Ungarn, die seiner Ansicht nach „aus rein wirtschaftlichen Gründen sehr stark auf Export setzen und sich keine Gedanken darüber machen, was dies in anderen Landstrichen anrichten kann“.

Was die Biobauern in Tschechien am EU-Beitritt beunruhigt, ist die mögliche Einführung von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) in der Landwirtschaft. Auf der vom 16. bis 18. Juni abgehaltenen „Bioakademie“ in Lednice, zu der 250 Besucher aus 17 Ländern – vor allem aus Mittel- und Osteuropa – gekommen waren, unterzeichneten Bioverbände aus Tschechien, der Slowakei, Slowenien, Deutschland, Österreich, Luxemburg, der Schweiz, Polen, Ungarn, Litauen und Albanien einen Brief an EU-Agrarkommissar Franz Fischler. Die zwei zentralen Forderungen sind erstens eine Regelung der Koexistenz von Landwirtschaft mit und ohne Gentechnik auf EU-Ebene und zweitens Klärung der Haftungsfrage bei Verunreinigung durch GVO – und dies vor der Freisetzung gentechnisch veränderter Pflanzen.



650 Biohöfe gibt es in Tschechien bisher.

Foto: Tschechisches Agrarministerium

## Bauen im Außenbereich darf nur für bäuerliche Betriebe gelten!

Geltende Regelungen des Baugesetzes werden in vielen Fällen zu Ungunsten der Bauern ausgelegt

Das Bundesbauministerium hat einen Referenten-Entwurf für die Novellierung des Baugesetzbuchs vorgelegt. Aus landwirtschaftlicher Sicht geht es vor allem darum, wer weiterhin „privilegiert“ im Außenbereich einer Gemeinde bauen darf. Dieses Recht ist eigentlich landwirtschaftlichen Betrieben vorbehalten, vor allem hinsichtlich von Stallbauten. Allerdings nutzen agrarindustrielle Investoren Lücken in der Auslegung dieser Regelung.

In einigen Intensiv-Veredlungsregionen hat ein agrarindustrieller Bauboom zu Konflikten mit der Bevölkerung geführt: weniger wegen der Stallbaupläne von Bauern, sondern vor allem bei Großprojekten von Agrarindustriellen. Deren Mastanlagen wurden von Genehmigungsbehörden als „landwirtschaftlich“ und als „nicht gewerblich“ eingestuft, weil die Investoren „futterbaulich geeignete Flächen“ bzw. Fläche je erzeugter Dungeinheit zugepachtet hatten – damit gilt die „Flächenbindung der Produktion“ rein formal als erfüllt. Diese Anlagen waren kaum zu verhindern, obwohl sie die Wachstumsmög-

lichkeiten von ortsansässigen Bauern bedrohen: Einmal deshalb, weil die örtliche „Grundbelastung“ höher wird und bei folgenden Bauanträgen der Bauern angerechnet wird. Zum anderen dadurch, dass die Pachtflächen in der Gemeinde knapp und teuer werden, so dass kleinere Betriebe mangels Fläche als „gewerblich“ eingestuft werden.

### Widerstand gegen Baupraxis wächst

Immer mehr Bauern und Bürgerinitiativen wehren sich gegen diese Baupraxis, die die „Funktion des Außenbereichs nachhaltig stört“. Auch Gemeinden und Kreise verlangen nach einer Regelung, die ihnen eine Handhabe bei der Gestaltung des Außenbereichs gibt.

Die Gemeinden sollen nach dem neuen Referenten-Entwurf sogenannte Eignungs- und Vorrangflächen in ihrem Außenbereich ausweisen können, nur dort dürften dann Ställe gebaut werden. In Bereichen, die als „Belastungsflächen“ eingestuft werden, soll das Bauen erschwert bzw. verhindert werden. Ursprünglich sollten diese Einschränkung

für alle landwirtschaftlichen Betriebe gelten. Das hätte den Sinn der Privilegierung, nämlich die räumliche Nähe zwischen bäuerlicher Hofstelle und Flächen zu sichern, ins Gegenteil verkehrt. Auch hätte dies einen Freibrief für auswärtige Agrarindustrielle geschaffen, die in den engen Sondergebieten die teuren Bauplätze eher bezahlen könnten als die Bauern. Jetzt sollen diese Sondergebiete aber nur noch für „gewerbliche Tierhaltungsanlagen“ gelten. Die Gemeinden können unerwünschte gewerbliche Investoren auch dadurch hemmen, dass sie mit Hinweis auf eine neue Flächennutzungsplanung Baugesuche mehrere Jahre zurückstellen. Entscheidend aus bäuerlicher Sicht ist eine klare Grenzziehung zwischen bäuerlichen Betrieben und gewerblich-industriellen Anlagen. Dazu ist lediglich eine klare Auslegung und Beachtung der bisherigen Rechtsgrundlagen nötig: Im Raumordnungsgesetz (ROG) ist das Privileg des landwirtschaftlichen Bauens im Außenbereich nicht einfach nur mit einer formalen „Flächenbindung“ (Verhältnis von Vieheinheiten und Flä-

che) begründet, sondern ausdrücklich auf die „bäuerliche strukturierte“ Landwirtschaft (u.a. auf Familienbetriebe) bezogen (ROG, §2).

### Futter vom eigenen Grundstück

Auch die Anforderung der Flächenbindung in § 35 des Baugesetzbuchs muss wieder deutlich auf den Zweck der landwirtschaftlichen Bau-Privilegierung zurückgeführt werden: Die Veredlung ist nur dann flächenbezogen, wenn sie „überwiegend“ (d.h. zu über 50 Prozent) auf eigener Futtergrundlage beruht. Diese Vorschrift wurde von den Genehmigungsbehörden bisher so ausgelegt, dass ein Betrieb nur „rein rechnerisch“ genügend Fläche für eine Futtererzeugung haben musste. Lediglich das Land Nordrhein-Westfalen hat den Sinn des Gesetzes ernst genommen und verlangt, dass die Hälfte des Futters auch wirklich von den eigenen Flächen stammt.

Bei der geplanten Verbände-Anhörung Anfang Juli wird die AbL diese Privilegierung der bäuerlichen Betriebe in den Mittelpunkt stellen.

Eckehard Niemann

## Keine Quotenausdehnung ohne ausreichende Nachfrage

Gegen die Ausdehnung der Milchquote im Rahmen der EU-Agrarreform um weitere zwei Prozent ab 2007 hat sich der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss ausgesprochen. Auch die Ausweitung um 1,5 Prozent, wie in der Agenda 2000 beschlossen, soll erst umgesetzt werden, „wenn der Markt entsprechende Mengen ohne Subventionen aufnehmen kann.“ Als Berichterstatter für das Thema Milch hat der Bauer und Abler Bernd Voss die Vorschläge mit Martin Hofstetter von der Gh Kassel ausgearbeitet. Beide sind im Bundesvorstand der AbL. Auf den Milchbauern Bernd Voss geht auch die Idee zurück, ein Instrument der flexiblen Mengenregulierung einzuführen. Zusätzlich fordert der Ausschuss, dass mögliche Preissenkungen bei Milch um 90 statt wie von der Kommission vorgesehen um 50 Prozent ausgeglichen werden. ms

## Mastitisbehandlung ohne Antibiotika?

Als „Unfug“ hat der Mastitis Experte Professor Hamann (Tierärztliche Hochschule Hannover) kürzlich die antibiotischen Behandlungen von Eutererkrankungen bezeichnet. Laut Versuchen in den USA verbessere sich die Erfolgsquote dadurch nur um zehn Prozent. Das Abklingen der Erkrankung beruhe in 20 bis 40 Prozent auf der Selbstheilungskraft des Organismus. Laut Hamann zeigen klinische Mastitisfälle in den bakteriologische Milchproben-Untersuchungen bis zu 70 Prozent falsche negative Ergebnisse. Unter heftigem Protest von Tierärzten empfahl Hamann laut *top agrar* bei einer Tagung, den Kuhkomfort, die Fütterung und das Stallklima zu verbessern. Laut *BW agrar* sind Euterentzündungen mittlerweile zu einem Dauerproblem geworden, denn jede fünfte Kuh erkrankt an klinischer Mastitis und jede vierte Kuh leidet unter einer chronischen Entzündung. en

## Geflügelpest verhindert Geflügelfusion

Die niederländischen Großgenossenschaften Cehave mit ihrer Geflügel-Tochterfirma „Astenhof“ und Cebeco mit Geflügel-Tochterfirma „Plukon/Friki“ haben ihre Pläne zu einer Fusion dieser Geflügel-Töchter wieder abgesagt. Ursache des gescheiterten Zusammenschlusses ist offenbar die Geflügelpest, die Astenhof noch stärker traf als Plukon/Friki. Beide Unternehmen kommen auf dem deutschen Markt auf einen Marktanteil von 13 Prozent. Astenhof produziert in Hainspitz, Friki in Strokow und Döbeln. Auch der größte holländische Geflügelvermarkter Storteboom bekam durch die Geflügelpest den letzten Schlag, nach jahrelangen wirtschaftlichen Problemen infolge von Fehlinvestitionen in Spanien. pm

## Mafiöse Arbeitspraktiken in der Fleischindustrie

Erstaunt zeigt sich die Fleischindustrie über das große Interesse der Verbraucher an den Produktionsmethoden. Die Fernsehserie „Report Mainz“ hatte jüngst aufgedeckt, mit welchen Mitteln gefügig gemachte osteuropäische Billigarbeiter zum Lohndumping und zu Entlassungen in der deutschen Fleischindustrie eingesetzt werden. Über Subunternehmer werden deutsche Arbeitsgesetze umgangen, Leiharbeiter werden zu Falschangaben bei Behörden gezwungen und Kritiker bekommen schon mal Besuch von einem Schlägertrupp. Der eindrucksvolle Bericht zeigte auch die personellen Engpässe und die inkonsequente Haltung der Überwachungsbehörden. Volkmar Lübke von der Verbraucherinitiative: „Geiz ist kein bisschen geil, wenn er derart menschenverachtende Folgen hat.“ en

## Bayer, BASF und Syngenta

Die drei größten Chemiekonzerne teilen sich drei Viertel des deutschen Pflanzenschutz-Marktes: Bayer Crop Science und die BASF mit jeweils 27 % und Syngenta mit 19 %. Die israelische Gruppe Makteshim hat kürzlich die deutsche Pestizidfirma Feinchemie Schwebda (FCS) übernommen und kommt nun auf 7 % des deutschen Marktes. Weitere 5 % entfallen auf DowChemical und 4 % auf DuPont. Weltweit sind die Pestizid-Anteile so verteilt: Syngenta vor Bayer, Monsanto, DuPont, BASF und DowChemical. en

## Mähdreschermarkt

Die Marktanteile der Mähdrescher-Hersteller in Deutschland: Claas mit 47 Prozent, danach CNH mit seinen Marken NewHolland und CaseIH mit 22, bzw. John Deere mit 20 Prozent. Um den Markt kämpfen daneben: Same (Deutz-Fahr), Agco (Massey-Ferguson und Fendt), Argo (Laverda) und die finnische Rosenlev-Gruppe. en

## Chemiekonzerne und mittelständische Züchter

Der bisher eher mittelständisch geprägten Pflanzenzüchtung in Deutschland und Europa droht eine Konzentrationswelle, die von Konzernen ausgeht, die Gentechnik und Agrarchemie zusammenfassen und die das Kapital für die teure Gentechnik-Zucht haben.

Weltweit haben sich seit längerem einige Chemiekonzerne durch massiven Kauf von Zuchtfirmen und von deren Patenten an die Spitze der Züchtungsumsätze gesetzt: Weit vorn der Chemiekonzern DuPont (USA) mit seiner Tochterfirma Pioneer, gefolgt vom Gentechnik-Konzern Monsanto (USA) der deut-

Diese Entwicklung hat mittlerweile auch in Europa eingesetzt, und zwar nicht nur bei den bisherigen Gentechnik-Kulturpflanzen Mais oder Raps, sondern auch beim Getreide. Vorn die Svalöff-Weibull Gruppe, gefolgt von der Saaten-Union und der IG Pflanzenzucht. Auf Platz 4 dann wieder ein Gentechnik-Multi, nämlich die PBI/Monsanto. Auf Platz 5 Cebeco/Procosem als Tochter der niederländischen Großgenossenschaft Cebeco. Auf weiteren Plätzen: Desprez (F), die BayWa mit den Kooperationszüchtern Breun/Hege/Intersaat, Bayer (D), die KWS-Tochter Lochow-Petkus (D), Secobra (F), Serasem (F),



Im Gemüsebereich gibt es weltweit nur noch wenige Zuchtunternehmen.

Foto: Archiv

schen Syngenta, der französischen Limagrain und dem deutschen Konzern Bayer-Crop Science, der im Jahr 2002 Aventis Crop Science übernommen hatte.

Auf weiteren Rängen: die mexikanische Seminis (Gemüse), die deutsche KWS, die japanischen Firmen Takii und Sakata, die amerikanische AgriBiotech, die holländische Barenbrug, die US-Agrarchemiefirma DowAgro/Mycogen, die schwedische Svalöff/Weibull (die BASF hält daran bereits 40%) und die deutsche Saaten-Union (Quelle: Ernährungsdienst 46/03 und DLG-Mitt. 8/99).

Nickerson (GB), Syngenta (Deutschland), und Benoist (F). Speziell in Deutschland spielen daneben beim Getreide auch Kruse&Co, Carstens und Semundo eine Rolle.

Viele deutsche mittelständische Firmen kooperieren, um trotz knappen Kapitals ihre Unabhängigkeit und ihre Stärken zu wahren. Diese Vorteile liegen in der engen Personalbindung ihrer Züchter, in der Praxisnähe zur Landwirtschaft und damit in der besonderen ackerbaulichen Eignung und Qualität ihrer Sorten. en

## Sorten-Ballung

Die Konzentration auf wenige Sorten hält auch in der deutschen Landwirtschaft weiter an. Zwar bleiben die meisten kurzfristigen „Modesorten“ nur mehr wenige Jahre im Anbau, dennoch dominieren seit Jahrzehnten zumeist nur zwei bis vier Sorten mit hohen Flächenanteilen das jeweilige Sortenspektrum der Kulturen. Im Jahre 2002 waren dies bei Winterweizen: Ritmo (13,6 %), Drifter (12,7 %), Ludwig (6,4 %) und Flair (4,0). Beim Roggen führen die Hybridsorten Picasso (26 %), Avanti (22 %) und Fernando (17 %), erst auf Platz 4 folgt die Populationssorte Nikita (9 %). Schaut man sich die zehn verbreitetsten Sorten an, so liegen die sum-

mierten Anteile bei allen Getreidearten jeweils zwischen 60 und 80 Prozent. Bei den Zuckerrübensorten ist das Sortenspektrum sogar noch einseitiger, weil hier die Zuckerfabriken auf die angebauten Sorten Einfluss nehmen: In Südbayern bzw. in Franken gab es 2002 folgende Verteilung im Anbau: Cyntia (45 bzw. 39 %), Tatjana (29 bzw. 10 %), Corinna (9 bzw. 23 %). Bei Kartoffeln sieht die Sortenlage so aus: Von den zwischen 1996 bis 2002 neu zugelassenen Sorten entfielen folgende Anteile auf die einzelnen Züchter: Böhm/Nordkartoffel 22,5 %, Saka-Ragis 19,4 %, Norika 17,3 %, Uniplanta 9,2 %, Lange 8,2 %, Bavaria 5,1 % und Firlbeck 4,1 %. en



Westfalen – Münsterland – „Beckumer Berge“ – vor mehr als sechs Jahren hatte ich nur eine vage Vorstellung von dem, was sich hinter diesen Begriffen verbirgt. Wäre meine Partnerin nicht in Westfalen aufgewachsen, wären meine Kenntnisse noch dürftiger gewesen!

Nach Studium, Beratung und Verwaltung stand nun die ökologische Landbaupraxis auf dem Plan. Vielfältig sollte der Betrieb sein, mit der Möglichkeit, Obstbau und Milchviehhaltung

**Betriebsspiegel:**

LN 27,5 ha, Anbau: 2,7 ha Freilandgemüse, ca. 1.000m<sup>2</sup> Folienhäuser, 1 ha Obst, 1,2 ha Kartoffeln, 4,4 ha Getreide, Kleegras, 15 ha Grünland, 9 Milchkuhe, 4 Schweine, 150 Hühner  
Direktvermarktung: 200 Abokisten, 2 Märkte; ab Hof Verkauf

zu betreiben und eine Hofgemeinschaft mit Konsensprinzip, gemeinsamer Kasse sollte es sein. Hier im eher konservativen Westfalen fanden wir Gleichgesinnte und die hatten schon den passenden Hof gepachtet. Also siegte der Pioniergeist und Tatendrang über die badische Heimatverbundenheit. Die vielen Zementwerke, die wir in Beckum vorfanden, waren nicht gerade eine Verlockung, die Bedingungen auf dem Pachthof dagegen schon. Wir legten sofort mit voller Begeisterung los, kauften Kühe, bauten eine Käserei und pflanzten 0,5 ha Äpfel. In einer Region, die von intensiver Tierhaltung geprägt ist, wirkte unser Projekt schon sehr idealistisch. Die ca. 1.000 Spindelbäumchen unserer Obstanlage ließen den Menschen die Münder offen stehen, da man hier nur Hochstämme

kannte. Was Erwerbsobstbauern ein mildes Lächeln abringen würde, war hier ein vielbeachtetes Großprojekt. Überhaupt findet unser Projekt viel Beachtung, insbesondere in unserer direkten Nachbarschaft. Und an dieser Stelle möchte ich mich dem Phänomen der westfälischen „Nachbarschaft“ widmen. Aufgewachsen in einem für Süddeutschland typischen kleinen, engen Dorf kannte ich Nachbarschaft als Ansammlung von Menschen, die um ihre gemeinsamen Eigentumsgrenzen mehr oder weniger heftige Auseinandersetzungen führten. Soziale Kontrolle war sichergestellt, da man den Nachbarn bis in die Kochtöpfe schauen konnte und bei jedem Familienstreit war man quasi live dabei. „Big Brother“-Kommerz war also völlig überflüssig!

„Nachbarschaft“ erlebe ich hier dagegen als ein sehr hohes Gut, fast schon etwas sakral. Nicht nur dass man sich gegenseitig aushilft! In regelmäßigen Treffen werden aktuelle Entwicklungen und insbesondere anstehende Festlichkeiten detailliert besprochen. Generalstabsmäßig werden nahende Jubiläen, Hochzeiten usw. geplant und durchgeführt.

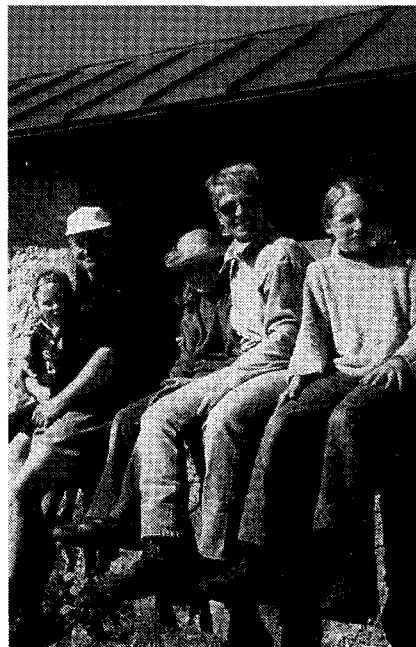
Jede anstehende Festlichkeit wird in viele Vor- und Nachbereitungstreffen eingebettet, die selbst schon Festcharakter haben. Zunächst trifft sich die Nachbarschaft zur Terminplanung, danach folgt eine Serie von Aktivitäten rund um den unentbehrlichen Festkranz: Kranz ausmessen, Grün holen, Blumen binden, Kranz binden, Kranz aufhängen, Kranz begießen. Erst dann folgt das eigentliche Fest und schließlich trifft man sich wieder zum Abnehmen des Kranzes. So erfolgt die wundersame Vermehrung von einer auf mindestens acht Festlichkeiten. Jede Zusammenkunft wird mit reichlich Trank & Speis garniert und erstreckt sich über mehrere gemütliche Stunden. Obwohl wir als Hofgemeinschaft personell gut ausgestattet sind, schaffen wir es trotzdem nicht, jeden Termin wahrzunehmen. Es liegt uns am Herzen, in die vorhandene Sozialstruktur eingebunden zu sein, unsere Projektidee zu vermitteln und ganz einfach mit netten Menschen zu feiern.

Meine Bilanz nach sechs Jahren „in der Fremde“ fällt positiv aus: Es lohnt sich eben auch im eigenen Land offen für „andere Kulturen“ zu sein.

*Kurt Fichtner*

**Nachbarschaft ist harte Arbeit**

Nachdem vor einigen Tagen im Hause wieder „Äktschen“ war, kamen mir abends in der Erholungsphase einige Begebenheiten in den Kopf, die sich in den letzten 14 Jahren meiner aktiven Bäuerinnenzeit zugetragen haben. Fange ich mal mit leichterer Kost an: An einem Nachmittag, allein in Haus und Hof, wollte ich nach einer Kälberkuh schauen. Die Kuh verhielt sich zu meiner Erleichterung ruhig, nur unter ihr, durch die Spalten gebrochen, glotzte mich ein Rind aus dem Güllekanal verdutzt an. Mit Puls 180 versuchte ich, meinen Mann bei der Waldarbeit zu erreichen, was mir gelang und er dann nach relativ „kurzer“ Anfahrt (1/2 Stunde) ankam. (Was Frau Bauer in einer solchen Wartezeit durchmacht, wissen wahrscheinlich nur Insiderinnen!) Schnell entschlossen wollten wir das Tier retten, doch es gab einen Haken. Es war nicht mehr zu sehen, schlicht und einfach: es war weg, fort, futsch, einfach nicht mehr da. Die fragenden Blicke des Mannes, ob ich schon recht geschaut und gesehen habe, musste ich ignorieren, denn es stellte sich heraus, dass sich das Tier in der Zwischenzeit dazu entschlossen hat, unter den Spalten, im Güllekanal einen Spaziergang zu machen. Mit der Ungewissheit, ob es noch lebt oder ob es schon in das Gülleloch gehüpft ist, machte sich der Bauer auf den Weg es zu suchen. Das sah dann so aus, dass er mit Regenhose und Gummistiefel bekleidet, gesichert mit einem Seil, selbst im Güllekanal auf Spurensuche ging. (In gebückter Haltung, Gülle hüft-hoch) Zum Glück lebte es noch, er fand es, konnte einen Strick festmachen und nach langem Bangen und Zu-



**„Wenn dr’ Deifl los isch“**

reden war das total wirre und doch so blöde Tier wieder aus dem Versteck zu bewegen. Das heißt aber noch lange nicht, dass es schon ebenerdig geborgen war. Es musste noch eine Rampe gebaut werden, auf der so ein halbstarres Tier erfahrungsgemäß nicht freiwillig in die gewohnte Umgebung hinauftrottet. Hätte Herr Bauer nicht soviel Einsatz gezeigt, wäre er in den darauffolgenden Tagen von Tisch und Bett verwiesen worden, weil sich ein hartnäckiger Duft an ihm festgesetzt hatte. Eine andere Begebenheit kostete mehr den Einsatz von Frau Bauer. Bei der Siloernte kommt es schon vor, dass ich abends im Stall Einzelkämpfer bin. Opa fuhr noch den Schwader auf die Wiese und übersah dabei ein Kätzchen,

das sich hinterm Rad versteckt hat. Er hat es halb und die Betonung liegt auf halb plattgefahren. Eine schreiende Schwiegermutter, drei hysterische Kinder stürmten den Melkstand, „eine Katze zappelt herum.“ (Zuerst hatte ich bei dem Geschrei wirklich gedacht, es wäre ein Unglück mit den Kindern passiert und wäre beinahe selbst kollabiert). Kein Mann um Haus und Hof, ich musste zu einer Entscheidung kommen. Bis der Tierarzt kommt, würde es zu lange dauern, also musste ich dem Elend ein Ende machen. Seitdem weiß ich auch, warum es heißt, eine Katze hat sieben Leben. Dieses Ereignis hat mich sehr lange beschäftigt und sicher einige graue Haare auf meinem sonst (zum Glück) blondierten Kopf gekos-

**Betriebsspiegel**

Der Betrieb liegt im Allgäu bei Memmingen. Im Kuhstall werden gehalten: ca. 45 Schwarzbuntkühe, ca. 55 Jungvieh. 39 ha LN, davon 15 ha Pacht, 4 ha Silomais, 4 ha Kleegras, 4,5 ha Jungviehweiden, 26,5 ha Grünland, 3,7 ha Waldfläche

tet. Habe mir schon überlegt, ob es nicht irgendwo eine krisentherapeutische Anlaufstelle für traumatisierte Bäuerinnen gibt. Könnte mir vorstellen, die hätten guten Zulauf.

Wie gesagt, vor allem für die Nichtkollegen in der Leserschaft soll dies zur Erweiterung des Blickwinkels für die Landwirtschaft dienen und für die Kollegen zum Trost, dass auch „woanderst dr’ Deifl los isch und ma wois id, warum?!“ *Kordula Sirch, 42 Jahre*

## Debatte ist ruhiger geworden

Als das Bio-Siegel vor knapp zwei Jahren startete, hat es vor allem bei den süddeutschen Bio-Bauern viel Kritik an dem zu niedrigen Standard gegeben. Heute kann Bio-Ware fast überall gekauft werden.

Nach dem Einzug in die Discounter ist nun die Bio-Milch bis in das Herz der Fast-Food-Ernährung vorgezogen: Bei McDonalds gibt es Bio-Milch mit Glückwunsch von Bundeslandwirtschaftsministerin Renate Künast. Zwar prangt auf den Packungen der Molkerei Scheitz neben dem Clown von McDonalds auch das Bioland-Logo, aber für den anonymen Markt der McDonalds-Kunden hätte auch das Bio-Siegel gereicht. Wurde es doch für anonyme Massenmärkte entwickelt.

Das deutsche Bio-Siegel startete im September 2001, eingebettet in ein Bundesprogramm Ökolandbau mit dem ehrgeizigen Motto von Bundeslandwirtschaftsministerin Renate Künast, 20 Prozent Ökolandbau zu erreichen. Dank ministerieller Förderung und kostenloser Zeichenvergabe prangt das Bio-Siegel heute auf über 17.000 Bioprodukten und inzwischen haben sich 850 Unternehmen aus den Bereichen Erzeugung, Verarbeitung und Handel zertifizieren lassen. Das Bio-Siegel soll für wenig an Einzelheiten des Ökolandbaus Interessierte sofort und überall die Gewissheit geben: Das ist ein Produkt des Ökolandbaus. Ziel ist also nicht die Landwirtschaft und auch nicht der Kunde im Bio-Laden, sondern die Verbraucherin und der Verbraucher im Supermarkt. Bärbel Endrass, Bio-Bäuerin und AbLerin aus Baden-Württemberg, braucht das Bio-Siegel für ihre Direktvermarktung nicht: „Ich nutze es nicht. Hier in der Region vermarkte ich mit meinen Namen.“ Alles was über den gesetzlich definierten EU-Standard hinausgeht wie Regionalität oder besonders strenge Kriterien in der Tierhaltung, kann extra ausgezeichnet und beworben werden, so das Bundeslandwirtschaftsministerium.

### Empörung über Billig-Bio

Während viele konventionelle Bauern die von Renate Künast verkündete Agrarwende als reine Werbekampagne für den Ökolandbau betrachteten, sind auch langjährig ökologisch wirtschaftende Bauern mit ihrer Politik an Punkten unzufrieden. Als – von der Ministerin freudig begrüßt – der Discounter Lidl die ersten Bio-Produkte in seine Regale packte und zeitgleich auf Plakaten mit Slogan „Wo Bio draufsteht, ist auch Bio drin“ für das Biosiegel geworben wurde, kochte die Wut vor allem bei süddeutschen Bio-Bauern hoch.

Schnäppchen-Bio aus dem Ausland, während es durch den Einstieg des Lebensmittelhandels für manch Hof- oder Bioladen allmählich schwierig wird, über die Runden zu kommen. „Zusätzlich müssen sich dann Bäuerinnen oder Bauern im Hofladen oder auf dem Wochenmarkt auch noch rechtfertigen, warum ihre Produkte

den Richtlinien der Verbände, beigetragen hat.

Die Anbauverbände des Ökolandbaus hatten anfangs unterschiedliche Positionen, nach welchen Kriterien das Bio-Siegel vergeben werden sollte. Bioland und Demeter, zwei Verbände mit bekannten Marken, wollten von Anfang an auf Basis der in der EU festge-

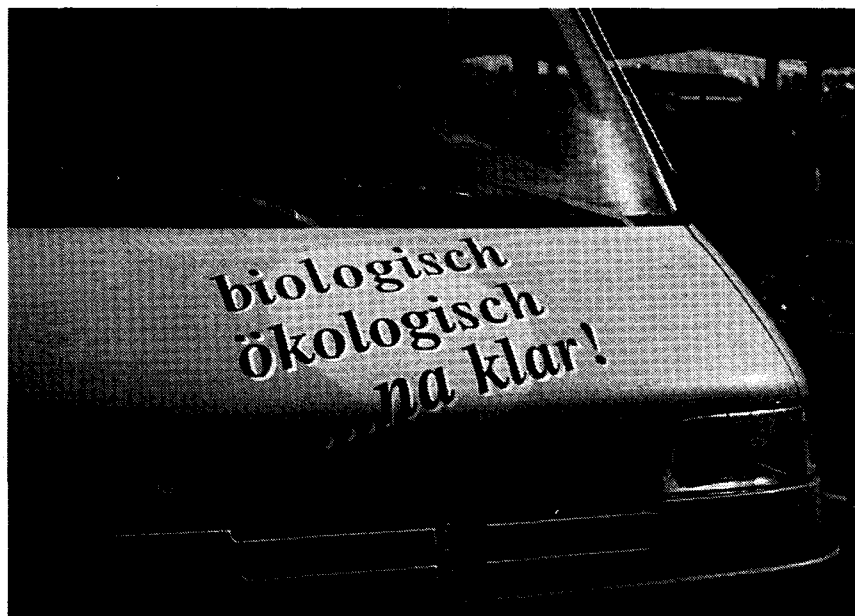
um und teils auch an den Verbänden ist das Verwässern der strengen Kriterien: „Verbrauchern ist es nicht vermittelbar, das Bio-Tiere nicht nur Bio-Futter fressen dürfen.“ Vor allem wenn Betriebe nur nach dem EU-Bio-Standard wirtschaften und damit auch nur den Ackerbau oder die Tierhaltung ökologisch betreiben können, sei das für ihn „Pseudo-Bio“.

### Ergänzungen um Regionalität

„Für Verbraucher ist das Bio-Siegel unverzichtbar“, erklärt Jutta Jaksche die Position der Verbraucherzentralen Bundesverband. Das Bio-Siegel hat für Verbraucher mehrere Vorteile: klar zu erkennen, glaubhaft kontrolliert und auch für Verbraucher, die sich wenig mit Lebensmitteln beschäftigen, eindeutig als Öko-Ware zu erkennen. Allerdings wünscht sich Jutta Jaksche eine Ausdifferenzierung des Bio-Marktes. Das Bio-Siegel definiere das unterste Niveau, aber woran können Verbraucher Regionalität oder besonders tiergerechte Haltungsverfahren erkennen? In die gleiche Richtung gehen die Forderungen von Andreas Remmelberger: „Meine Idee ist, das Bio-Siegel zu ergänzen, um einen Zusatz, der sich an Regionalität und Bäuerlichkeit orientiert.“

### Fazit:

Die Kritik der Landwirte, dass das Bio-Siegel vor allem auf anonyme Massenmärkte abziele, die dann eben auch von anonymen Erzeugern beliefert werden, ist berechtigt. Nur: ob der Handel ohne Bio-Siegel weniger ausländische Ware beziehen würde, kann nicht beantwortet werden. Ganze acht Prozent der Unternehmen, die das Bio-Siegel einsetzen, kommen aus dem Ausland. Bis auf ein einziges Unternehmen aus Kanada alle aus der EU und der Schweiz. Nicht nur der BSE-Skandal führte 2001 endlich mal wieder zu akzeptablen Bio-Milchpreisen, auch der Export nach Frankreich und England entlastete den deutschen Markt. Die Entscheidung, an Supermärkte zu liefern und auf eine Ausweitung des Bio-Marktes zu setzen, haben selbst die Pioniere des Ökolandbaus schon Ende der 80er Jahre getroffen, als es noch gar keine Förderung für den Ökolandbau gab. Den Bio-Milchmarkt wird der Milchdrink bei McDonalds entlasten, die Stimmung bei den alteingesessenen Bio-Betrieben aber kaum fördern.



Als Wegweiser für Verbraucher und Verbraucherinnen soll das Bio-Siegel dienen und garantieren, dass die Produkte aus ökologischen Anbau kommen. Foto: Schimpf

nicht zu den gleichen Preisen wie beim Discounter zu bekommen sind“, erklärt Bärbel Endrass die schlechte Stimmung bei den Bio-Bauern. Den Bauern und Geschäftsführer der AbL-Bayern Andreas Remmelberger empört vor allem der niedrige Standard, da durch die nach der EU-Bio-Verordnung zulässige Teilbetriebsumstellung kostengünstiger produziert werden könne.

### Fronten quer durch die Landwirtschaft

Die anfangs sehr hitzig geführte Debatte über Vor- und Nachteile des Bio-Siegels hat sich etwas abgekühlt. Der Streit über das niedrigere EU-Bio-Niveau und die für höhere Qualität stehenden Richtlinien der Anbauverbände verläuft quer durch die Landwirtschaft. Der Deutsche Bauernverband hat sein Herz und vor allem seine Zunge für den Ökolandbau entdeckt und verteidigt das hohe deutsche Niveau, unbeeinträchtigt von seinen sonstigen markigen Worten über deutsche Sonderwege und Wettbewerbsverzerrungen und unbeeinträchtigt davon, dass er nichts zu dem hohen Niveau, sprich

schriebenen Kriterien das Zeichen vergeben, Naturland setzte sich für das in den Verbandsrichtlinien festgeschriebene höhere Niveau ein. Thomas Dosch, Vorsitzender von Bioland, fragt, welchen Sinn denn strengere Richtlinien als das EU-Niveau machen sollten. Damit wäre die Definition über die Richtlinien des Ökolandbaus aus der Hand gegeben worden. Auch wäre es dann eine harte Konkurrenz zu den Marken der Verbände geworden, gibt er zu bedenken. Zeichen und Marken sind teuer, Vertrauen in die Marken aufzubauen braucht viel Zeit und aufwändiges Marketing. Da hilft eine Ministerin, die Werbung für ein Zeichen macht, ungemein. Heute stehen alle Anbauverbände zum Bio-Siegel. Thomas Dosch hat das Ziel, die Bio-Bauern nicht zu bloßen Rohstofflieferanten verkommen zu lassen. „Die deutschen Bio-Bauern, die in Verbänden organisiert sind, hätten das Bio-Siegel nicht gebraucht.“ Bioland stehe für besondere Qualität. Der bayerische Bio-Bauer Josef Schmid aus dem Allgäu beurteilt die Entwicklungen im Ökolandbau skeptisch. Seine Hauptkritik am Ministeri-

## Reform ist unter Dach und Fach

Zur EU-Agrarreform: Kritik an den Preissenkungen bei Milch und Roggen, während nationale Spielräume eine weitere Möglichkeit bieten, erneut eine Grünlandprämie zu fordern.

Mehrfach waren die europäischen Agrarminister ergebnislos wieder auseinandergeschieden. Immer wieder hatte die EU-Kommission, die das alleinige Vorschlagsrecht hat, unter Leitung von EU-Agrarkommissar Franz Fischler neue Kompromisspapiere vorgelegt. Vor allem die Franzosen hatten starke Vorbehalte gegen Preissenkungen und Entkopplung der Beihilfen geäußert. Am Morgen des 26. Juni kam es denn doch noch zu einem Abschluss. Die Reaktionen von Politikern und Verbänden auf das Kompromisspapier waren prompt und heftig: Die meisten Politiker waren froh, den Verhandlungsmarathon hinter sich zu haben. Bei den Verbänden lagen dagegen je nach Interessenslage die Meinungen zwischen Euphorie und totaler Ablehnung weit auseinander (s. Kasten). In weiten Teilen von Funk und Fernsehen wurde der Abschluss als Meilenstein hin zu einer Agrarpolitik begrüßt, bei der in Zukunft durch die Entkopplung Qualität, Lebensmittelsicherheit und Tierschutz eine wichtige Rolle spielen werden. Aus bäuerlicher Sicht ist schon lange eine Reform der bisherigen Agrarpolitik notwendig. An folgenden Punkten muss sich diese „Reform“ messen:

- Führt sie zu einer gerechteren Verteilung der finanziellen Mittel?
- Verbessert sie die Chancen kleiner und mittlerer bäuerlicher Betriebe?
- Bietet sie Perspektiven für junge Menschen, in die Landwirtschaft einzusteigen?
- Verringert sich der bürokratische Aufwand für die Landwirte?
- Wird die Landwirtschaft umweltverträglicher, verringert sich der Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln?
- Wird der Tierschutz verbessert?
- Erhöht sich die Qualität der Lebensmittel?

### Die Risiken:

Diese Reform setzt auf mehr Markt und weniger produktspezifische Stützungen in der Landwirtschaft. Im Vorfeld der WTO-Verhandlungen im September in Cancun will die EU gegenüber einigen Ländern ein Zeichen setzen, dass man bereit ist, im Agrarbereich die eigenen direkten Subventionen herunterzufahren, um als Gegenleistung besseren Marktzugang für eigene industrielle Bereiche zu erhalten. Die europäischen Telekommunikationsunternehmen, Banken und Industrieunternehmen drängen darauf, vor allem in einigen ostasiatischen Ländern stärker zum Zug zu kommen. Der

Agrarbereich ist in den europäischen Industriestaaten zur Verhandlungsmasse innerhalb eines viel größeren Spielfelds geworden. Die Regeln bestimmen wir da nicht.

Die Angleichung der Agrarpreise in der EU auf Weltmarktniveau, wie sie nun bei Milch und Roggen beschlossen wurden, ist fatal. Denn zu den dort geltenden Preisen kann die hiesige Landwirtschaft selbst unter kostengünstigsten Bedin-



Wenigstens auf Länderebene muss eine Grünlandprämie eingeführt werden, fordert die Abl. Foto: Jasper

gungen kaum produzieren. Will man mehr Qualität und stellt damit mehr Anforderungen an Produktion und Kontrolle, so wird die Produktion nicht billiger, sondern teurer; Qualität hat bekanntermaßen seinen Preis. Daher sind – neben einem qualifizierten Außenschutz – gesellschaftlich begründbare und nachvollziehbare Ausgleichszahlungen notwendig. Doch gerade hier hapert es bei der Reform. Tierschutz, Umweltschutz, Lebensmittelqualität, soziale Gerechtigkeit: Bei diesen zentralen Punkten, die für eine dauerhafte Legitimation gesellschaftlicher Zahlungen notwendig sind, hat diese Agrarreform außer Lippenbekenntnissen wenig aufzuweisen. Damit droht die Landwirtschaft weiter an gesellschaftlicher Unterstützung zu verlieren. Die Haltung des deutschen Bauernverbandes, so wenig wie möglich im Rahmen des Midtermreview zu verändern, ist in dieser Hinsicht mehr als kontraproduktiv gewesen. Reine Blockadepolitik bringt uns nicht weiter, sondern isoliert uns nur gesellschaftlich.

### Die Chancen:

Die einzelnen EU-Mitgliedstaaten haben in den Verhandlungen mit der Kommission viele nationale Sondermöglichkeiten gerade bei der Umsetzung der Entkopplung erstritten. Kritiker weisen

daraufhin, dass dies zu einer Nationalisierung der gemeinsamen Agrarpolitik führe. Fakt ist, dass hiermit aber stärker auf die einzelnen Belange in den EU-Ländern eingegangen werden kann.

Die Bundesregierung muss nun von diesen Möglichkeiten Gebrauch machen. Sie sollte allein schon wegen des enormen bürokratischen Aufwands weitestgehend auf Betriebsprämien

verzichten. Statt dessen müssen Flächenprämien, in die auch unproduktive Hecken, Kleinstgewässer, Bachränder etc. eingerechnet werden, den Vorzug erhalten. Vor allem muss dringend eine Grünlandprämie eingeführt werden, in die auch die Milchausgleichszahlungen fließen, um zu verhindern, dass die Ausgleichszahlungen von den Molkereien als Preisdruckmittel gegen die Milcherzeuger eingesetzt werden. Der Agrarkompromiss gibt diese Möglichkeit her. Eine Einführung von Flächenprämien wird aber nicht ohne Widerstände ablaufen, gibt es hier doch gerade bei den Ackerbauern Verlierer. Aber was besonders Not tut: Wir benötigen dringender denn je eine soziale Staffelung dieser Prämien über die Anbindung an den Arbeitskräftebesatz. An dieser Stelle aber bietet dieser Agrarkompromiss kaum Ansätze. Ohne soziale Staffelung bleibt aber die große Verteilungsungerechtigkeit. Ohne eine soziale Staffelung der Prämien erhalten diejenigen weiter viel, die sich viel Land organisiert haben. Und ohne eine Staffelung macht die Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen weiter ökonomisch Sinn. Hier ist noch viel zu tun für die Abl.

Martin Hofstetter,  
Mitglied im Bundesvorstand der Abl

## Meinungsvielfalt zur Agrarreform: Wer hat Recht?

Bundesvereinigung der deutschen Ernährungsindustrie (BVE):

*Die deutsche Ernährungsindustrie begrüßt die Entscheidung des Agrarministerrates. Der beschlossene Einstieg in die Entkopplung setzt ein wichtiges Signal. ... Die Ernährungsindustrie hofft, dass die beschlossene Reform zu der dringend benötigten Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Branche im Binnen- und Weltmarkt führt.*

Naturschutzbund (NABU):

*Der Agrarkompromiss bietet die Grundlage für einen Kurswechsel. ... Zu den wesentlichen Verbesserungen gehört der Einstieg in die Entkopplung der Direktzahlungen von der Produktion.*

World Wide Fund (WWF):

*Trippelschritte in die richtige Richtung. Anstatt sich auf deutliche Preissenkungen für Getreide und Milchprodukte zu einigen hat man sich vor entscheidenden Einschnitten regelrecht gedrückt.*

Europäische Bauernkoordination (CPE):

*Die Agrarreform ist ein Skandal und wird das Verschwinden der bäuerlichen Familienbetriebe beschleunigen. ... Die Kommission hat die Entkopplung durchgedrückt, um sie in Cancun (WTO-Gipfelkonferenz im September) gegenüber Drittstaaten zu nutzen, damit diese ihre Märkte öffnen für europäische Wirtschaftsinteressen bei Dienstleistungen, Investitionen etc.*

Abl-Bayern:

*Zuversichtlich in die Zukunft blicken können Europas Getreidebarone ... In Grünlandgebieten ist ein dramatischer Strukturwandel zu erwarten. Diese Entwicklung lässt sich nur vermeiden, wenn nationale Spielräume zugunsten der dort ansässigen Landwirte voll genutzt werden.*

Bayerischer Bauernverband:

*Die heute morgen vom EU-Agrarrat beschlossene tiefgreifende Agrarreform ist mit Einkommenseinbußen, deutlich mehr Bürokratie sowie der Gefahr erheblicher Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der EU eine schwere Bürde für die bayerischen Bauernfamilien.*

Landvolk Niedersachsen:

*Die Einigung nach wochenlangen Feilschereien ist zu begrüßen. ... Die Zielsetzung einer stärkeren Ausrichtung der Landwirtschaft auf mehr Markt ist von der niedersächsischen Landwirtschaft immer mitgetragen und für richtig gehalten worden.*

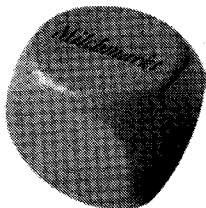


# Beschlüsse des Agrarministerrates im Einzelnen

Wie sehen die Ergebnisse nun im Detail aus? Mit welchen Auswirkungen ist tatsächlich zu rechnen? Eine erste Bewertung:

## Milchmarkt:

Die Interventionspreise werden ab 2004 bis 2007 in mehreren Schritten um insgesamt 20 % gesenkt. Bei Magermilchpulver um 15 %, wie in der Agenda 2000 vorgesehen, bei Butter um 25 %. Als Ausgleich für die Preissenkungen erhalten Milcherzeuger ab 2004 Ausgleichszahlungen je kg Milch und zwar 1,2 Cent/kg Milch in 2004 ansteigend auf 3,5 Cent in 2006. Das entspricht nach ersten Berechnungen einem Ausgleich von ca. 56 % der Preissenkungen. Die bereits in der Agenda 2000 beschlossene Quotenerhöhung um 1,5 % wird um ein Jahr nach hinten auf 2006 verschoben. Der ursprüngliche Vorschlag der Kommission vom Januar, die Milchquoten zusätzlich um insgesamt 2 % zu erhöhen, wurde bis auf weiteres verschoben. Hintergrund sind wohl die rasant angestiegenen Interventionsmengen bei Butter und Magermilchpulver der letzten



Monate. Die maximale Interventionsmenge bei Butter wird bis zum Jahr 2008 allerdings auf 30.000 Tonnen verringert.

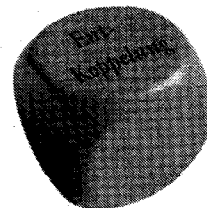
Die Milchquotenregelung wird bis 2015 weitergeführt, Griechenland und Portugal (Azoren) erhalten kleine zusätzliche nationale Quotenmengen.

Kommissar Fischler hat im Januar 2003 einen

Vorschlag präsentiert, dem zu Folge die Preise deutlich stärker gesenkt werden sollten (35 % für Butter, 17 % für Magermilchpulver), und gleichzeitig die Milchquoten um insgesamt 3,5 % aufgestockt werden sollten. Vor diesem Hintergrund erscheint das jetzige Ergebnis akzeptabel. Doch die Zielrichtung ist die gleiche geblieben: niedrigere Preise, damit die Exportindustrie eine stärkere Rolle am Weltmarkt spielt.

## Entkopplung der Beihilfen:

Der ursprüngliche Plan von Fischler sah vor, so viele Prämien wie möglich von der Tierzahl oder den einzelnen Anbaukulturen zu entkoppeln und die Prämie als eine Betriebsprämie auszu zahlen. Um diese sogenannte Entkopplung hat es in den vergangenen Monaten einen heftigen Streit gegeben. Das Ergebnis nun: Bestimmte Prämien können, wenn die Staaten es wollen, nur zum Teil entkoppelt werden. Das heißt, es bleibt im verringerten Umfang eine Tier- und Flächenprämie, der restliche Teil geht in die Betriebsprämie über. Beispiele hierfür sind Getreide, Stärkekartoffeln, Rinder,



Schafe. Bei der Milch bleiben in den nächsten Jahren die Ausgleichsprämien an die Menge der erzeugten Milch gekoppelt.

Aber auch hier keine Regel ohne Ausnahme: Denn Staaten, die statt einer Betriebsprämie eine Flächenprämie einführen wollen, können dafür die Milchprämien bereits ab 2005 entkoppeln und als Flächenprämie nutzen.

## Flächenprämien:

Auf Druck der deutschen Delegation können die entkoppelten Prämien statt in eine Betriebsprämie in regionale Flächenprämien überführt werden: Dabei besteht die Möglichkeit zwischen Acker- und Grünlandprämien zu unterscheiden. Das heißt im Gegensatz zur Betriebsprämie: Es käme real zu Umvertei-

lungen zwischen den Höfen. Theoretisch kann damit Prämie von Ackerbaubetrieben und intensiven Bullenmastern hin zu Grünlandbetrieben wandern. Das heißt aber auch, dass flächenstarke Betriebe grundsätzlich besondere Vorteile hieraus ziehen würden, viehintensive Betriebe mit wenig Fläche eher Nachteile.

## Rindfleisch:

Bei den Rinderprämien haben die EU-Staaten die Möglichkeit zwischen insgesamt vier Varianten auszuwählen.

1. Entkopplung der Rinderprämien zu 100 %.
2. Bis zu Dreiviertel der Sonderprämien bleiben an die Zahl der Rinder gebunden. Der Rest kann entkoppelt werden.
3. Die Prämie für Mutterkühe kann bis zu

100 % an die Zahl der Tiere gebunden bleiben, die Schlachtprämie nur bis zu 40 %.

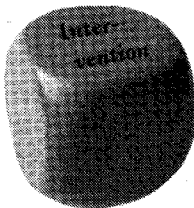
4. Die Schlachtprämie bleibt zu 100% an die Tierzahl gebunden.

Hier ist Fischler stark auf besondere Wünsche einzelner Mitgliedstaaten eingegangen. Die Franzosen wollten unbedingt die Mutterkuhprämie erhalten (Variante 3), die Deutschen die Sonderprämie, die Italiener die Schlachtprämien.

## Getreideintervention:

Auf Drängen speziell der Franzosen wird nun doch auf eine Interventionspreissenkung verzichtet. Fischler hatte bisher immer eine Senkung des Interventionspreises von 10,1 € auf 9,5 € je dt gefordert, um auch den europäischen Preis dauerhaft an den Weltmarktpreis zu führen. Anders sieht es für Roggenerzeuger aus. Hier entfällt die Intervention. Länder, die hiervon besonders betroffen sind – also vor allem Deutschland – erhal-

ten eine finanzielle Vergünstigung. Modulationsmittel bleiben zu einem höheren Umfang im Land. Diese zusätzlichen Mittel müssen dann für spezifische Fördermaßnahmen in den roggenproduzierenden Regionen verwendet werden.



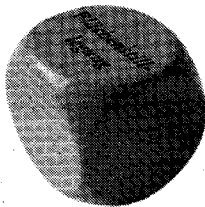
## Energiepflanzen:

Auch hier gibt es eine spezifische Flächenprämie von 45 €/ha. Voraussetzung ist wie bisher ein Vertrag mit einem

Verarbeiter. Die Höchstfläche für den Anbau von Energiepflanzen ist auf 1,5 Mio. Hektar begrenzt.

## Flächenstilllegung:

Wie bisher können konventionelle Betriebe weiterhin rotierende Flächen stilllegen, auf denen auch der Anbau von nachwachsenden Rohstoffen erlaubt bleibt. In den älteren Vorschlägen hatte die Kommission eine Dauerbrache von zehn Jahren

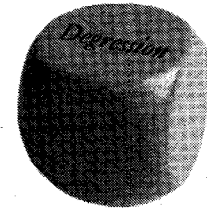


gefordert. Das ist jetzt vom Tisch wie das Verbot des Anbaus nachwachsender Rohstoffe. (Gute Arbeit der entsprechenden Lobbygruppe). Ökobetriebe sind von der Stilllegungsverpflichtung befreit.

## Degression der Zahlungen:

Die Regierungschefs der EU-Staaten haben Ende 2002 eine Obergrenze für die Agrarmarktausgaben festgelegt. Dadurch gibt es für neue Ausgleichszahlungen kaum Geld. Um dieses Problem zu lösen, wollte Fischler eine Kürzung der Betriebsprämien durchführen, und zwar in Abhängigkeit von dem Umfang der Prämienzahlungen. Außerdem hatte er im letzten Herbst eine Kappung oberhalb eines Betrages von 300.000 € Direktzahlungen je Betrieb gefordert. Davon ist nun keine Rede mehr. Begründung: durch den Verzicht auf Preissenkungen fallen nun angeblich die Kosten für Ausgleichszahlungen nicht mehr so hoch aus. Tatsächlich aber wird der Agrarhaushalt der EU allein durch die Osterweiterung kaum

mehr die Kosten decken können. Daher ist eine Kürzung spätestens ab 2007 mehr als wahrscheinlich.



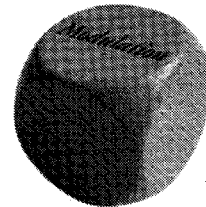
Fazit: Hatten frühere Vorschläge der Kommission zumindest scheinbar zum Ziel, bestehende Ungerechtigkeiten bei der Verteilung der EU-Gelder anzu-

packen und Überkompensationen bei flächenstarken Marktfruchtbetrieben zurückzuführen, so lassen die jetzigen Pläne hier jegliche soziale Komponente vermissen.

## Modulation:

Seit der Agenda 2000 hatten die EU-Staaten die Möglichkeit, bis zu 20 % der Tier- und Flächenprämien in die 2. Säule für bestimmte Politikaufgaben zu überführen. Deutschland macht hiervon 2003 erstmals Gebrauch. Ab 2005 müssen nun alle EU-Staaten eine Modulation durchführen. Alle Betriebe mit mehr als 5.000 € an Betriebs-, Flä-

chen- und Tierprämien werden bei dem 5.000 € überschreitenden Betrag dann um 3 %, 2006 um 4 % und ab 2007 um 5 % Kürzungen haben.



## Ländlicher Raum:

Bei Agrarumweltprogrammen zahlt die EU in Zukunft um 10 % mehr. Bund und Länder in Deutschland müssen nur noch 40 % bzw. 15 % gegenfinanzieren. Damit können nun auch finanzschwache Bundesländer besser Agrarumweltprogramme anbieten. Außer-

dem sollen weitere Anliegen, die vor allem die deutsche Bundesregierung in die Verhandlungen eingebracht hat, förderfähig werden: Tierschutz, Lebensmittelqualität, Förderung von höheren Standards.

Martin Hofstetter



## Ausreichende Grünlandprämie einführen

Eine Bewertung der Voll- und Teilkopplung mit ihren Folgen für die Verhandlungen zwischen Bauern und aufnehmender Hand gibt der AbL-Bundesvorsitzende Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf im Gespräch mit der Bauernstimme.

### Die Agrarreform ist beschlossen. Der Bauernverband hat verloren. Was haben die Bauern gewonnen?

Das Kernstück der Reform ist erreicht: Die Gelder, die Bauern aus staatlichem Transfer gegeben werden, kommen nun auch bei den Bauern an. Denn nur durch die Entkopplung wird es für die Agrarindustrie als aufnehmende Hand schwieriger, sich diese Prämien zu sichern, indem sie die Preise für die Produkte entsprechend der Prämie nach unten drückt. Es wird also in den Preisverhandlungen zwischen den landwirtschaftlichen Betrieben und den Schlachtereien oder den Molkereien, aber auch mit den Handelsunternehmen, zu schärferen Auseinandersetzungen kommen. Insgesamt erwarte ich, dass sich das Preisniveau wieder nach oben bewegt.

### Heißt das, da jetzt bei Rinderprämien eine Teilkopplung beschlossen wurde, dass sich die Preise für Bullenfleisch nicht so erholen werden?

Auch bei der Bullenprämie bleibt eine Vollentkopplung möglich. Bis auf wenige Ausnahmen können die Mitgliedsstaaten bei der Entkopplung bis zu 100 Prozent gehen. Die Ausnahmen sind Angebote an die Kräfte, die sich bis zuletzt gegen diese Vollentkopplung gewehrt haben. Möglicherweise versuchen sie über Teilkopplungen die Abhängigkeit der Landwirtschaft von der aufnehmenden Hand aufrecht zu erhalten. Ich gehe aber davon aus, dass dies auf Dauer nicht gelingen wird.

### Was nützt Milchbauern die größere Entscheidungsfreiheit und Unabhängigkeit, wenn die Interventionspreise der Milch im Schnitt um 20 Prozent nach unten gehen?

Wir haben bislang im Milchbereich keine staatliche Prämie. Nun soll im Milchbereich mit der ähnlichen Logik, wie das beim Getreide 1992 begonnen wurde, die Intervention durch Preissenkungen zurückgeführt werden. Das habe ich immer als falsche Linie kritisiert. Die Exportindustrie kann dann mit geringeren Exportsubventionen Produkte auf den so genannten Weltmarkt werfen. Abzusehen ist, dass die Molkereien den gesenkten Interventionspreis als niedrigeren Milchpreis an die Milchbauern weitergeben werden. Für diesen geringeren Milchpreis wird nun eine Prämie als Ausgleich eingeführt. Damit sollen die Höfe unge-

fähr auf dieselbe Einkommenshöhe kommen wie vor den Preissenkungen.

### Aber der Ausgleich beträgt ja nur gut 50 Prozent.

Dadurch dass der Ausgleich nur 50 Prozent, bzw. bei den Vorschlägen, die über die Kürzungen der Agenda 2000 hinausgehen, 80 Prozent ausmacht, ist hier ohnehin ein Verlust vorgezeichnet. Ich befürchte, dass die Milchindustrie durch gesteigerten Preisdruck versucht, an den sogenannten Rohstoff Milch noch billiger heranzukommen. Dieses wird und muss zu Auseinandersetzungen zwischen Milcherzeugern, Milchverarbeitern und dem Lebensmittelhandel führen. Wenn nun die Milchprämie gekoppelt bleibt, wird das schwierig.

### Also ist deine Forderung eine möglichst frühzeitige Entkopplung der Milchausgleichszahlung?

Wenn die Milchprämie entkoppelt wird, gibt es keine Milchprämie mehr, sondern es gibt Gelder, die entweder als Betriebsprämie oder als Flächenprämie den Betrieben gegeben werden. Die Auseinandersetzung um den Milchpreis verläuft zwischen Molkereien und Milcherzeugern um die tatsächlich ausgezahlte Höhe.

### In den Tageszeitungen wurden die Beschlüsse als Richtungswechsel zu mehr Umweltverträglichkeit dargestellt, weil die Landwirte mehr Entscheidungsfreiheit bekommen. Stimmt du der Analyse zu?

Ja, die Entscheidungsfreiheiten für Landwirte werden größer. Wobei sich das auf die Verwendung der Gelder aus dem öffentlichen Transfer bezieht. Daraus zu schließen, dass die Bäuerinnen und Bauern am Markt eine stärkere Position bekommen, wäre voreilig. Das wird sich nur schwer ändern lassen, aber das Instrumentarium der Entkopplung macht es leichter für die Bauern. Das wir heute so einen Flickenteppich haben an Möglichkeiten der unterschiedlichen Entkopplung, hat mit dem Widerstreben der Agrarindustrie zu tun. Es zeigt, dass die alte Agrarlobby auf jeden Fall zu verhindern suchte, dass es zu einer vollständigen Entkopplung der Prämien kommt.

### Welche Konsequenzen entstehen aus der größeren Entscheidungsfreiheit?

Sie stärkt die Betriebe, die sich an re-

gionalen Märkten platzieren wollen oder dies schon erreicht haben. Zusätzlich werden über die Umweltprogramme in der 2. Säule Gelder frei, die diese auf den Markt orientierte Erzeugung stärken und die regionale Vermarktung und Verarbeitung fördern.

### Wie bewertest Du das Instrument der Betriebs- oder Flächenprämie für die Mitgliedsstaaten der EU, um zu einer gerechteren Verteilung für die Landwirtschaft zu kommen?

Das Instrumentarium der Entkopplung hat für sich genommen keinen positiven Verteilungseffekt. Das Referenzmodell, nach dem Betriebe künftig in der gleichen Höhe Prämien beziehen sollen wie in den Jahren 2000 bis 2002, sah vor: Derjenige Betrieb, der bisher viel Prämien bekommen hat, bekommt weiterhin viel und der, der wenig hat, bekommt weiterhin wenig. Das Grünland würde weiterhin leer ausgehen. Die ungerechte Verteilung würde sich auch auf die eingesetzten Arbeitskräfte beziehen. Wir wissen, dass es Betriebe gibt, die zur Zeit Prämien von 100.000 bis 150.000 Euro je Arbeitskraft und Jahr erhalten.

Wenn es also eine gerechtere Verteilung der öffentlichen Gelder geben soll, vor allen Dingen, wenn auch das Grünland beteiligt sein soll, dann ist die Einräumung einer Flächenprämie genau der richtige Verteilungsmechanismus. Hier ist es nun möglich, auch die Finanzmasse aus den Tierprämien in eine Umverteilung zu geben und eine ausreichende Grünlandprämie einzuführen. Diese Diskussion hat es in Deutschland ja in der Reformauseinandersetzung bereits gegeben. Auch die CDU-regierten Länder haben diesen Vorschlag gemacht. Jetzt wird sich zeigen, ob die Aussagen vor der Reform noch etwas gelten.

### Siehst du die Flächenprämie als einen Ausgleich für die gestrichenen anderen sozialen Komponenten der Agrarreform?

Nein, das ist nicht als Ausgleich gedacht. Da dürfen wir uns auch keine

Illusionen machen. Sondern der weiterführende notwendige Ausgleich im sozialen Bereich, also die Anbindung an die Arbeitskraft, die wir gefordert haben, ist nicht verhandelt worden. Aber wir können in diesem Ausgleichsmechanismus, in dem faktisch die gesamte Finanzmenge fließen kann, diese Überlegung einbringen. Es wäre auch möglich in dieses System die tatsächlichen Arbeitskosten der Betriebe einzubeziehen. Nur dürfen wir uns nicht täuschen: Diese Art Umverteilung ist so nicht angedacht und müsste von der Bundesregierung aber auch von den Bundesländern vollzogen werden. Wir werden diese Dis-

kussion anstoßen müssen.

### Durch die nationalen Spielräume gilt also: Nach der Reform ist vor der Reform?

Der große Spielraum der EU-Mitgliedsstaaten wird ja schon als eine Renationalisierung der Agrarpolitik gebrandmarkt. Ich hingegen halte dies für einen angemessenen Spielraum für die Ausgestaltung bei der Vergabe öffentlicher Gelder und für einen Wettbewerb unter den Ländern um das bessere System.

Von daher ist es richtig, wir beginnen nach der Reform auf der europäischen Ebene eine Reform der Verteilung auf nationaler Ebene. Das wird uns mindestens soviel abverlangen wie die jetzigen Beschlüsse. Diejenigen Kräfte, die bisher auf der Bremse gestanden haben, werden jetzt erst recht versuchen, eine vernünftige Ausgestaltung zu verhindern.

### Wie schätzt du in dieser Auseinandersetzung die Position des Bundeslandwirtschaftsministeriums ein?

Ministerin Künast hat sich in den Brüsseler Auseinandersetzungen als entscheidende Reformkraft bewiesen. Das wird sich in Berlin nicht ändern. Die Zielsetzung des Bundeslandwirtschaftsministeriums als vorrangige Maßnahme das Grünland in die Prämienvergabe miteinzubeziehen, findet unsere volle Unterstützung.



Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf

## Grüne Gentechnik in den USA: Ein rechtliches Babylon

Obwohl in den USA auf fast einem Viertel der landwirtschaftlichen Flächen gentechnisch veränderter Raps, Mais, Soja und Baumwolle steht, sind die Gesetze zur Prüfung der Umwelt- und Gesundheitsverträglichkeit unzureichend. Selbst aus Sicht anerkannter Forschungseinrichtungen wie dem Nationalen Forschungsrat ist es problematisch, dass gleich drei Behörden für die Genehmigung von GVO-Pflanzen zu-

ständig sind: das Landwirtschafts-, das Umweltschutz- und das Lebensmittel- sowie Arzneimittelministerium. Das führt dazu, dass die meisten GVO-Pflanzen durch die Maschen fallen. So ist beim Landwirtschaftsministerium die Freisetzungsgenehmigung meist eine Formsache wie die Ablehnungsquote von drei Prozent zeigt. Das Umweltschutzministerium erlaubt weitreichende Ausnahmen für insektengiftige Pflan-

zen, mit dem Argument, dass sie sich nicht von herkömmlichen Pflanzen unterscheiden.

Selbst wenn ein Biotech-Unternehmen eine freiwillige Meldung einreicht, kann es sich aussuchen, welche Angaben es macht. Eine Änderung dieses Regelwerks wird von der Biotech-Industrie erfolgreich blockiert. Zwei Jahre lang hat eine Expertengruppe von Befürwortern und Kritikern an einer

Überarbeitung gesessen. Doch die Gespräche sind gescheitert. Die beteiligten Verbraucherverbände vermuten: Wegen der laufenden WTO-Klage der USA gegen das EU-Gentechnik-Moratorium macht es einen schlechten Eindruck, öffentlich einzugestehen, dass die Biotechnologie-Gesetzgebung in den USA nicht wissenschafts- sondern industriefreundlich wirkt.

Angela Stach

### Percy Schmeiser warnt vor „Koexistenz“

Der kanadische Rapsbauer Percy Schmeiser, der seit 1998 von Monsanto wegen Patentverletzung verklagt wird, meldet sich zur europäischen Gentechnikdebatte. „So etwas wie ‚Koexistenz‘ existiert nicht“, warnt er in einem Brief an die *Bauernstimme*. „Es ist unmöglich, gentechnischen neben konventionellem und ökologischem Landbau in derselben Region zu betreiben. In ein paar Jahren wird alles gentechnisch sein, weil sich deren Gene durch Auskreuzung durchsetzen werden. Die konventionelle und Biolandwirtschaft werden also binnen kurzer Zeit zerstört.“

Percy Schmeiser, der vielen aus dem Dokumentarfilm „Gefährliche Saat“ bekannt ist, wird von dem Biotechnologie-Konzern Monsanto auf Schadenersatz in Millionenhöhe verklagt. Er habe angeblich den Gentech-Raps „Roundup Ready“ angebaut, ohne Patentgebühren zu zahlen. Obwohl Percy Schmeiser niemals wissentlich diesen Raps aussäte, hat das Kanadische Bundesgericht ihn verurteilt, denn nach Ansicht des Gerichts bleiben GVO-Pflanzen das Eigentum des Patentinhabers, auch wenn sie durch Pollenflug von GVO-Nachbarfeldern – wie im Falle Schmeisers – aufs Feld gelangten. Demnach müssten Bauern Patentgebühren entrichten, wenn ihre Felder mit GVO kontaminiert werden – anstatt Schadenersatz zu bekommen. Dagegen hat Schmeiser Berufung eingelegt. Im Mai 2003 hat das kanadische Verfassungsgericht die Klage Schmeisers angenommen.

Percy Schmeisers Fall ist kein Einzelfall. Derzeit stehen Dutzende von kanadischen und amerikanischen Bauern in ähnlichen Fällen vor Gericht. Das Gerichtsverfahren ist für die Bauern in der EU bedeutsam, denn auch die EU-Biopatentrichtlinie, die in deutsches Recht umgesetzt werden soll, räumt weitgehende Eigentumsrechte an Pflanzen ein.

Angela Stach

## Koexistenz ist teuer für Bauern

Nordamerikanische Bauern klagen gegen die Folgen der Koexistenz und organisieren Widerstand gegen den ersten Gentech-Weizen

Wie Percy Schmeisers Fall zeigt, werden in Kanada wie auch in den USA politische Grundsatzentscheidungen oftmals durch langwierige Gerichtsverfahren geklärt. Konventionelle und Bio-Bauern, deren Existenzgrundlage durch GVO-Kontamination ruiniert wird, sind darauf angewiesen zu klagen, um ihre Rechte durchzusetzen. So haben 950 Biobauern im westkanadischen Bundesstaat Saskatchewan eine Gruppenklage gegen Monsanto und Aventis bzw. den Rechtsnachfolger Bayer beantragt, um Schadenersatz für die Verseuchung von Bio-Raps durch deren Gen-Raps zu bekommen. Gen-Raps hat in Westkanada mittlerweile so stark in konventionellen Raps ausgekreuzt, dass die Mehrzahl der Biobauern den Anbau ganz aufgegeben hat. Die Bauern argumentieren, dass Monsanto und Aventis wussten – oder hätten wissen müssen –, dass der Gentech-Raps sich unweigerlich ausbreiten und die Äcker verseuchen würde.

Im Juni 2002 wurde eine Studie des kanadischen Bundeslandwirtschaftsministeriums als Beweis zugelassen. Darin wird belegt, dass Bio-Rapsbauern die gentechnische Kontamination mit Monsanto's Ready Roundup Raps und Aventis Liberty Link Raps selbst mit bester fachlicher Praxis nicht verhindern konnten.

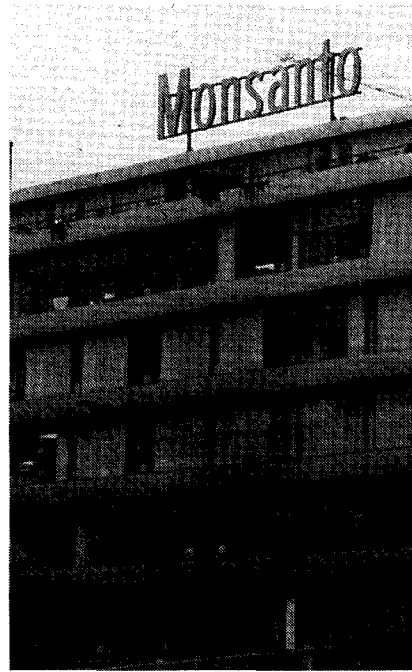
Der weitere Verlauf des Verfahrens ist auch für Landwirte in den USA von Bedeutung, werden doch auch dort immer mehr Fälle der GVO-Kontamination bekannt. Für Bio-Bauern ist dieser Sachverhalt mittlerweile zur Sorge Nr. Eins geworden, denn auch in den USA muss Bioware gentechnikfrei sein. In einer im Mai veröffentlichten nationalen Umfrage von Bio-Bauern, durchgeführt von der Forschungsstiftung für Bio-Anbau, gab ein ganzes Drittel an, dass das Risiko der Kontamination ihres Betriebs hoch

oder sehr hoch ist. 17 % gaben an, GVO-Tests auf ihren Feldern durchgeführt zu haben. 8 % der befragten Bauern gab an, dadurch direkte Kosten oder Schäden erlitten zu haben. Das bedeutet: Verlust von Käufern, Verlust der

### Bauern wehren sich gegen Gentech-Weizen

Nun braut sich in der nördlichen Ebene der USA die erste breite bäuerliche Bewegung gegen die Gentechnik zusammen. Es geht um Weizen, die ökonomische Grundlage und das kulturelle Herz dieser Gegend. Monsanto's Antrag auf Genehmigung für den ersten Gentech-Weizen ist der Grund dafür, dass nun konventionelle Bauern, die der industriell betriebenen Landwirtschaft keinesfalls abgeneigt sind, auf die Barrikaden gehen. Weizenproduzenten sind in hohem Maße vom Export abhängig und befürchten große Einkommensverluste, wenn gentechnisch verunreinigter Weizen auf Ablehnung in den Absatzmärkten, wie z.B. der EU, stößt. Ein Zusammenschluss lokaler und nationaler bäuerlicher Organisationen hat im Februar beim Nahrungsmittel- und Arzneimittelministerium eine Petition eingereicht. Darin wird eine umfassende Umwelt- und Wirtschaftlichkeitsprüfung gefordert, bevor Monsanto eine Genehmigung erhalten kann. Das hat es bisher noch nicht gegeben. Auch vor Ort herrscht politischer Aufruhr. In mehreren Bundesstaaten wurden Moratorien gegen Gen-Weizen beantragt. Erste politische Erfolge der bäuerlichen Bewegung gegen Gentechnik gibt es bereits – in mehreren Landtagswahlen haben Kandidaten gesiegt, die sich eindeutig gegen Monsanto's Gen-Weizen einsetzen. Monsanto scheint sich dieses Mal also verrechnet zu haben, und hat mittlerweile Maßnahmen versprochen, die eine „angemessene“ Trennung von konventionellem und Gen-Weizen gewährleisten sollen. Dennoch musste Monsanto zugestehen, dass eine vollkommene Trennung nicht möglich sein wird.

Angela Stach



Gegen die Zulassung des ersten Gentechnik-Weizens von Monsanto protestieren nordamerikanische Bauern. Foto: Archiv

Bio-Anerkennung, Risiko der Klage wegen Verletzung von Abnahmeverträgen. Noch bei der letzten Umfrage dieser Art im Jahr 1998 war GVO-Kontamination kein nationales Problem. Innerhalb kürzester Zeit hat sich also die Unmöglichkeit der Koexistenz gezeigt. Im Hinblick auf die Pläne für eine Koexistenz in der EU ist dabei zu bedenken, dass die Landwirtschaft in der USA bei weitem nicht so kleinstrukturiert ist wie in der EU. Bei Zulassung von GVO in der EU ist daher zu befürchten, dass sich GVO-Kontaminationen sehr viel rascher und umfassender durchsetzen würden.

## Bei organisierter Nachfrage: gentechnikfrei

Schon bevor es eine Kennzeichnung von Gentechnik in Futtermittel gibt, bieten einzelne Futtermittelhändler gentechnikfreie Mischungen an

Um bei einem Regionalprojekt teilnehmen zu können, wollte ich meine Kühe ohne Soja füttern. Da entschloss ich mich Nägel mit Köpfen zu machen und gleich ganz auf Gentechnik im Futter zu verzichten“, erzählt der Bauer und AbLer Bernd Schmitz aus dem Rheinland. Also fragte er bei Futtermittelhändlern in seiner Umgebung an. Seine Vermutung, dass es ohne Soja im konventionellen Milchleistungsfutter ein Leichtes sei, gentechnikfrei zu bestellen, war jedoch falsch. In seiner Region gibt es nur ein einziges Leistungsfutter, das garantiert gentechnikfrei ist. Ansonsten enthalten die Mischungen Maiskleber, der teils aus Frankreich und teils aus den USA importiert wird. Doch bei Mais aus den USA muss immer mit gentechnisch veränderten Beimengungen gerechnet werden. Geht es nach den Vorstellungen von EU-Agrarkommissar Franz Fischler, soll in der EU bald ein an einigen Punkten kaum geregeltes Nebeneinander von Gentechnik-Landwirtschaft und herkömmlicher Landwirtschaft eingeführt werden. Lediglich grobe Leitlinien will Fischler verabschieden, Einzelheiten sollen die Mitgliedstaaten festlegen. Der italienische Agrarminister Giovanni Alemanno hält das wie sein österreichischer Kollege für nicht ausreichend. Fischler hingegen sieht die Koexistenz als rein wirtschaftliche Frage. Die Kosten soll diejenige Produktionsrichtung übernehmen, die sich am Markt mit besseren Preisen durchsetzt. Dabei zeigt eine Studie der EU, die schon im Januar 2002 beendet und erst auf Drängen der Umweltschutzorganisation Greenpeace im Mai 2002 bekannt wurde, welche Kosten nach dem großflächigen Anbau von Gentech-Pflanzen auf die herkömmlich wirtschaftenden Bauern zukommen werden.

### „Raps: wirtschaftlich schwierig“

Darin wird davon ausgegangen, dass für gentechnisch verunreinigte Ernten zehn Prozent weniger Erlös zu erzielen ist als für herkömmliche Ernten. Sollten 50 Prozent der Rapsäcker in einer Region mit Gen-Raps bestellt werden, steigen die Kosten für eine herkömmliche, nicht verunreinigte Produktion um 50 Prozent, ermitteln die Autoren. Das sei zwar technisch möglich, „jedoch wirtschaftlich schwierig angesichts der zusätzlichen Kosten für Test, Versicherung und Monitoring“. Zusätzlich wären die Landwirte gezwungen, auf die Wiederaussaat der eigenen Ernte vollständig zu verzichten. Allein um die Verunreinigung beim eigenen Nachbau unter drei Prozent zu drücken,

kämen je Hektar auf konventionelle Bauern Mehrkosten von 93 Euro und für Öko-Bauern gar von 194 Euro zu. Dabei liegt der Deckungsbeitrag je ha nur bei 600 Euro, der Grenzwert selbst ist noch in Diskussion, zwischen 0,1 bis 0,3 Prozent sind zu erwarten.

### Vorreiter bei der Industrie

Was für einzelne Bauern kompliziert ist, hat sich die Geflügelindustrie längst organisiert. Noch bevor in der EU eine Kennzeichnung



Auch bei Soja-freien Futtermitteln können Futtermittelfirmen kaum noch garantieren, dass es keine Beimengungen von Gentechnik gibt. Foto: Archiv

für gentechnische Futtermittel eingeführt wird, bezieht das Futtermittelwerk von Wesjohann mit der Marke Wiesenhof nur gentechnikfreie Komponenten. Auch die Getreide AG, die die Erzeugergemeinschaft Gutshof-Ei beliefert, hat Versuche mit gentechnikfreien Mischungen gestartet.

Bernd Schmitz testet bei seinen Kühen nun ein Futter, das viel Getreide enthält und geschroteten Mais aus heimischem Anbau. Nach Aussagen der Kraftfutterwerke hatten sie mal ein gentechnikfreies Futter im Angebot, aber die Bauern hätten es nicht nachgefragt. Bernd Schmitz zieht für sich das Fazit: „Die Bauern haben es in der Hand, was sie angeboten bekommen. Sie sind selber Konsumenten und können bestimmen, was die Kraftfutterwerke einmischen.“

Nur eine Nachfragebündelung stärkt die Position der Bauern, so kann bei der AbL ein Musterbrief an den Landhandel bezogen werden (Kontakt s. S. 23). Darin wird gefordert, einige der Futtermittelwerke auf gentechnikfreie Produktion umzustellen und weiterhin gentechnikfreies Saatgut zu liefern. Denn nach wie vor gilt: die Mehrheit der Bäuerinnen, Bauern und Verbraucher wollen keine Gentechnik auf dem Acker und schon gar nicht auf dem Teller. ms

### Gentechnikfrei lohnt sich

Ab Herbst gibt es in Österreich garantiert gentechnikfreie Milch. Die drittgrößte Molkerei des Landes Tirol-Milch zahlt ihren Bauern dann je Liter einen Cent Aufpreis. Der Vorstand der Genossenschaftsmolkerei rechnet mit rascher Listung in den Lebensmittelläden der Region. Preislich soll die Trinkmilch zwischen konventioneller und Bio-Milch angesiedelt sein. Die Milch bekommt das Gütesiegel der Arbeitsgemeinschaft Gentechnikfreiheit. Nach deren Kriterien sind sowohl alle gentechnischen Beimengungen als auch nur mit Hilfe von Gentechnik hergestellten Futtermittelzusatzstoffe künftig verboten. Die Bauern aus den Bezirken Imst und Landeck beteiligen sich freiwillig. pm

### Aldi: Qualität zu Dumpingpreisen?

Die Stiftung Warentest hat kürzlich das Aldi-Olivenöl „Lorena“ mit gerade noch „vier minus“ bewertet, als „leicht stichig und ranzig“. Das Öl stammte von der Hamburger Firma Graf GmbH, die etwa ein Drittel des gesamten in Deutschland verkauften Olivenöls importiert. Dass im Test das Öl „Luccese“ des Aldi-Konkurrenten Lidl dagegen als „gut“ bewertet wurde, ist nach Ansicht von Fachleuten auch nur dem Zufall geschuldet: Denn auch dieses Olivenöl sei nur eine Mischung aus billigen Ölen unterschiedlichster Herkunft aus verschiedenen Ländern, die mal so und mal anders ausfällt. Bei parallelen Tests fiel denn „Luccese“ eher durch ein „verdorbene“ und „stinkendes“ Aroma auf, so das *Handelsblatt*. Zwar hat Aldi die Öl-Flaschen mit dem Namen „Lorena“ nun aus den Regalen getan, der Importeur und der Abfüller sind aber der dieselben geblieben. Sie beliefern laut *Handelsblatt* Kaufhof, Karstadt und Aldi. pm

### Farmerprotest im Capitol-Teich

Zwei Tage lang hielt der 50jährige Bauer Dwight W. Watson aus North Carolina die US-Hauptstadt Washington in Atem. Mit seinem Traktor war er an allen Absperrungen vorbei in den großen künstlichen Teich vor dem Capitol gefahren. Dort blieb er, kurvte munter herum und foppte die hochgerüstete Antiterror-Truppe. Er drohte mit „Sprengstoff an Bord“ und wollte eigentlich nichts weiter, als gegen die staatliche Kontrolle von Tabaksubventionen protestieren, die sein Leben als Farmer ruinieren würden. taz

### Pachtstreit mit Frontlader

Mit schwerem Gerät haben zwei Bauern einen Streit um ein gepachtetes Feld bei Ansbach ausgetragen. Die Pachtverhältnisse waren unklar. Der eine Landwirt baute auf der Fläche Mais und Kartoffeln an, bis der andere Landwirt begann, seine Pflanzen unterzupflügen. Der Konkurrent rammte ihn mit dem Frontlader, bis beide Trecker defekt liegen blieben. Der Schaden an der Technik lag danach bei 15.000 Euro, der auf dem Acker bei weiteren 5.000 Euro. pm

### Richtigstellung

Lupinenartikel in der Juni-Ausgabe auf der S. 18

Der Geschäftsführer der Gesellschaft zur Förderung der Lupine Peter Röhrer weist darauf hin:

Ich bin nicht Vorsitzender der Gesellschaft zur Förderung der Lupine, sondern deren Geschäftsführer. Vorsitzender ist Ulrich Schmiechen.

Die Forderung nach besseren Sorten ist gerade bei der blauen Lupine nicht gerechtfertigt. Die Lupinenzüchter haben es geschafft, in den Jahren 1997 bis 2003 elf neue bitterstoffarme Sorten für die Vermarktung vom Bundessortenamt zugelassen zu bekommen. Die Ausprägung der Eigenschaften der Sorten wird vom Bundessortenamt mit den Noten 1 (= geringste Ausprägung des Merkmals) bis 9 (stärkste Ausprägung des Merkmals) bewertet. In dem erwähnten Sortenspektrum haben wir Sorten mit der Ertragsstufe 9, der Einstufung im Proteinertrag von 9 und in der Neigung zum Lager mit 2. Es sind damit in kürzester Zeit Sorten gezüchtet worden, die kaum noch Wünsche offen lassen.

Peter Röhrer



## BAYER-Geld für Bürgerkrieg im Kongo?

Der Krieg im Osten Kongos zwischen Zentralregierung und untereinander verfeindeten Bürgerkriegsmilizen dreht sich im Wesentlichen um die Kontrolle und die Ausplünderung der dortigen Bodenschätze. Darüber finanzieren sich die dortigen Kriegsparteien, u.a. offenbar auch mit Geldern des Chemiekonzerns Bayer. Laut *Spiegel* soll das Unternehmen über eine Tochterfirma das Metall Tantal von dort bezogen und den Bürgerkrieg mitfinanziert haben. en

## Antibiotika-Resistenzen über Kläranlagen verbreitet

Antibiotika-Resistenzen aus Krankenhäusern und Haushalten breiten sich über die Abwässer-Kläranlagen aus, indem sich die Resistenz auf das Erbgut der dort aktiven Bakterien verteilt. Wenn diese aus der Kläranlage in die Gewässer verteilt wird und wenn aus dem Flusswasser wieder Trinkwasser gewonnen wird, dann verbreiten sich die Resistenzen auf umso mehr Menschen. Immer mehr Patienten reagieren schon heute bei Krankheiten nicht mehr auf die Behandlung mit Antibiotika. Professor Pühler forderte deshalb im Deutschlandfunk, besondere Filter gegen solche Bakterien einzusetzen. Welche Bedeutung diese Erkenntnis für den Einsatz von Klärschlamm in der Landwirtschaft haben müsste, sollte recht bald untersucht werden. Bekannt ist, dass Antibiotika im Boden nur langsam abgebaut werden. en

## Futter-Antibiotika unnötig

Das völlige Verbot von antibiotischen Futterzusätzen (als „Wachstumsförderer“) führt nicht zu einem erhöhten Bakterienbefall der Masttiere, teilweise sind sie sogar rückläufig. So das Ergebnis einer umfangreichen Praxis-Studie des Dänischen Tierärztlichen Institut an Hühnern und Schweinen auf Salmonellen und Campylobakter. In Dänemark (wie auch in den anderen skandinavischen Ländern) sind Futter-Antibiotika seit fünf Jahren verboten, in der EU sollen sie erst 2006 verboten sein. en

## Melktechnik-Firmen

Über die Entwicklung auf dem Markt der Melktechnik berichtete kürzlich das Fachmagazin *Neue Landwirtschaft*. Die Zahl der deutschen Milcherzeuger ist seit 1993 von 236.000 auf ca. 130.000 gesunken. Neben den Betrieben mit 20 oder 100 Kühen gibt es auch Bestände von 2.000 oder gar 5.000 Kühen. Die Anforderungen an die Melktechnik haben sich hinsichtlich Genetik, Fütterung, Aufstallung, Tierhygiene, Herdenmanagement und Arbeitsentlastung verändert. Diese Bandbreite spiegelt sich in der Ausrichtung der weltweit tätigen Melktechnik-Hersteller: DeLaval (weltweiter Marktanteil ca. 40 Prozent) und Westfalia (25 Prozent) sind Marktführer in den großen Milcherzeugerregionen der Welt en

## Pestizide ursächlich für Berufskrankheit

Erstmals ist jetzt die Ausbringung von Pestiziden als Ursache für eine Berufskrankheit anerkannt worden, so dass die Berufsgenossenschaft dem Geschädigten eine Verletztenrente zahlen muss. Der betreffende Landwirt war jahrelang den Pestiziden ausgesetzt und an Parkinson erkrankt. Die Berufsgenossenschaft hatte jeden Zusammenhang verneint. Im Berufungsverfahren vor dem Landessozialgericht Rheinland-Pfalz (Az L 2U 260/00) bekam der Erkrankte nun Recht, unter Berufung auf Expertengutachten. ökotest

## Holländische Landwirtschaft out

Die niederländische Landwirtschaft denkt verstärkt über ihre gesellschaftliche Isolierung nach. So konstatieren die *DLG-Mitteilungen*, es gebe wohl kein Land, in dem Bauern eine so geringe Unterstützung genießen, wie die Niederlande. Hollands Landwirtschaft, vor 15 Jahren auch hierzulande als Vorbild bei der Agrar-Industrialisierung gepriesen, erntet nun die Früchte dieser Struktur-Entwicklung. Bei Wahlen fordern sieben von zehn Parteien den Abbau von staatlichen Hilfen.

Seit 1990 sind mehr als 1.200 Landwirte, vor allem Milchviehhalter, zunehmend aber auch Schweinehalter, aus den Niederlanden emigriert. Die USA sind das Hauptziel für Unternehmer, die riesige Lohnarbeitsbetriebe aufbauen wollen. „Share-Milking“ ermöglicht in Neuseeland den Einstieg in die Milchproduktion ohne viel Eigenkapital. Etwa 500 Holländer sind nach Dänemark, 300 nach Kanada und bisher 200 nach Ostdeutschland gewechselt. Zunehmend ist der Auswanderer-Trend nach Ungarn und Polen. pm

# „Wir wollen keine Barmherzigkeit“

Vier der ärmsten Länder der Welt verklagen die USA bei der WTO wegen ihrer Baumwoll-Subventionen

Als der Präsident von Burkina Faso, Blaise Compaore, Anfang Juni bei dem WTO-Ausschuss für Handelsfragen das Wort ergriff, tat er etwas, was vor ihm noch kein Staatsoberhaupt in einem Treffen abseits der großen Verhandlungsrunden getan hatte. Aber als Präsident eines der ärmsten Länder der Welt hatte er ein wichtiges Anliegen. Die Regierung von Burkina Faso hatte im Mai diesen Jahres gemeinsam mit den Regierungen von Mali, Benin und Tschad eine Klage gegen die USA als weltgrößten Baumwoll-Exporteur vor dem WTO-Streitschlichtungsausschuss eingeleitet. Die Subventionen sind laut einer Studie des Internationalen Baumwollkomitees (ICAC) die Hauptursache für den desaströsen Weltmarktpreisverfall für Rohbaumwolle im letzten Jahr.

## Schlüsselrolle bei der Armutsbekämpfung

Das Engagement der Regierung von Burkina Faso geht laut Francois Traoré, dem Vorsitzenden des Baumwollproduzentenverbands in Burkina Faso, auf Druck seiner Organisation zurück. Vor einigen Jahren forderten die Bauern von ihrem Staat eine Beteiligung an der staatlichen Baumwollvermarktungsgesellschaft. Heute besitzen sie ein Drittel des Aktienkapitals. Durch die Teilnahme an Gesellschafterversammlungen haben die Bauern von den politischen Zusammenhängen des Weltbaumwollhandels erfahren und Druck auf ihre Regierung ausgeübt, sich auf WTO-Ebene zu engagieren. Und der Präsident von Burkina Faso drückte es in seiner Rede so aus: „Wir wollen keine Barmherzigkeit ... Unsere Produzenten sind bereit für den freien Wettbewerb auf dem Weltmarkt – unter der Bedingung, dass er nicht durch Subventionen verzerrt wird.“

In Burkina Faso leben ca. zwei Millionen Menschen vom Baumwollanbau, im ganzen Sahel schätzungsweise zehn bis 15 Millionen. Baumwolle ist das wichtigste Exportgut vieler Sahelstaaten und macht allein in Burkina Faso rund 60 Prozent der Exporteinnahmen aus.

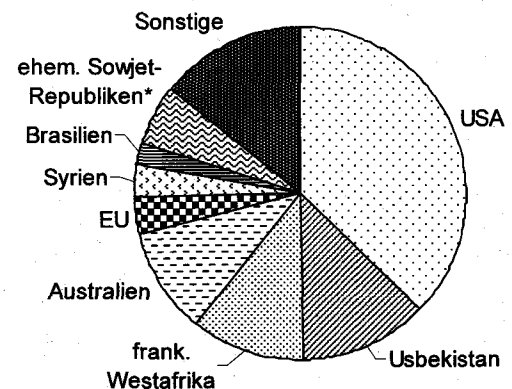
Zusätzlich spielt die Baumwolle eine Schlüsselrolle bei der Armutsbekämpfung der Sahel-Staaten, da sie von Kleinbauern in Mischkultur, z.B. mit Erdnüssen und Hirse, angebaut wird und somit keine Verdrängung von Grundnahrungsmitteln bedeutet. Die west- und zentralafrikanischen Sahelstaaten sind die kostengünstigsten Baumwollproduzenten der Welt. Bei 50 US-Cent

pro Pfund Rohbaumwolle arbeiten sie kostendeckend. Doch im Jahr 2002 sank der seit 30 Jahren leicht fallende Index für Weltbaumwollpreise von 57 Cent in 2001 auf 42 Cent, und damit unterhalb der Produktionskosten der west- und zentralafrikanischen Staaten.

Dieser Zusammenbruch lag neben den schweren Baumwollsubventionen in USA, China und der EU auch an der weltweit guten Ernte. Daher haben sich die Preise inzwischen wieder ein wenig erholt. Doch ist durch das neue US-Farmgesetz mit einer erhöhten Produktion zu rechnen. Und auch in Griechenland und Spanien wurde die Anbaufläche durch die hohe EU-Förderung des Baumwollanbaus seit 1990 um mehr als 50 Prozent ausgeweitet.

Die EU gehört zwar im internationalen Vergleich zu den kleineren Baumwollproduzenten, zahlt ihren Bauern aber weltweit die höchsten Subventionen gemessen am Weltmarktpreis. Im Vergleich zu anderen Ackerfrüchten ist die EU bei der Baumwoll-

Weltbaumwoll-Exporte, 2001/02



le extrem großzügig. Obwohl der Baumwollanbau innerhalb der Europäischen Union eine untergeordnete Rolle spielt, exportiert die EU immer noch mehr als Mali, der größte Exporteur in Westafrika.

## 26 Prozent höherer Weltmarktpreis

Die Initiative der vier Sahelländer ist kein leichtes Spiel. Seit Bestehen der WTO haben es noch nie so arme Länder gewagt, gegen ein so mächtiges Industrieland wie die USA den Streitschlichtungsausschuss anzurufen. Doch sollte die Klage erfolgreich verlaufen und tatsächlich zu einem Wegfall der US-Subventionen führen, würde, Berechnungen des ICAC zufolge, der Weltmarktpreis um rund 26 Prozent steigen. Das würde den west- und zentralafrikanischen Staaten mind. 250 Mio. US-Dollar Mehreinnahmen aus dem Export von Baumwolle einbringen und den Bauern ihr Einkommen sichern. Alexandra Burmann



## Mit Sense und Pferdewagen

Im Apuseni-Gebirge in Rumänien wurde durch die kleinbäuerliche Landwirtschaft eine vielfältige Kulturlandschaft erhalten – eine Welt am Rande der Zeit

Ana Dobra schlägt mit viel Kraft und Geduld die Sahne im Butterfass, welches ihr Mann Aurel aus Fichtenholz gefertigt hat: „In meiner Jugend wurde noch Flachs angebaut und alle Kleider und Teppiche wurden selbst hergestellt. Die Frauen haben beim Hüten der Tiere mit einer einfachen Spindel gesponnen, und im Winter gewebt.“ Im Apuseni-Gebirge versorgten sich die Familien damals fast ausschließlich selbst, es gab kleine Getreideäcker und viel Gemüseanbau. Die Männer stellten Holzgefäße her und transportierten sie mit dem Pferdewagen zum Verkauf in weit entfernte Teile Rumäniens.

Ana ist Ende fünfzig und verbringt auch diesen Sommer mit den drei Kühen der Familie auf der Alm Calineasa. Ihre Tiere suchen sich auf der fast 900 ha großen, kurzgefressenen Almweide ihr Futter allein, einige andere Bäuerinnen hüten ihr Vieh. Nachdem Ana den Käse zum Abtropfen aufgehängt hat, sind nun die Tagesarbeiten wie Buttern, Holzhacken, Waschen und Beeren sammeln zu tun.

### Keine Kollektivierung

Neben den industriellen Großprojekten unter Diktator Ceausescu scheint dieser Landstrich zu Zeiten des Realsozialismus fast vergessen worden zu sein. Große Staatsbetriebe gab es vor allem in den fruchtbaren Ebenen, auf den hiesigen landwirtschaftlichen Grenzertragsstandorten scheiterten wenige Kollektivierungsversuche bald am Widerstand der Bauern. Damals sind viele junge Leute abgewandert, um in den Städten oder in Staatsbetrieben zu arbeiten.

### Wald und Weide ernähren die Leute

Heute ist aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit in den Städten die kleinbäuerliche Landwirtschaft wieder attraktiv, da sie zumindest den Lebensunterhalt sichert. Zudem gibt es seit den politischen Umbrüchen von 1990 in der Re-

gion einen neuen Einkommenszweig: Da die Kontrolle nicht mehr effizient funktioniert, werden die Staats- und Gemeindewälder von den BäuerInnen in unerlaubtem Umfang genutzt und



Heuernte in den Westkarpaten

Foto: Proiect Apuseni

mit Kreissägen stapelweise Bretter gefertigt. Zwar sind die Strassen holprig und werden fast nur von Pferdewagen befahren, doch die Dörfer sind seit 1995 elektrifiziert. Und zumindest in die reicheren Haushalte dringen aktuelle Nachrichten aus aller Welt durch Radio und Fernsehen vor.

Marinella Paska ist 16 Jahre alt: „Woher ich Englisch kann? Na, aus dem Fernsehen. Die Schule habe ich vor zwei Jahren abgeschlossen, da haben wir leider nicht so gut Englisch gelernt. Ich helfe meinen Eltern im Stall, im Haus und beim Holz sägen. Ich mag diese Arbeit nicht besonders, aber ich habe jetzt keine anderen Möglichkeiten. Später möchte ich weg von hier, in eine reichere Gegend, zum Geld verdienen.“

### Tradition und Moderne

Zwar stammt die Kleidung, die Ana und Marinella heutzutage tragen, aus Fabriken irgendwo in der Welt, Süßigkeiten aus Bukarest können im Dorfladen gekauft werden und das Mehl für

das Brotbacken kommt aus dem Flachland, da der Ackerbau hier kaum mehr lohnt. Doch die traditionellen Teppiche und Holzgefäße werden wie früher selbst hergestellt, obwohl der Verkauf

len an. Der Blütenreichtum trägt auch zum Einkommen der BewohnerInnen bei, so sammeln viele Frauen die Blütenköpfe der Arnika oder die Samenkapseln der Herbstzeitlosen, um sie über Zwischenhändler an Pharmafirmen zu verkaufen. Die Übergänge vom Wald zum Grasland sind fließend, die landwirtschaftliche Nutzung reicht in den Wald hinein: Fichtenäste werden im Winter als Zusatzfutter zum knappen Heu geerntet und die BäuerInnen lassen ihre Tiere im Wald weiden. So entsteht eine reichstrukturierte Kulturlandschaft mit Landschaftselementen, die in Europa selten geworden sind.

### Zukunft unklar

Durch den übermäßigen Holzeinschlag werden die Wälder jedoch übernutzt und zurückgedrängt. Es ist absehbar, dass die qualitativ hochwertigen Stämme in einigen Jahren aufgebraucht sein werden. So verwundert der von vielen jungen Leuten geäußerte Wunsch, die Region zu verlassen, nicht. Zukunftsperspektiven vor Ort für die Menschen und damit auch die Kulturlandschaft zu erhalten kann nur gelingen, wenn z.B. durch Tourismus oder bessere Vermarktung regionaler

Produkte neue, nachhaltige Einkommensquellen erschlossen werden können.

Reisende gibt es schon jetzt in den Bergdörfern. Neben den Karsthöhlen der Region hinterlässt auch die Lebensweise der Menschen hier Eindrücke. „Ich wandere mit meinen Freunden hier, wir übernachten bei einem Bauern in der Scheune. Hier ist es ein bisschen wie im Mittelalter, aufregend, eine ganz andere

Welt...“ erzählte eine französische Studentin.

Ob Anas Enkel Aurora und Marin noch mit der Sense die Wiesen mähen werden, hängt nicht nur vom Wetter ab...

Antje Kölling



Ana Dobra spielt Tulnic, eine regionale Form des Alphorns.

Foto: Kölling

der Bottiche unter der Konkurrenz durch Kunststoffware leidet. Auch die Bewirtschaftung des Grünlandes hat sich seit Jahrhunderten kaum geändert. Wenn das große Almfest mit Musik und Tanz Mitte Juli vorüber und das Wetter gut ist, geht Anas Mann Aurel hinunter ins Dorf, um mit Sohn und Tagelöhner die Wiesen um den Hof zu senen. Nach der Mahd wird mit dem Rechen gewendet und schließlich wird das Heu zur Nachtrocknung in Heuböcken aufgeschichtet, die im Spätsommer das Landschaftsbild bestimmen. Im Herbst wird das Heu in die Scheunen gebracht. Die Wiesen werden ausschließlich mit Mist gedüngt, da Kunstdünger zu teuer ist.

### Blütenreiche Wiesen

Durch diese Bewirtschaftung konnte sich hier eine Wiesenvegetation erhalten, wie sie bei uns höchstens unter strengsten Naturschutzaufgaben noch anzutreffen ist: Im Frühjahr verwandeln sich viele Wiesen in ein Meer von Blumen. Krokusse und Schneeglöckchen färben zuerst ganze Täler ein, seltene Orchideen wie das Holunderknabenkraut und Mücken-Händelwurz sind danach auf vielen Wiesen anzutreffen, Trollblumen zeigen feuchtere Stel-

Den Sommer 2001 verbrachte ich als Diplomandin im Rahmen des „Proiect Apuseni“ bei Ana Dobra. Dieses Projekt der Universität Freiburg, gefördert durch das BMBF, untersucht Möglichkeiten der nachhaltigen Entwicklung in den Westkarpaten. Weitere Informationen unter: [www.proiect-apuseni.org](http://www.proiect-apuseni.org). Ich danke den Kollegen für den Einblick in ihre Daten!

### Rumänische Landwirtschaft in Zahlen

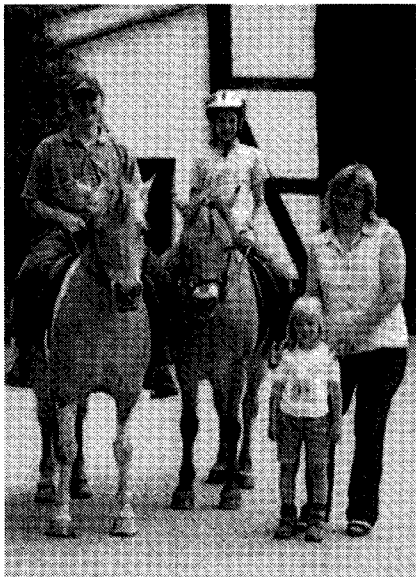
Landwirtschaftliche Nutzfläche/ Anteil an der Landesfläche	14,8 Mio. ha/ 62 %
Anteil der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt	18 %
Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten an den Erwerbstätigen insgesamt	35 %
Anteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche, der von Familien zur Selbstversorgung bewirtschaftet wird	Ca. 50%
Anzahl der Milchkühe in Rumänien	1,5 Mio.
Jährlich produzierte Milch	5 Mio. t
Anteil der Milch, der über Molkereien vermarktet wird	20 %

## „...der Arbeitsalltag ist abwechslungsreicher geworden.“

Feriengäste zu haben bedeutet für Bäuerin Marianne Bleckert auch eine Erweiterung des eigenen Horizontes

An einem sommerlichen Sonntagmorgen ist dem Hof der Familie Bleckert bei Göttingen anzusehen, dass hier nicht nur Landwirtschaft die Hauptrolle spielt: Väter satteln mit ihren Töchtern gerade die Pferde zum Ausritt, eine Urlauberin fragt im Vorbeigehen, wie sie zum nächsten Badesee kommt, eine Dame sitzt mit ihren Urenkeln im Schatten und plaudert mit Marianne Bleckert.

Seit Familie Bleckert auf ihrem Hof 1978 ein neues Wohnhaus bauten, stand das 450 Jahre alte Fachwerkhaus meist leer. Mitte der neunziger Jahre wurde das alte Bauernhaus zum Gästehaus umgebaut. Da auf dem Hof schon



Marianne Bleckert mit Gästen zu Pferde.

### Betriebsspiegel:

73 ha Acker, 40 ha Grünland, 7 ha Teichanlagen, 1 ha Wald  
55 Milchkühe mit Nachzucht, 25 Mastschweine, 8 Pferde, Katzen, Hund, Kaninchen  
3 Ferienwohnungen, 1 Appartement, Campingplatz  
AK: Betriebsleiterehepaar, Sohn

häufig wissbegierige Städter aus dem Bekanntenkreis willkommene Gäste waren, war es naheliegend, daraus ein weiteres ökonomisches Standbein für den Betrieb zu machen. Mit Zuschüssen von 37.000 DM aus dem Dorferneuerungsprogramm sowie dem Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP) wurde das Haus renoviert und

Wohnungen sowie ein Gemeinschaftsraum ausgebaut. Insgesamt wurden 350.000 DM investiert. In Gesprächen mit Freunden und Bekannten hat Marianne Bleckert sich Anregungen dazu geholt, was von Bauernhofurlaubern gewünscht wird: „An Schulungen habe ich nicht teilgenommen, man erfährt auch so, was die Gäste wollen, wenn man dafür sensibel ist.“

Frau Bleckert ist es wichtig, Zeit für Gespräche mit den Gästen zu haben. Deshalb ist noch unsicher, ob im alten Rinderstall zwei weitere Ferienwohnungen ausgebaut werden. Sie befürchtet, dass die persönliche Atmosphäre verloren gehen könnte, wenn die Zahl der anwesenden Gäste 20 übersteigt.

Die Landwirtschaft ist mit ca. 50 Prozent Anteil am Einkommen nach wie vor ein Hauptstandbein. Viele Gäste fragen danach, bevor sie buchen: Ob das noch ein richtiger Bauernhof sei,

wo die Kinder mit in den Stall gehen könnten? Tatsächlich sind die Gäste häufig beim Füttern dabei, die Kinder helfen beim Tränken der Kälber und fahren auf dem Schlepper mit. „Meine Urenkel können hier sehr viel lernen“, lobt eine Urlauberin. Geduldig erklären die Bleckerts, warum das Kalb nach der Geburt der Mutter weggenommen wird und wieso auch die Lieblingskälber der Kinder verkauft werden. Der Zeitaufwand für die nicht-landwirtschaftlichen Betriebszweige beträgt 30-40 Prozent der Betriebsarbeitszeit. Marianne Bleckert hat die Entscheidung, Gäste auf dem Hof zu betreuen, nicht bereut: „Mein Arbeitsalltag ist dadurch interessanter und vielseitiger geworden.“ Sie schätzt es, dadurch selbst andere Sichtweisen kennen zu lernen, aber auch anderen Menschen Einblicke in die Lage der Landwirtschaft vermitteln zu können. *ak*

## „...meditatives Gemüsejäten“

Das Vermitteln elementarer Erfahrungen ist für Hilke Kruse wichtiger Bestandteil des Urlaubs auf dem Bauernhof

Wenn Hilke Kruse ihre Hühner füttert, sieht sie oft Fahrradfahrer am Zaun halten und stauend hinüberblicken: „Oh, Schweine auf der Weide... und Küken ...“ Ihr Hof, am Rand der Lüneburger Heide gelegen, hat etwas Bilderbuchhaftes. Ein Gemischtbetrieb, wie er laut Meinung der Kammer seit 30 Jahren nicht mehr existenzfähig sein kann, bei Urlaubern aber Anklang findet. „Es ist dann auch für jeden etwas dabei, der eine mag lieber mit Maschinen herumprobieren, der andere mag lieber meditatives Gemü-

sejäten“, erzählt die Bäuerin. Als sie 1991 den Hof von ihren Eltern übernahm, hat sie ihn von einem Nebenerwerbs- in einen Vollerwerbsbetrieb überführt. Dies war möglich, indem sie den Hof auf biologischen Landbau umgestellt und eine Direktvermarktung aufgebaut hat.

Als Hilke Kruse 1980 nach Berlin zog, um Sozialarbeit zu studieren, war ihre Mutter oft allein zu Haus. Deshalb beschloss die Familie, im Haus eine Ferienwohnung auszubauen und sich damit mehr Leben auf den Hof zu holen. Heute sind aus vielen Gästen Stammgäste geworden, ehemalige Gästekinder kommen als Jugendliche in den Ferien zu Besuch. Gerade ist Lisa aus München da, hilft bei der Heuernte und im Stall. „Wir sind jetzt oft ohne Eltern hier, wir haben auch Freundschaften in der Gegend. Mein Bruder Clemens hat sogar extra einen Treckerführerschein gemacht und ist oft die ganzen Sommerferien hier, um mitzuarbeiten“ erzählt sie.

Hilke Kruse engagiert sich in der Arbeitsgemeinschaft Urlaub und Freizeit

auf dem Lande e.V. und nimmt an Seminaren sowie Exkursionen zu anderen Höfen teil, um neue Ideen zu sammeln. Zeitweise konnte sie andere Vermieter aus der Region motivieren, zusammen einige Aktionen für die Gäste zu organisieren, die sehr erfolgreich waren.

In den letzten Jahren ist Hilke Kruse ins Grübeln gekommen: Zwar steht sie

im Vergleich mit anderen Zimmervermietern in der Region noch relativ gut da. Nachdem sie jedoch gerade im Jahr 2000 noch einmal 20.000 DM investiert hat, um die Ferienwohnung zu verbessern, ist es besonders ärgerlich, dass sie nicht mehr die von früher gewohnten 190 Belegtage pro Jahr in der Wohnung erreicht. Zwar ist die Zahl der Buchungen nicht zurückgegangen, zunehmend verbringen die Gäste jedoch nur noch kurze Zweit- und Dritt-Urlaube auf dem Bauernhof, wohingegen früher dreiwöchige Aufenthalte keine Seltenheit waren. Aus der Vermietung der Ferienwohnung kommen heute fünf bis zehn Prozent des Betriebseinkommens, was sich mit dem Arbeitsaufwand deckt.

Hilke Kruse ist überzeugt davon, Menschen über Ferien auf dem Bauernhof oder auch Führungen für Schulklassen das Sein und Werden in der Landwirtschaft nahe zu bringen: „Die Leute machen hier elementare Erfahrungen, und die Möglichkeiten, diese Erfahrungen zu machen, werden immer weniger.“

*Antje Kölling*



Hilke Kruse mit Feriengast Lisa Fotos: Kölling

### Betriebsspiegel

Bioland-Betrieb, 10 ha Acker, 17 ha Grünland  
10 Mutterkühe mit Nachzucht, 3 Sauen, Mastschweine, Geflügel, 4 Mutterschafe, Katzen, Hund, Kaninchen  
Direktvermarktung, Hofladen, 1 Ferienwohnung  
AK: Betriebsleiterin und Altenteilerehepaar

## Berliner Stadtgüter – Kern eines neuen Agrarkonzerns?

Die Berliner Stadtgüter sind mit 45 Mio. kg Milchquote, 6.000 Milchkühen, 13.000 Rindern und 20.000 Hektar der größte Milchproduzent Deutschlands. Die zum großen Teil aus DDR-Zeiten stammenden Rinder-Großanlagen gruppieren sich – auf brandenburgischem Territorium – rings um die Stadt, zum Teil auf hoch belasteten, ehemaligen städtischen Abwasser-Rieselflächen. Seit Jahren gibt es eine politische Diskussion darum, ob dieser Freiraum-Gürtel als Bauland verkauft oder landwirtschaftlich weitergenutzt werden soll. Vor zwei Jahren schließlich



Schwer vorstellbar, aber auch in Berlin gibt es Landwirtschaft – und gar nicht so wenig. Alleine der Stadt gehören 20.000 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche. Foto: Eisenberg

einigte man sich im Berliner Senat, 76 Prozent der Anteile an der „Berliner Stadtgüter GmbH“ geschlossen an einen Investor „mit ökologischer Orientierung“ zu veräußern. Zunächst hatten der niederländisch-deutsche Milchkonzern „Campina“ und Vertreter der öko-aktiven Familie Schweisfurth gemeinsam mit dem Senat wegen einer Übernahme verhandelt, aber ohne positives Ergebnis. Auch „Zusammenschlüsse einheimischer Bauern“ sollten unter den Interessenten sein. Jetzt aber sollen dem Vernehmen nach zwei andere Großinvestoren erfolgreichere Verhandlungen führen: Zum einen die Familie Rethmann, Eigen-

tümer von Europas größtem Müllentsorgungs- und Tierkörperbeseitigungs-Konzern („Saria“), in letzter Zeit im Gespräch wegen des Verdachts der illegalen Industriemüll-Entsorgung und wegen nachgewiesener weit überhöhter Gebührenrechnungen für die Tierkörperverwertung. Rethmann, kürzlich auf den „DLG-Unternehmertagen“ besonders hochgeehrt, hat in Sternberg bereits drei große Güter mit 5.500 ha erworben, außerdem eines in Mecklenburg.

Zweiter Bewerber um die Stadtgüter ist die Altapon-Gruppe des früheren VW-Generalimporteurs für die Niederlande und VW-Aleinimporteurs in die USA, Wijnand Pon. Die Firmengruppe Altapon/Agripion/Kuhpon/Alta/Koepon ist mittlerweile eine der größten Tiergenetik-Konzerne weltweit, bewirtschaftet bereits drei Agrar-Großbetriebe in Holland, Schottland und Kanada und weitere drei in Ostdeutschland und ist zudem als Makler für Großbetriebe aktiv. Insider berichten, dass Pon bereits über die niederländische Königin beim ehemaligen Berliner Bürgermeister Diepgen vorstellig geworden sei. Andere berichten, dass sich Altapon auch für viele andere Großobjekte wie die 3000-Kuh-Anlage in Dedelow (Uckermark) interessiere.

Der umstrittene Verkauf der Berliner Stadtgüter an einen dieser Konzerne würde die Herausbildung agrarischer Konzerne weiter voranbringen. Im Aufsichtsrat der Betriebsgesellschaft Stadtgüter Berlin mbH sitzt übrigens als Vertreter des Bauernver-

bands dessen Vizepräsident Werner Hilse... Dieser Aufsichtsrat steht seit den letzten Tagen in der Kritik des Rechnungshofs, weil er dem ausscheidenden Stadtgüter-Geschäftsführer Demetre Zavlaris rückwirkend für 18 Monate eine Gehaltserhöhung um mehr als 40 Prozent genehmigte und eine Sonderzahlung von 200.000 Euro obendrein. Zavlaris verteidigt diesen Nachschlag und sein Jahresgehalt von 360.000 Euro damit, dass er die Stadtgüter im letzten Jahrzehnt aus den roten Zahlen geführt habe. Der Bund der Steuerzahler kündigte Strafanzeige gegen alle Beteiligten an. ril

## Omas Hühner

Die kleine Hühnerschar meiner Schwiegereltern, vier Hühner und ein Hahn, hat einen so großen Auslauf, dass sie gar nicht auf die Idee kommen, über den niedrigen Jägerzaun in die Freiheit zu hüpfen. Es geht ihnen gut, denn sie ahnen nicht, dass sie nach Ablauf eines Jahres in den Kochtopf müssen und durch neue ersetzt werden. Und meine kleine Tochter ahnt auch noch nichts davon. Letzten Herbst hat Oma ihr erzählt, die Hühner seien weggelaufen. Das hätte man auch fast glauben können, denn sie waren kurz davor zu verwildern. Es fing damit an, dass der Hahn auf die Idee kam, im Baum zu schlafen statt auf seiner Stange im Hühnerstall. Es dauerte nicht lange und auch die Hennen blieben draußen. Da schimpfte die Oma mit dem dummen Federvieh, das nicht in den Stall kommen wollte, und meine Tochter stand am Gitter und machte es ihr nach: „Du dummer Hahn! Nicht Mama, Omas Hahn ist dumm“. Und die Oma sollte recht behalten, denn es ging einige Tage gut, bis der Marder das erste Huhn erwischte. Da hatte mein Schwiegervater genug: Als die restliche Schar zum Fressen im Stall versammelt war, ließ er schnell die Klappe herunter und seitdem waren Omas Hühner nicht mehr gesehen. Nur gab es in der Folge viel Hühnersuppe und Frikassee. Heikel wurde es, als meine Tochter in Omas Küche ein Huhn nackt und bloß auf der Spüle erblickte und wissen

wollte, was das denn sei. Meine Schwiegermutter kam sichtlich in Erklärungsnot. Ich sagte schnell: „Das ist Fleisch“, worauf zum Glück vorerst keine weiteren Fragen folgten. Und seit die „entlaufenen“ Hühner durch neue ersetzt wurden, ist die Welt wieder in Ordnung – zumindest bis zum



... aus Westfalen

Ende des Sommers. Dann wird sich zeigen, ob meine Tochter den Zusammenhang zwischen dem Verschwinden von Omas Hühnern und der von ihr so gern gegessenen Hühnersuppe begreift. Aber bis dahin ist noch viel Zeit, im Hühnerhof auf einem Balken zu sitzen, das Federvieh mit Körnern zu verwöhnen und leutselig Freundschaft zu heucheln.

Hin und wieder stellt man sein Tun ja auch in Frage, und so kam kürzlich bei einem Glas Wein und Besuch der Verwandtschaft aus der Stadt die Frage auf, wer es denn übers Herz brächte, ein Tier zu schlachten. Mein Mann winkte ab: Essen ja, aber selber schlachten müssen – bloß nicht! Mein Schwiegervater musste zugeben, dass es ihm zumindest bei Kaninchen immer schwer gefallen sei, so dass er am selben Tag nie einen Braten hätte essen mögen. „Und du“, wandte sich mein Schwager an meine Schwiegermutter, „könntest du ein Huhn schlachten?“ Und was sagte die brave Oma? „Ich glaube kaum, dass ich noch schnell genug wäre, um eins zu erwischen“, antwortete sie in völliger Unschuld und Aufrichtigkeit. Wir mussten alle lachen. So kann man das Ganze natürlich auch sehen, von der praktischen Seite eben. Und schließlich geht es Omas Hühnern doch gut in ihrem kurzen, aber erfüllten Hühnerleben: Sie haben Auslauf, einen Hahn, abwechslungsreiches Futter und sogar natürliche Feinde. Dieses Glück hat längst nicht jedes Huhn.

Eine Verbraucherin (33 Jahre) erzählt...



### Biologische Schädlingsbekämpfung

Wie man Nützlinge fördern und Schädlinge im Gewächs- oder Folienhaus und zum Teil auch im Freiland ohne synthetische Chemieprodukte regulieren kann, zeigt ein informatives und anschaulich bebildertes AID-Heft. Wichtig auch die Erfolg versprechenden Ansätze der mikrobiologischen Schädlingsbekämpfung, z.B. mit Bacillus-Thuringiensis-Präparaten, insektenpathogenen Viren und Pilzen. en

*Biologische Schädlingsbekämpfung, 76 S., 3,- €, aid-Vertrieb DVG, Birkenmaarstr. 8, 53340 Meckenheim.*

### Bio-Frische im LEH

Das Einkaufsverhalten und die Verbraucherpreise bei ökologisch erzeugten Kartoffeln, Milch, Eiern, Gemüse, Brot, Fleisch, Joghurt, Wurst und Käse untersucht eine neue ZMP-Broschüre. Dabei werden vor allem Käufe in Naturkostläden und im „normalen“ Lebensmittelhandel verglichen. Es werden saisonale und regionale Unterschiede untersucht und die Bedeutung des Biosiegels. Die beiliegende CD-ROM erlaubt den Zugriff auf die kompletten Daten der Untersuchung und 40 fertige Präsentationsfolien. en

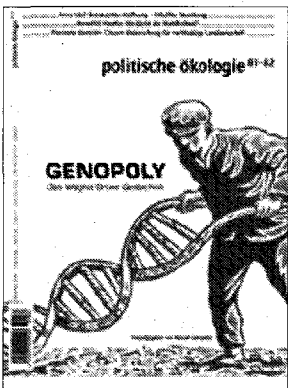
*Bio-Frische im LEH, 62 S., 40 Abbildungen, März 2003, 30,- €, Bezug über ZMP-Vertrieb, Postfach 2569, 53015 Bonn*

### Ökomarkt 2003

Das neue Ökomarkt-Jahrbuch liefert wieder systematische Fakten über Preise, Produktions- und Markttendenzen, bei den Produkten jeweils unter Berücksichtigung von Saison, Absatzweg und paralleler Entwicklung auf den Märkten für konventionelle Produkte. Auch wichtige Strukturentwicklungen im Ökolandbau sind dargestellt, ebenso ein Überblick der Preisentwicklungen seit 1996. en

*Ökomarkt Jahrbuch 2003 incl. CD-ROM, 256 S., 30,- €, Bezug über ZMP-Vertrieb, Postfach 2569, 53015 Bonn*

### Genopoly



Im aktuellen Heft der Zeitschrift *politische ökologie* wird Bilanz zur Grünen Gentechnik gezogen. Welche Hoffnungen wurden und werden mit ihr verbunden? Wem nutzt sie? Was wurde erreicht und welche „unerwünschten Nebenwirkungen“ sind aufgetreten? Welche Versprechungen gab es und was ist aus ihnen geworden? Wie kam es dazu eine Technologie so voranzutreiben, die von fast allen Beteiligten abgelehnt wird?

Der Herausgeber Manuel Schneider beschreibt in seinem Aufsatz „Folgenreich Erfolglos“ welchen Mythen über die Gentechnik welchen Fakten gegenüberstehen. Ihm ist es gelungen zahlrei-

che Autoren zu gewinnen, die die Gentechnik seit Jahren kritisch begleiten. Die Schweizerin Florianne Koechlin zeigt einfache und ökologische Alternativen zu den Lösungsversprechen der Gentechnik auf. Fragen der Haftung, der Koexistenz und der ökologischen Risiken wie aktuelle Entwicklungen in Osteuropa werden beleuchtet. Ein Sammelband, der es einfach macht sich umfassend und grundlegend über den Stand der Grünen Gentechnik zu informieren.

*Manuel Schneider (Hrg.): politische ökologie, Heft 81/82, ökom verlag 2003, 130 S.; 15,- € zzgl. Versandkosten; zu beziehen bei ökom GmbH, Waltherstraße 29, 80337 München, Tel: 089/5441840, Fax: 089/54418449, Email: kontakt@oekom.de*

### Menschen und Pferde

„Mensch und Pferd“ – der Bildband des italienischen Photographen Fulvio Cinquini zeigt diese Beziehung mit faszinierenden Bildern von fast allen Kontinenten, bei der Arbeit, im Alltag, bei Spielen und beim Festfeiern. Cinquini war mit seiner Kamera mittendrin, zwischen Pferden und Menschen in expressiver Bewegung, er zeigt ihre Beziehung zu ihrer Landschaft und ihrer Lebenswelt. Seine Bilder und Texte sind so auch eine Kulturgeschichte über das Pferd und seine Bedeutung für den Menschen. en

*Fulvio Cinquini, Mensch und Pferd, Gerstenberg-Verlag 2003, 304 S., durchgehend farbig, mit einführenden Texten, 54,- €.*

## Es spukt in den Alpen.....

Der Roman „Quatemberkinder“ ist eine Reise durch die Schweizer Sagenwelt, in der die Liebe und die Landwirtschaft nicht zu kurz kommen

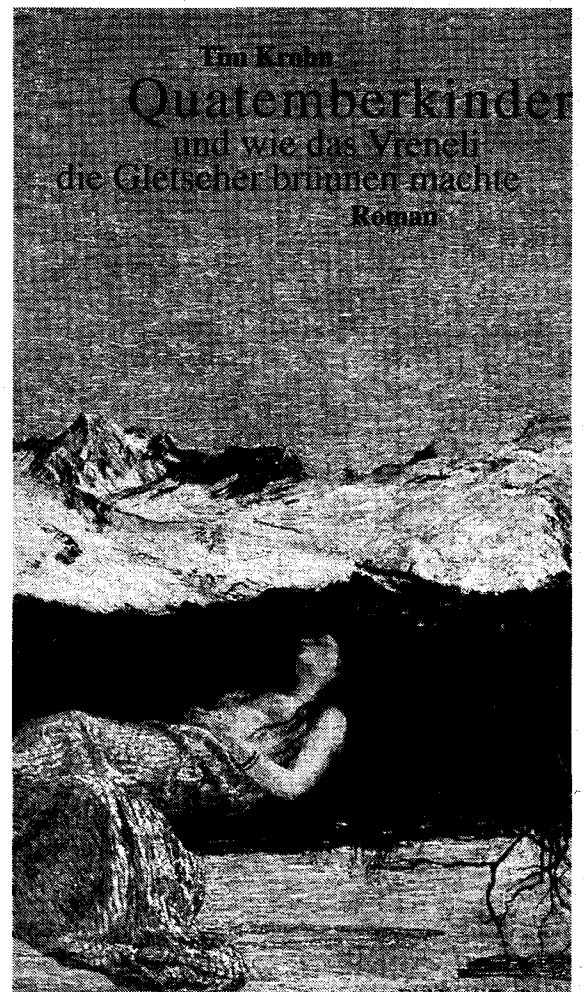
Die Menschen, die an Quatembertagen geboren wurden, sehen und hören manche Dinge, die wir gewöhnlichen, an April- oder Maientagen Geborenen, nicht einmal ahnen. So wie Melchior, auch „der Melk“ genannt, von dessen sonderbaren Erlebnissen auf dem Weg des Erwachsenwerdens hier berichtet wird. Der Melk wird in einem armen Dorf im schweizerischen Glarus geboren, und als der Vater von einer Pestbeule angefallen wird und die Mutter das Weite sucht, bleibt der kleine Junge in der Obhut des Doktor Tuet. Dieser hat nicht viel Geduld damit, den Melk bei sich im Haus zu verpflegen und zu unterrichten, und so verdingt er ihn im Sommer an Bauern und im Winter in eine Fabrik. Als der Melk groß genug ist, um Ziegen und Kühe zu hüten, wird er als Hirtenjunge auf die Alp geschickt. Dort hat er viel zu arbeiten und dafür zu sorgen, dass der Alpsegen täglich abgesungen wird, damit alles mit rechten Dingen zugeht. Doch gegen soviel Gschpänchtli (Gespenster) und gegen die Sünderei der Sennen kommt der arme, stille Melk kaum an. Als Senn und Zusenn eine Huddlenbaabe, also eine Lumpenpuppe, basteln und diese plötzlich zum Leben erwacht,

kündigt sich an, dass das Unglück auf dieser Alp seinen Lauf nehmen muss. Zum Glück findet der Melk einen Freund im Hütejungen von der Nachbaralp, dem Balzli, der mit einem großen Maul sogar den Leibhaftigen zu bezwingen versucht. Und er begegnet dem Vreneli, einem Mädchen, das unentwegt durch die Alpen expresst und überall so manches Geheimnisvolles zu erledigen hat.

Den zweiten Alpsommer verbringt er mit einem politisch und magisch bewanderten Bauern auf einer Alp im Linthal. Auch hier begegnet er dem Vreneli wieder, und fragt sich manches Mal, ob sie denn überhaupt ein richtiger Mäntsch (Mensch) ist, wo sie doch zaubern kann. Und ob das Zaubern wohl eine gute Sache sei. Doch gewinnt er das Vreneli lieb und lernt mit ihrer Hilfe doch noch selbst das Zaubern.

Als das Vreneli unter dramatischen Umständen verschwindet, beginnt der Melk eine rastlose Reise durch die Schweiz, bündelt mit Hexen an, verliebt sich in eine russische Popentochter, paktiert mit dem

Teufel und macht Karriere als Wunderdoktor. Es verschlägt ihn bis nach Venedig, und erst dort begreift er, dass die ewige Sehnsucht in seinem Herzen dem Vreneli



gilt, und macht sich auf die Suche nach der Verschollenen.

Ob er das Vreneli wiederfindet, was das Vreneli auf den Gletschern zu tun hat und wie das Alpenglühn entstanden ist, das kann in diesem Buch auch nachgelesen werden....

Wer Lust an schweizerdütschen Wortspielen hat und nicht davor zurückschreckt, einige Ausdrücke im Anhang nachzuschlagen, wer versponnene Geschichten und die Alpen mag, der wird gebannt mit dem Melk durch die Sagenwelt der Schweiz reisen in einem Buch, in dem bestimmt auf jeder Seite etwas Außergewöhnliches passiert. Zaubhaft und wild ist das Leben in den Bergen, wenn man Tim Krohn glauben möchte. Weder Kitsch noch Parodie, ist dieses Buch ein empfehlenswerter Heimatroman. ak

Tim Krohn: Quatemberkinder und wie das Vreneli die Gletscherbrunnen machte. Eichborn Verlag 2000. Taschenbuch 7,95 €, Einband 14,90 €; zu beziehen über den Abl-Verlag.



# Studien über Agrarindustrie in den USA und Deutschland

**S**ehr informative Studien über die Entwicklungen in der Agrarindustrie hat das ISPA-Institut der Hochschule Vechta veröffentlicht: Professor Hans-Wilhelm Windhorst beschreibt in den „ISPA-Mitteilungen“ Nr. 49 bzw. 50 die „**Strukturen der amerikanischen Schweinehaltung und Schweinefleischproduktion**“ und die „**Strukturen der US-amerikanischen Geflügelwirtschaft**“. Beide Studien kosten 2,50 Euro. Die Beschreibung der räumlichen und unternehmensbezogenen Konzentration wird deutlich an der Auflistung der großen Konzerne in der Fleischerzeugung, die die gesamte Prozesskette beherrschen. In der Schweineproduktion dominiert das Unternehmen Smithfield Foods (mit 710.000 Zuchtsauen!), vor Premium Standard Farms, Seaboard Co., Triumph Pork, Prestage Farms, SMS of Pipestone, dem Rohstoff- und Getreidemulti Cargill, Tyson Foods, Iowa Select Farms und Christensen Farms. Diese zehn Gruppen halten mit knapp zwei Millionen Sauen etwa 30 Prozent aller Sauen in den USA. In der Schweine-Schlachtung ist die Konzentration noch stärker: Die Konzerne Smithfield Foods, Tysonfoods/IBP und ConAgra/Swift und Cargill/Excel schlachten knapp 60 Prozent aller Schweine (und zum Teil auch der Rinder und des Geflügels). In der US-Broilerproduktion liegen 24 Pro-

zent der Agrarfabriken bei TysonFoods und insgesamt 75 Prozent bei den führenden zehn Konzernen (GoldKist, Pilgrims Pride, ConAgra, Perdue Farms, Wayne, Sander-son Farm, Foster Farms, Cagles, Mountaire). Diese Konzerne finden sich auch unter den zehn größten Putenfleisch-Erzeugern der USA, an der Spitze mit Jennie-O-Turkey-Store, Cargill und Butterball. In der Eierproduktion der USA liegt der – in Deutschland mit einem Haltungsverbot belegte – Agrarindustrielle Pohlmann mit seinem Konzern „Buckeye Egg Farms (mit 10,5 Millionen Legehennen) auf Platz Fünf. Vor ihm rangieren Cal-Maine-Foods (20 Mio. Hennen), Rose-Acre-Farms, Michael Foods Egg Products und DeCoster-Egg. „**Die sektoralen und regionalen Strukturen der Rinder- und Schweinehaltung in Deutschland**“ beschreiben Windhorst und Klohn in einer weiteren Broschüre, leider ohne Angaben über die beteiligten Unternehmen. Dies gilt auch für die Studie von Windhorst und Böckman über „**Die wirtschaftliche Bedeutung der Geflügelwirtschaft Deutschlands vor dem Hintergrund des sich verändernden Rechtsrahmens in der Geflügelhaltung**“. Beide Broschüren kosten je 7,50 Euro. *en*

Alle oben genannten Veröffentlichungen können bestellt werden bei ISPA, Hochschule Vechta, Driverstr. 22, 49377 Vechta (Tel. 04441-15-344, Fax -445).

## Hühner in der Kunst

Das Huhn gehört zu den ältesten Haustieren und wurde seit jeher in Bildern, Dekors oder Plastiken dargestellt. Professor Scholtyssek hat sich die Zeit genommen, die 200 Abbildungen aus seiner Sammlung in einem Buch zusammenzufassen. Fasziniert hat ihn u.a. „der Charakter des Huhnes, ängstlich, stolz, streitbar, früh und lichtungungrig – alle gut verwertbar für kritische Situationen, man denke nur an den Hahnenkampf oder den Hahn auf dem Kirchturm; die Teilnahme eines Huhnes oder eines Hahns bei bedeutenden Ereignissen, die in der Bibel oder in Legenden bekannt oder weiter verbreitet wurden, wie etwa die Verleumdung des Petrus oder die Darstellung der verschiedenen Hähnchenwunder auf dem Jakobs-Pilger-Weg quer durch Europa... Man findet mehr Hühner in der Kunst als man denkt...“

Für eine neue Auflage wären allerdings noch mehr modern-witzige Hühner-Abbildungen und kritische Darstellungen der gequälten Hühner in Käfigen wünschenswert. *en*  
Siegfried Scholtyssek: *Das Huhn in der Kunst*. 186 S., 69,90 €, Verlag Eugen Ulmer; zu beziehen über den ABL-Verlag

## Bäuerliches Wissen und Pflege der Lebensvielfalt in den Anden



In dem Sammelband werden neben grundsätzlichen Überlegungen zu der Frage: Was heißt Entwicklung? kulturelle Hintergründe zu Lebensweisen in den Anden aufgezeigt. Dabei stellen die Autoren den kleinbäuerlichen Alltag in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen. Vor allem der Umgang, die Pflege und der Tausch des Saatguts sind zentral für die Ernährung der dort arbeitenden Menschen. Ein Anliegen ist die lokale Kultur vor Ort zu stärken.

Teils werden die Traditionen der Andenbewohner idealisiert und neuere Einflüsse tendenziös als schädlich dargestellt, aber der Band bietet spannende Einblicke in das Leben und zu Hintergründen der kleinbäuerlichen Lebensweise in Südamerika.

Albert Recknagel (Hrsg.): *Bäuerliches Wissen und Pflege der Lebensvielfalt in den Anden*. IKO Verlag 2001, 171 S., 21,80 €; zu beziehen über den ABL-Verlag.

## Bürgernetze statt Subventionen!



Seit der Reform der europäischen Agrarpolitik 1992 und besonders seit der „Agenda 2000“ werden von der Landwirtschaft gesellschaftliche Leistungen gefragt: Regionalentwicklung, Landschafts- und Naturschutz, Belebung der ländlichen Räume...

Doch die entsprechenden Förderprogramme binden die Landwirtschaft noch stärker als vorher an den Staat, der als Geldgeber bürokratische Richtlinien und strenge Kontrollen auferlegt. Zudem sind die von der Tagespolitik abhängigen öffentlichen Haushalte keine zuverlässige Wirtschaftsgrundlage für eine Landwirtschaft, die – gerade wenn sie nachhaltig sein soll – in langen Zeiträumen entscheiden muss.

Gleichzeitig entstehen überall in Europa Regionalinitiativen, die sich um die Situation des ländlichen Raums kümmern, regionale Wirtschaftskreisläufe schaffen und die ökologische Situation verbessern. Sie werden von der Politik bislang kaum integriert: Könnten sie der Landwirtschaft eine verlässliche Existenzgrundlage ermöglichen?

Der Ökonom und Projektentwickler Dr. Titus Bahner schildert an vier Fallbeispielen, wie Regionalinitiativen mit der Politik zusammenarbeiten und die bürokratische Gängelung der Landwirtschaft lockern können. Er entwirft aus der Einbindung von Regionalinitiativen in Kommunal- und Agrarpolitik die Vision der „Bürgernetze“: Bürgernetze sind für den unternehmerischen Landwirt Gesprächs- und Verhandlungspartner zum Thema öffentliche Leistungen. Sie ermöglichen der Politik eine unbürokratische Unterstützung der Landwirtschaft für ihre gesellschaftlichen Leistungen und können einer nachhaltigen Landwirtschaft die wirtschaftliche Grundlage geben.

Titus Bahner: *Bürgernetze statt Subventionen*. ABL-Verlag 2001. 247 S., 17,95 €

### Bestellcoupon für Regionales

Ich bestelle:

.... Expl. <b>Der kritische Agrarbericht 2003:</b> 21,- €	_____ €
.... Expl. <b>Der kritische Agrarbericht 2002 als CD:</b> 19,80 €	_____ €
.... Expl. <b>Der kritische Agrarbericht 2001:</b> 20,00 €	_____ €
.... Expl. <b>Der kritische Agrarbericht 2000:</b> 19,00 €	_____ €
.... Expl. <b>Der kritische Agrarbericht 1999:</b> 18,00 €	_____ €
<b>Sonder-Paketpreise:</b> 2 Ausgaben 30,00 €, 4 Ausgaben 55,00 €	
<b>Ältere Ausgaben</b> 1996-1998 je 5,00 €	_____ €
1993-1998 je 2,50 €	_____ €
.... Expl. <b>Bürgernetze statt Subventionen:</b> 19,95 €	_____ €

außerdem:

Porto: 2,75 €

Zahlung  nach Erhalt der Rechnung  mit beiliegendem Scheck

Summe: \_\_\_\_\_ €

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos

Konto-Nr. \_\_\_\_\_ BLZ \_\_\_\_\_ Bank \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_ gegbf. email \_\_\_\_\_

Name \_\_\_\_\_ Adresse \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

Bestellung an: ABL Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm

**(Klein) ANZEIGEN****Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?**

**Private Kleinanzeige 10,- €; Chiffregebühr 2,50- €.** Alle Preise inkl. MWSt. Anzeigenannahme bis zum 17. des Vormonats. Anzeigen bis einschließlich 12,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben.

Für gestaltete Geschäfts-Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an:

„Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-mail: bauernstim@aol.com.

● **Biolandhof an der Rhön sucht netten Mitbewohner**, Kommunikationsfähigkeit, eigene Ideen u. Lebensfreude, Interesse an Landwirtschaft und Garten sind wünschenswert.

☎ 06659-3287, Fax: 06659-918789

● **Zwei leichtere Arbeitspferde**, Schimmel, Wallache, Stockmaß ca. 157 cm, 12 und 15 Jahre, sehr zuverlässig (auch f. An-

fänger) komplett mit Geschirr, Wagen, viele Arbeitsgeräte f. Acker u. Grünland für 3.500 Euro z. verk. Eine Jersey-Kuh bester Abstammung z. verk.

☎ 06452-5217 oder 0172-3757404

● **Sozialpädagogin und Mutter** von zwei Mädels (10 u. 6) mit Erfahrung im Bildungsbereich und mit Bauernhof sucht nette Haus-/Hofgemeinschaft zum Wohnen

oder zum Wohnen und Arbeiten im Raum zwischen Ulm und Augsburg oder südlich davon (PLZ 89/86/87/82/88) ab 8/03. ☎ 0173-1055847

● **Wir, eine Gruppe von vorwiegend LandwirtInnen**, möchten eine vielseitige Hofgemeinschaft aufbauen. Dazu suchen wir einen Hof oder Land zur selbständigen Bewirtschaftung ab 2004. ☎ 0641-2509379

● **Bio-Bäcker (angehender Meister)** und seine Familie (Agraringenieurin m. Praxiserf., zwei Kinder) suchen Möglichkeit, mit Liebe ökologische Backwaren herzustellen, evtl. auch in der Landwirtschaft zu arbeiten und zu leben. ☎ und Fax: 05675-720985

● **Verkaufe laufend beste Arbeitspferde** in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

Im Rahmen des Wettbewerbes *Regionen aktiv* des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft schreibt der Kulturlandschaft Uckermark (KLU) e.V. in Abstimmung mit dem Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin eine Stelle aus für das

### Management regionaler Vermarktungsaktivitäten in der Region ‚Barnim Uckermark aktiv‘, insbesondere der Regionalmarke des Biosphärenreservates Schorfheide-Chorin.

Die Aufgaben dieser Stelle werden in folgenden Bereichen liegen:

- Aufbau einer regelmäßigen Geschäftsführung
- Intensivierung der Kommunikation und Einbindung der Zeichennutzer
- Moderation von Arbeitsgruppen zur Organisations- und Marketingentwicklung
- Projekte zur Markterschließung in Gastronomie, Großküchen und Lebensmittelhandel
- Akquisition neuer Erzeuger, Verarbeiter und Abnehmer in und außerhalb der Region
- Ggf. Gründungsgeschäftsführung eines Vertriebsunternehmens
- Zusammenarbeit mit externen Partnern (Marktforschung)
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Betreuung von Vermarktungsprojekten im Rahmen von *Regionen aktiv*
- Zusammenarbeit mit der Vw. des BR Schorfheide-Chorin
- Weiterentwicklung von Kriterien für die Produktgruppen der Regionalmarke
- Entwicklung von Modellen zur kontinuierlichen Refinanzierung der Stelle

Von einem Bewerber bzw. einer Bewerberin werden folgende Qualifikationen erwartet:

- Praktische Erfahrungen in Landwirtschaft, Lebensmittelverarbeitung, Gastronomie oder Lebensmittelgroß- und Einzelhandel
- Studium der Agrar- oder Ernährungswissenschaften, Schwerpunkte in Betriebswirtschaft, Lebensmittelverarbeitung und/oder Marketing
- Kenntnisse und Erfahrungen in regionalen Entwicklungsprozessen, Direkt- und Regionalvermarktung, Projektmanagement, Moderation von Arbeitsgruppen, Organisation von Veranstaltungen, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Erfahrungen im Umgang mit Finanzen, Kenntnisse allg. und spez. PC-Programme, zielorientiertes, selbstsicheres und diplomatisches Auftreten, Führungsqualitäten und Kooperationsfähigkeit
- Erfahrungen in den neuen Bundesländern

Die Stelle wird vergütet in Anlehnung an BAT III (O) und ist zunächst auf drei Jahre befristet. Der Dienstbeginn wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt angestrebt. Dienort ist Angermünde.

Bewerbungen bitte an den Kulturlandschaft Uckermark e.V., z. Hd. Krassuski, Hoher Steinweg 5-6, BR-Verwaltung, 16278 Angermünde bis 18.07.2003.

**Veranstaltungen****Ökologischer Landbau**

02. bis 21. Juli, Bayern

Bioland Bayern bietet im Auftrag des Bundesprogramms Ökologischer Landbau mehrere Informationsveranstaltungen im Freistaat an. So können sich Interessierte am 2. Juli ab 19 Uhr auf dem Hof von Geo Gräbner über ökologische Saatgutvermehrung informieren. Die Adresse: Birkenstr. 1 in 96194 Walsdorf. In der Sesselstr. 31 in 97273 Kürnach führt Bio-Bauer Friedbert Bieber am 8. Juli ab 19.30 Uhr eine Besichtigung von Sortenversuchen bei Kartoffeln an. Auf dem Betrieb von Friedrich und Gertraud Ott, Brückenstr. 22, 86720 Pfäfflingen, geht es am 15. Juli ab 19.30 Uhr um Umstellungschancen von Ackerbaubetrieben mit Kartoffeln und Feldgemüse. Als Beispiel einer gelungenen Umstellung gilt das Klostergut Niederaltaich im Kreis Deggendorf, wo am 21. Juli ab 17.30 Uhr eine Felderbegehung stattfindet.

Einzelheiten bei Bioland Bayern, Dominik Stauss, ☎ 0821-34680132, Fax -3468020, Auf dem Kreuz 58, 86152 Augsburg. Das gesamte Programm im Netz unter [www.bundesprogramm.de/auss\\_info\\_termin\\_bayern.html](http://www.bundesprogramm.de/auss_info_termin_bayern.html)

**Tagung zu Genpatenten**

07. bis 09. Juli, Iserlohn

„Wessen Eigentum? Patentierung von pflanzengenetischen Ressourcen: Motor für den Norden – Bremse für den Süden?“ heißt eine Tagung zum aktuellen Stand der WTO-Verhandlungen um internationale Patente. Das geplante WTO-Abkommen über den „Schutz geistigen Eigentums“ soll alle Mitgliedsstaaten zu einheitlichen Regeln zwingen, die vor allem Großkonzernen zugute kommen, während in Ländern des Südens bislang frei verfügbare und kostenlose Kulturpflanzen fremdes Eigentum werden sollen. Veranstaltung des Evangelischen Entwicklungsdienstes, Brot für die Welt und des Forums Umwelt & Entwicklung mit Experten unter anderem aus China und Malaysia, Indien, Südafrika und Peru sowie dem AbL-Bundesgeschäftsführer Georg Janßen als Vertreter der IG Nachbau. An den drei Tagen zahlreiche Vorträge und Workshops. Die Kosten liegen je nach Übernachtungen und Verköstigung zwischen (ermäßigt) 38 Euro und 103 Euro.

Infos: Forum Umwelt & Entwicklung, Bettina Oehmen, Am Michaelshof 8-10, 53117 Bonn, ☎ 0228-359704, Fax -92399356, E-Mail: [b.oehmen@forumue.de](mailto:b.oehmen@forumue.de), [www.forumue.de](http://www.forumue.de)

**Ausstellung zu Nachwachsenden Rohstoffen**

08. Juli, Gronau

Einen ganzen „Themenpark Nachwachsende Rohstoffe“ gibt es auf der Landesgartenschau im nordrhein-westfälischen Gronau zu besichtigen. Das Transferzentrum für angepasste Technologien lädt von 11.00 bis 13.45 Uhr zu einem Rundgang mit anschließenden Fachvorträgen ein.

Infos: Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe, Hans-Bernd Hartmann, ☎ 02945-989195, Fax: -989133, E-Mail: [Hans-Bernd.Hartmann@lk-wl.nrw.de](mailto:Hans-Bernd.Hartmann@lk-wl.nrw.de)

**Biomasse**

09. Juli, Hamminkeln-Loikum

Ein Forum zur Nutzung von Biomasse als regionaler Energieträger bietet das Zentrum für ländliche Entwicklung (ZelE) in der Bürgerhalle Hamminkeln-Loikum. Referenten der kostenlosen um 9.30 Uhr beginnenden Veranstaltung reden über technische Voraussetzungen, Fördermöglichkeiten und den geschäftlichen Aspekt von Energie aus Biomasse.

Infos: Landesinitiative Zukunftsenergien NRW, Leonhard Thien, ☎ 0211-4566671, Fax -4566425, E-Mail: [thien@munlv.nrw.de](mailto:thien@munlv.nrw.de)

**Schaugarten**

12. Juli, Schönhagen

Ein Garten mit einer großen Auswahl an biologisch vermehrten Gemüse-, Kräuter- und Blumensorten kann in dem Dreschflügel-Betrieb ab 14 Uhr kostenlos besichtigt werden. Die „Kuhmuhne“ befindet sich an der Dorfstr. 12 in 37318 Schönhagen (bei Kassel). Die Organisation Dreschflügel setzt sich als Zusammenschluss mehrere bäuerlicher Kleinbetriebe seit 1990 für Artenvielfalt und den Erhalt alter Kulturpflanzen ein. Nach telefonischer Absprache können weitere Termine vereinbart werden. Der Garten ist auch außerhalb der Führungen für Besucher geöffnet.

Infos: dienstags und donnerstags von 19 bis 20 Uhr bei Martina Büniger, ☎ 036083-40796, oder bei Dreschflügel, Postfach 1213, 37213 Witzzenhausen, ☎ 05542-502744, Fax -502758, [dreschfluegel@biologische-saaten.de](mailto:dreschfluegel@biologische-saaten.de), [www.dreschfluegel-saatgut.de](http://www.dreschfluegel-saatgut.de)

**attac-Sommerakademie**

01. bis 06. August, Münster

Rund um den Aasee in Münster findet die diesjährige Sommerakademie von attac unter dem Motto „Die Welt ist rund, damit das Denken die Richtung ändern kann“ statt. In Workshops und Seminaren geht es um verschiedene Themen der künftigen Welt- und Wirtschaftsordnung. Die Teilnahme an der Woche kostet 80 Euro, für attac-Mitglieder 70, bzw. ermäßigt 40 Euro.

Anmeldung: Bis 15. Juli an das Institut für Soziologie, Scharnhorststr. 121, 48151 Münster, ☎ 0251-8324835

**Tomaten-Freilandversuch**

16. bis 17. August, Bonn

Aktionswochenende „Rund um die Tomate“ im Nutzpflanzengarten der Universität Bonn.

Infos: Institut für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung, Bernd Horneburg, Von-Siebold-Str. 8, 37075 Göttingen, ☎ 0551-394360, Fax -394601, E-Mail: [bhorneb@gwdg.de](mailto:bhorneb@gwdg.de)

**Holzenergiesmesse**

18. bis 21. September, Augsburg

Zum dritten Mal gibt die Messe „Holz-Energie“ einen Überblick über Produkte, Dienstleistungen und Vermarktungskonzepte des Energieträgers Holz. In Zeiten steigender Ölpreise und Ressourcenknappheit soll die energetische Biomassennutzung als ökologische und ökonomische Alternative auf dem Augsburger Messegelände dargestellt werden.

Infos: Erneuerbare Energien Kommunikations- und Informationsservice, Miriam Hegner, Unter den Linden 15, 72762 Reutlingen, ☎ 07121-30160, Fax: -3016100, E-Mail: [hegner@energie-server.de](mailto:hegner@energie-server.de)



IG-Nachbau | BUKO Kampagne | BUKO Agrar  
Gegen Biopiraterie | Koordination

## Studien- und Vernetzungstreffen zum Thema Nachbaugebühren

Donnerstag, 10. Juli von 10.30 bis 17 Uhr, Hannover

Seit 1994 werden Bäuerinnen und Bauern verpflichtet, für wieder-  
ausgesätes Erntegut Nachbaugebühren zu zahlen. Der Deutsche  
Bauernverband und der Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter  
einigten sich auf eine pauschale Auskunftspflicht von Bauern, mit  
der diese gezwungen werden sollen, alles anzugeben, was sie auf  
ihren Feldern anbauen. Dies wäre eine erneute Einnahmequelle für  
eine Handvoll Agrochemie- und Saatgutunternehmen.

Georg Janßen (Interessensgemeinschaft gegen Nachbaugebühren),  
Gregor Kaiser (Kampagne gegen Biopiraterie) und Uli Eder (BUKO  
Agrar Koordination) laden Betroffene und Interessierte ein, um  
Kooperationen und Aktionen zu planen.

Tagungsort: Freizeithaus Lister Turm, Waldseeestr. 100, Tel.: 0511/1684 2402  
Anmeldung und Infos: BUKO Agrar Koordination, Uli Eder,  
Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel.: 040/392526, Fax: -39900629

## AbL

## KONTAKTE

### Schleswig-Holstein

Bernd Voß, Diekdorf Nr. 124, 25554 Wilster, ☎ 04823/8505, Fax: /75330  
Hinrich Lorenzen, Winderatt 14, 24966 Sörup, ☎ 04635/2141, Fax: /2114  
Plön: Matthias Stührwoldt, ☎ 04326/679 Fax 289147  
Flensburg: Heiner Iversen, ☎ 04631/7424, Fax 04631/3852

### Niedersachsen

Landesverband: Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn, ☎ und Fax  
05865-829  
Heide-Weser: Karl-Heinz Rengstorff, ☎ + Fax: 04233/669; Ulrike Helberg-Manke,  
☎ 04231/63048  
Elbe-Weser: Ada Fischer ☎ 04723/3201, Fax: 04723/2118  
Wendland-Ostheide: Horst Seide, ☎ 05865/1247  
Niedersachsen-Mitte: Hartmut Hollemann, ☎ 05121/510694  
Südniedersachsen: Andreas Backfisch, ☎ 05508-999989, Fax: 05508-999245

### Nordrhein-Westfalen

Landesverband NRW: Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, ☎ 02381/9053173,  
Fax: 492221  
Herford: Friedel Gieseler, ☎ 05221/62575  
Minden-Lübbecke: August Seele, ☎ 05702/9152  
Hellweg: Ulrike Ostendorff, ☎ 02307/62281, Wilhelm Ecker, ☎ 02378/2991  
Sauerland: Dorothee Biermann, ☎ 02973/2557  
Höxter-Warburger Land: Hubertus Hartmann, ☎ 05273/35447  
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, ☎ 05404/5264  
Gütersloh: Erika Kattenstroth, ☎ 05241/57069  
Düren: Monika Lövenich, ☎ 02425/901458  
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, ☎ 02248/4761

### Hessen

Mittelhessen: Ernst-Günter Lang, ☎ 06441/75502, Fax: 06441/975995  
Nordhessen: Bernhard Wicke, ☎ 05665/1403; Onno Poppinga, ☎ 05673/3540

### Rheinland-Pfalz

Landesverband: Quellenweg 6, 56288 Bell, ☎ 06762/951170,  
Fax: 06762/951191  
Regionalverband Eifel: Ulrike Hanen, Bergstr. 8, 54636 Wiersdorf, ☎ 06569/7171

### Baden-Württemberg

Landesverband: Laubachtal 1, 88484 Gutenzell, ☎ 07352/8928, Fax: 07352/941422  
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, ☎ 07443/3990, Martin Reiter, ☎ 07524/2272; Hed-  
wig Noll, ☎ 07463/729  
Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, ☎ 07971/8584  
Oberschwaben: Albrecht Stiefel, ☎ 0751/91171; Josef Bopp, ☎ 07352/8928  
Schwarzwald-Baar: Siegfried Jäckle, Spittelhof, 78112 St. Georgen-Oberkirmach,  
☎ 07724/7992  
Ortenaukreis: Tilo Braun, ☎ 07805/5465  
Bodensee: Anneliese Schmech, ☎ 07553/7529, Fax: 07553/828278  
Allgäu: Bärbel Endraß, ☎ 07528/7840, Fax: 07528/927590

### Bayern

www.abl-bayern.de  
Landesverband: Andreas Remmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, ☎  
08679/6474, Fax: -9130145, e-Mail: Abl-Bayern@web.de  
Regionalverband Schwaben: Josef Böck, Leipheimer Str. 8, 89347 Bubesheim,  
☎ 08221/6326; Hermann Holl, ☎ 07302/6512  
Regionalgruppe Pfaffenwinkel: Wolfgang Taffertshofer ☎ 08847/804, Christa  
Schlögel ☎ 08856/5723  
Regionalgruppe Chiemgau-Inn Salzach, Hans Urbauer ☎ 08628-634, Ute Gasteiger  
☎ 08039-1635  
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, ☎ 08742/8039  
Franken: Gabriel Deinhardt, ☎ 09194/8480; Jasmin Berger ☎ 09565/6838

### Mecklenburg-Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Ausbau 5, 18258 Rukieten, ☎ 038453/20400,  
Fax: 038453/52131  
Vorpommern: Albert Wittneben, Altes Schulhaus, 17091 Wolkow, ☎ 039604/26859  
Brandenburg: Cornelia Schmidt, Burgstr. 11, 19336 Plattenburg, ☎ 03879/12518

### Sachsen/Thüringen

Landesverband: Jörg Klemm, Trassenweg 25, 09638 Lichtenberg, ☎ 037323/50129,  
Fax: 15864

Geschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststr. 28, 21335  
Lüneburg, ☎ 04131/407757, Fax 04131/407758  
Arbeitskreis Frauen: Maria Heubuch, Luttolsberg 8, 88299 Leutkirch, ☎ 07561-5937  
Arbeitsgruppe ökologischer Landbau: Dietmar Groß, Am Dorfbrunnen 1, 34576  
Homburg-Mühlhausen, ☎ 05681/2607  
„Morgenland“ – Arbeitskreis für Leute, die auch morgen noch in der Landwirtschaft  
oder einem angelagerten Bereich arbeiten wollen. Arnd Berner, Zum Anger 5, 37547  
Kreienzen-Opperhausen ☎ u. Fax. 05563-910705, hof\_berner@hotmail.com  
AgrarBündnis e.V.: Ulrike Ottenottebrock-Völker, Marienfelder Str. 14, 33378 Rhe-  
da-Wiedenbrück, ☎ 05242/44327, Fax: 931446  
Neuland e.V.: Baumschulallee 15, 53115 Bonn 1, ☎ 0228/604960  
Europäische Bauernkoordination EBK-CPE, Rue de la Sablonnière 18, B-1000 Brüs-  
sel, ☎ 00322/2173112, Fax 2184509, E-mail: cpe@cpefarmers.org  
Verein zur Förderung des Anbaus und der Verwertung von Hanf, Haus der Land-  
wirtschaft, Bielefelder Str. 47, 33378 Rheda-Wiedenbrück, 05242/925814, Fax:  
925833, email: Andrea.Kiel@lk-wl.nrw.de  
Projektbüro Hanf, Haus Düsse, Daik Lohmeyer, 59505 Bad Sassendorf/Ostinghau-  
sen, ☎ 02945/989195, Fax: 02945/989133  
Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren. Adi  
Lambke 05864/233, Anneliese Schmech 07553/7529  
IG-Boden, Ansprechpartner: (Mecklenburg) Franz Joachim Bienstein, ☎ u. Fax:  
03841-791273; (Vorpommern) Franz Hinemann, ☎ u. Fax: 038931-80024; (Brän-  
denburg) Bernd Hüsgen, ☎ 033704-66161, Fax: -66162

## Ich werde Mitglied in der ABL

### Zutreffendes bitte ankreuzen:

- |                                                                                                           |                                                                                                                                                                                   |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> Ich möchte Mitglied in der ABL werden                                            | <input type="checkbox"/> Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von<br><input type="checkbox"/> 102,- € <input type="checkbox"/> 127,50 € oder _____ zu zahlen. |
| <input type="checkbox"/> Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 76,50 €                             | <input type="checkbox"/> Ich bin Kleinbauer, Student, Rentner, arbeitslos und bezahle einen Mitgliedsbeitrag von 25,50 € (Nachweis füge ich bei)                                  |
| <input type="checkbox"/> Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 102,- € | <input type="checkbox"/> Ich beantrage als nicht landwirtschaftliche Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 50,- €                                                            |

### Mitgliedsadresse:

Name \_\_\_\_\_ Vorname \_\_\_\_\_  
Straße \_\_\_\_\_ PLZ, Ort \_\_\_\_\_

### Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung  
 Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

### Ich bin Abonnent der Unabhängigen Bauernstimme:

- ja  nein  
 Ich bestelle auch die Unabhängige Bauernstimme (Bitte Coupon auf Seite 24 ausfüllen)

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu errichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. \_\_\_\_\_ BLZ \_\_\_\_\_ Bank \_\_\_\_\_

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird.  
Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreänderung die neue Adresse an die ABL bzw.  
Abo-Verwaltung weiterleitet.  
Widerrufsrecht: Ihre Bestellung kann innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich bei der ABL widerrufen werden.

Unterschrift \_\_\_\_\_ Datum \_\_\_\_\_ Beruf \_\_\_\_\_

Bitte senden Sie die Bestellung in einem Kuvert an:

**AbL e.V. Bauernstimme Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm**

### IMPRESSUM

**Unabhängige Bauernstimme • Herausgeber:** Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel. 02381/9053170, Fax: 02381/492221, E-mail: bauernstim@aol.com, Homepage: http://www.abl-ev.de • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2017838  
• **Redaktion:** Leif Allendorf, Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper, Mute Schimpf: Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel. 02381/492220, Fax: 02381/492221 (Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 15. des Vormonats) • **Abonnementpreis:** 36,- € jährlich • **Erscheinungsweise:** monatlich (11 x jährlich) • Bestellungen, Adressänderungen, und Anzeigenaufträge bitte direkt an den Verlag • **Verlag:** ABL Bauernblatt Verlags-GmbH, Vera Thiel, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel. 02381/492288, Fax: 02381/492221, homepage: www.bauernstimme.de • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2031516 • **Satz:** Overhaus, Bielefeld • **Druck:** lensing druck, Münster – ISSN-Nr 0934-4632 Postvertriebsstück 1 K 12858 E.

# Mein Freund, der Baum

Wir haben nicht viele freistehende Bäume auf unserem Land. Knicks und Hecken, ja, und vergessene Holunderbüsche, die sich ausbreiten wie die Pest. Aber richtige, freistehende, einzelne Bäume, so ganz echt, mit Stamm, Ästen, Blättern – davon haben wir nur einen, nämlich Hein. Hein Buche. Denn es handelt sich um eine Hainbuche, und ich nenne sie bzw. ihn beim Vornamen.

Hein steht ganz allein auf unserem Berg hinterm Hof, na ja, auf der kleinen Erhebung eben. Majestätisch steht er da, formvollendet, irgendwie auch stolz. Er hat den schönsten Platz des Hofes: zur einen Seite einen wunderbaren Blick übers Moor, zur anderen Seite den Überblick über den See, das Dorf und die verfluchte Autobahn.

Ich liebe diesen Platz. In Heins Ästen zu sitzen, den Blick übers Moor schweifen lassen, das Spiel der Blätter im Licht der Sonne, die Autobahn nur als fernes Rauschen fast wie vom Meer – nun ja, das sind die Momente, über die ich zwar gelegentlich schreibe, die zu erleben ich aber vermisste und vielleicht sogar verlernt habe. Das Verschwinden der Muße und das Verlernen des wunderbaren Müßiggangs wäre ein Thema für sich. Immerzu muss ich etwas zu tun haben – und schlimmer noch: immerzu habe ich etwas zu tun, und wenn ich nichts tue, habe ich ein schlechtes Gewissen und kann die Mußezeit nicht genießen, erst nach Feierabend, und dann bin ich müde und schlafe ein, auf der Stelle.

Dabei war ich mal ein großer Müßiggänger, ein Bäumeumarmmer sogar; denn es gab eine Zeit, da war ich mit der Plöner Kreismeisterin im Bäumeumarmen zusammen. Zuerst umarmten wir uns selbst; sie tröstete mich, als ich beim Abschlussball meiner Schule Stress mit meinen Eltern hatte, weil ich mir die Haare nicht kämmen wollte. So stan-

den wir auf der Plöner Schlosstreppe; sie hatte nur ein echt dünnes kurzes Kleid an und ich musste etwas auf Abstand gehen, aber sie drückte sich trotzdem an mich.



Den Sommer danach wandelten wir durch alle Wälder, umarmten uns, umarmten Bäume, schwammen und ließen uns von Mücken zerstechen, nackt, im Wald, am See. Mein Mückenstichrekord liegt seitdem bei 63, und sie waren – und stachen – überall.

Doch selbst der schönste Sommer hat ein Ende; die Mücken wurden träge und stürzten ab oder wurden weggeklatst. Wir hatten alle Bäume im Kreis umarmt; deshalb ging sie fort, als Au-pair nach London. London ist eine große Stadt mit vielen Parks und noch mehr Bäumen.

Das war es dann gewesen mit der Bäumeumarmerei und der Bäumeumarmmerin; ich versuchte es später noch mal, alleine, ich ging zu Hein Buche und umarmte ihn, doch mein Vater hatte vorher Gülle gefahren und war nicht weit genug von ihm weggeblieben. Mein erstes Bäume-Bodypainting, parfümiert noch dazu!

Seitdem bin ich vorsichtig, was das Bäumeumarmen angeht. Jedenfalls guck ich mir die Bäume vorher genau an. Hein Buche habe ich trotzdem lieb. Zwei, drei Mal im Jahr steige ich vom Trecker runter, wenn ich an ihm vorbeifahre, gehe hin, markiere mein Revier und befühle seine Rinde mit den Resten angetrockneter Gülle.

Er ist mehr als einfach nur ein Baum. Er war dort, als ich geboren wurde; er wird wahrscheinlich dort sein, wenn ich längst Humus bin. An den schlimmsten Tagen steht er genauso da wie an den allerbesten; er residiert dort oben, wacht, beobachtet, und manchmal wackeln seine Äste spöttisch. Mein Freund der Baum. Den zweiten Vers lasse ich weg. Hein stirbt nicht. Solange er die Gülle ab kann.

Einst, vor ungefähr fünfzig Jahren, lag ich in seinem Schatten und lernte fürs Abitur. Vielleicht sollte ich mir die Bauernstimme schnappen und sie mal dort oben lesen.

Oder einfach nur dort liegen und in die Blätter vor dem Himmel gucken. Ja, das sollte ich tun. Aber nicht ohne die Bauernstimme. Und klar, nicht ohne die Liebste natürlich.

Matthias Stührwoldt

Deutsche Post AG Postvertriebsstück K 12858  
 ABL Bauernblatt Verlags GmbH  
 Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm

## UNABHÄNGIGE Bauernstimme: für ruhige Freunde

7+8/2003

Zutreffendes bitte ankreuzen

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36 €, - im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 18,- bzw. 36,- € für  6 oder  12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken)

Zustelladresse

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung  
 Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonentin / des Abonnenten  
 (bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Datum

Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, 59065 Hamm, Bahnhofstr. 31  
 oder FAX 02381- 492221